Februar 2/78 — DM 3,50 C 4143 EX

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Kluge, Schlöndorff u.a.:
Deutschland im Herbst

KONKRET-Diskussion:
Ab wann darf man's Faschismus nennen?

Henri Nannen

DER stern wird gleichgeschaltet HANDLANGER

Hermann L. Gremliza
Gehört der „Spiegel" dem BND?

Italien Lire 1400 · Holland hfl 4,25 · Schweiz sfr 3,80 · Österreich S 28,—

in konkret Februar 1978

Briefe

intern

Gehört der »Spiegel« dem BND? von Hermann L. Gremliza

Der Handlanger von Michael Schilling
Weil Reinhard Mohn seinen Geschäftsfreunden von Daimler, Mannesmann und Commerzbank wieder in die Augen sehen wollte, mußte Henri Nannen seine Redaktion kastrieren

Das will der »Stern«-Leser doch wissen
Der »Stern«-Bericht, der den Anlaß für die Entlassung Bissingers bot, hatte Auslands-Engagement des Verlegers Mohn/Bertelsmann in folgenden Ländern genannt: USA, Mexiko, Kolumbien, Argentinien, Venezuela, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Niederlande, Schweiz, Dänemark. Jens J. Meyer, Redakteur bei Burdas »Bunter«, schrieb Henri Nannen einen Brief, in dem er auf einige wichtige, im »Stern«-Bericht vergessene Mohn-Investitionen hinwies:

Heute Mohn und morgen Flick? von Detlef Hensche
Detlef Hensche, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier, über die »Stern«-Stunde

ÖS 2-614300-R/21 VS-NfD von Sebastian Cobler
Bundesinnenminister Maihofer: Aus seinem Ministerium stammt das Geheimpapier über das Russell-Tribunal, das der KONKRET-Redaktion zugespielt wurde. Es hat die Akten-NummerÖS 2-614300-R/21 VS-NfDSebastian Cobler vom Sekretariat des Russell-Tribunals bedankt sich dafür

SPD-Linke: jeder Erpressung ausgeliefert? von Gerhard Schröder, Hermann L. Gremliza
KONKRET-InterviewIm Februar wählen die Jusos einen neuen Bundesvorsitzenden. Hermann L. Gremliza sprach mit Gerhard Schröder, einem der drei Kandidaten

Die Redaktion als Schlafzimmer von Peggy Parnass
Springer hat wieder einmal einen Prozeß gegen Günter Wallraff gewonnen: Die Richter erklärten die »Bild«-Redaktion zur Intimsphäre. Ein Bericht von Peggy Parnass

Der »saubere« Faschismus von Karl Pawek
Kommt der Faschismus heute über's Fernsehen? Ab wann darf man einen autoritären Staat faschistisch nennen? Antworten von Karl W. Pawek und Axel Eggebrecht

Was ist Faschismus? von Axel Eggebrecht
Warnung vor einem WortKommt der Faschismus heute über's Fernsehen? Ab wann darf man einen autoritären Staat faschistisch nennen? Antworten von Karl W. Pawek und Axel Eggebrecht

»Wir warn die stärkste der Partein« von Horst Mahler
Unter diesem Titel erschien im Rotbuch-Verlag selbstkritische Berichte ehemaliger K-Sekten Anhänger. Horst Mahler, einst einer von ihnen, empfiehlt das Buch als linke Pflichtlektüre

Magazin: Der Kälberstrick
Ein schwäbisches Volksstück, dargestellt durch die Schauspieltruppe des baden-württembergischen Landtages unter Anleitung des Untersuchungs-Ausschuß-

Vorsitzenden Rudolf Schieler.In den Hauptrollen: Horst Bubeck (Amtsinspektor im Baader – Meinhof-Trakt des Gefängnisses Stuttgart Stammheim) und Rudolf Schieier (Ex-Justizminister, SPD, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses. Nebenrollen: Abgeordnete von CDU, SPD, FDP. Ort: Ein Saal im Landtagsgebäude Stuttgart.

Radikalauer von Winfried Thomsen

Magazin: Panzer, Mond und Sterne von Alexander von Hoffmann

Magazin

Magazin: Die Grips – Bande von Burkhard Mauer
Theater um ein Theater: Die CDU will die Jugend-Bühne Grips zu RAF-Sympathisanten stempeln

Magazin: Hinter dem Mond von Warner Poelchau
In Hamburg bereitet sich eine HJ-Gruppe auf den Bürgerschaftswahlkampf vor

Magazin: Hirn verbrannt – Bilder verätzt von Stefan Aust
Warum Hans-Joachim Bohlmann zum Bilder-Schänder wurde

Deutschland im Herbst von Christel Buschmann
Die »deutsche Filmer-Elite« (»Spiegel«) arbeitet an einem gemeinsamen Projekt: ein Film über »Deutschland im Herbst«. Schlöndorff, Kluge, Sinkel/Brustellin, Reitz und die Rote Rübe berichten in KONKRET von ihrer Arbeit

War Bertolt Brecht ein Euro? von Martin Buchholz
Ein Geburtstagsartikel

Aufmotzmäßig von Udo Lindenberg
konkret-interview

»Gefährlicher als die Bay City Rollstuhls« von Udo Lindenberg
Über Punk – Rock

»Herr Dr. Hoden« von Friedrich Knilli
Rezension: Über die »Urszene«, eine Selbstanalyse von Ernest Borneman

Doping von Peter-Paul Zahl
Ein Gespräch über aufgeblasene Spitzensportler und andere Fälle von Doping

Junge Oldies von Ludwig Fels
Plattenkolumne

konkret Markt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/78, S. 4

Briefe

Nicht mal andere Sozialisten

Lucio Lombardo-Radice: »Das Deutschland, das wir lieben« (KONKRET 1/78)

Für Lombardo-Radice gibt es nur ein »Deutschland« bzw. »Nachkriegsdeutschland«, und das ist die BRD. Genauso gibt es eine »freie europäische Gemeinschaft«, und das ist der kapitalistische Teil Europas. Das »andere Deutschland« in der BRD, das der Hilfe der »europäischen Demokratie« bedarf, hat als Zentralorgan offenbar das Spontiblatt »Neue Linke« aus »Berlin« (gemeint: Westberlin); jedenfalls ist es für L.-R. allein zitierenswert (dafür gleich zweimal). Repräsentanten der »neuen Einheit von Humanismus, Freiheit und Sozialismus« sind nicht die Kommunisten, nicht mal andere Sozialisten, sondern Böll und Gollwitzer. L.-R.'s Hoffnungen liegen auf einer »neuen demokratischen, sozialistischen und 'eurokommunistischen' politischen Kultur«, auf den »deutschen Genossen der unterschiedlichen Gruppierungen und politischen Strömungen innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie«. Die Mitglieder der kommunistischen Parteien der BRD und der DDR werden demnach ausdrücklich nicht als Bestandteil der Linken betrachtet.

Gert Hautsch

Aschaffenburg

Rauche, staune, NGG

Jakob Moneta: »Eine neue RGO?« (KONKRET 1/78)

Man nehme eine gehörige Portion Vorurteil und achte darauf, daß sie durch keinerlei Tatsachen erschüttert werde, einen kräftigen Schuß Emotion und viel modische Gewerkschaftskritik, quirle das Ganze mit links sein sollender Ideologie durch, und schon erhält man einen RGO-Cocktail nach Art des Hauses »KONKRET«. Was spricht denn dagegen, wenn eine Gewerkschaft wie die NGG in einer gemeinsamen Anzeige mit dem fachlich zuständigen Wirtschaftsverband unsachlichen Vorwürfen gegen das Rauchen entgegentritt und die Frage Rauchen und Gesundheit in richtige Proportionen rückt?

Woher nimmt eigentlich der Kollege Moneta seine medizinische Fachkenntnis, um die NGG als Co-Partner der Industrie zum Verteidiger von Raucherbeinen, Lungenkrebs und Herzkranzverengung herabzuwürdigen? Ach so, es sei doch allgemein bekannt, daß diese Krankheiten vom Rauchen kämen. Mögen ihm diese Vorurteile erhalten bleiben, damit ihm auch künftig das Verurteilen so leicht fällt. Die moderne internationale wissenschaftliche Forschung ist da jedoch zu ganz anderen Ergebnissen gekommen. Selbst die Bundesregierung hat inzwischen erkannt, daß sie die alten Vorwürfe, die auf alten Untersuchungen mit längst überholten Produkten basieren, nicht mehr aufrecht erhalten kann. Aber das wird den Kollegen Moneta kaum interessieren. Wer geht schon gerne von liebgewordenen Vorurteilen ab? Wir als NGG bleiben dabei, daß durch unsachliche und emotional geführte Kampagnen gegen das Rauchen mehr zerschlagen als Nutzen gestiftet wird und eben auch ohne Not - und wir betonen nochmals: ohne Not - Arbeitsplätze in Gefahr gebracht werden.

Günter Döding

2. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Hauptvorstand

Gleichgang

KONKRET 12/77: »Fragen zu Stammheims von Hans-Heinz Heldmann und Jutta Bahr-Jendges

Nach den Ereignissen in Stammheim und nach der Tagesberichterstattung der deutschen Presse (ich weiß nicht, ob man sie so bezeichnen kann) habe ich mich zurückerinnert an den Lambrakis-Mord im Mai 1963 in Griechenland. Damals versuchte auch die rechte Presse die offizielle Version »Verkehrsunfall« in der Bevölkerung zu verbreiten. Glücklicherweise gab es aber Zeitungen, die sich dagegen wehrten, und der Mord kam an die Öffentlichkeit. Eine Oppositionspresse und eine kritische Einstellung habe ich hier in Deutschland vermißt. Das konnte nicht an einer Pressezensur liegen, weil ich im Dezember 1977 in ihrer Zeitschrift sehr kritische Äußerungen über die ganze Sache gelesen habe. Das war erfreulich, aber bei so vielen erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften ein bißchen wenig. Dieser

Gleichgang der Presse (KONKRET ausgenommen) in kritischen Situationen macht mich sehr skeptisch über die Zukunft Deutschlands.

Kostas Panagiotidis

Korbach 1

Exempel

Erich Fried: »Wichtiger als alles Rachegeschrei« (KONKRET 12/77)

Besten Dank für den Artikel von Erich Fried. Und gut und notwendig ist es auch, daß Ihr Euch für Peter Bruckner engagiert. Aber: Peter Bruckner war nicht der »einzige der Herausgeber«, der sich weigerte, sich von der Herausgabe des Mescalero-Artikels zu distanzieren. Vielmehr waren es die 11 Oldenburger, die als einzige sich zum Kotau nötigen ließen. Die anderen - wir 12 Berliner allemal - stehen nach wie vor zum Grundrecht auf ungehinderte Informationsfreiheit und zum unserem sogenannten »Schritt«. Peter Bruckner ist allerdings der einzige, der bisher suspendiert wurde. Pestel/Albrecht wollen anscheinend das berühmte Exempel statuieren.

Johannes Agnoli

Berlin

Universeller Klassenfeind

Über KONKRET und richtige Feinde

Als Ab-und-zu-Leser Eurer interessanten und wichtigen Zeitung komme ich nicht umhin, Euch diesmal einen Leserbrief reinzukleckern. Aber nach Lektüre Eurer Januar-Ausgabe konnt ich mir über »konkretex-press« ein Stöhnen nicht verkneifen. »Mein Gott, Herrmann!« Ist dem Gremliza eigentlich die Frau mit Theo Sommer durchgebrannt? Ansonsten kann ich mir die theologischen Erklärungen am laufenden Meter nicht erklären. Mensch, den Sommer zum universellen Gesamtklassenfeind hochzustilisieren ist unangemessene Kraftverschwendung. Ein paar Glossen - okay, aber Ihr wiederholt den alten Fehler der Linken am Beispiel Lübke (»Watschenmann der Intelligenz« D. Süverkrüpp). Dann doch lieber den richtigen Feind ins Visier nehmen - und das macht Ihr ja auch! (Der Strauß-Artikel ist großartig!)

Uwe Poschkamp

Düsseldorf

Konkret 02/78, S. 4

intern

Die Arbeitsweise des Herrn K. R. Röhl

Roman eines Lebens

18. Jahrgang, Kapitel 14 *(Fortsetzung folgt bestimmt)*

Das heutige Kapitel besteht aus drei Teilen: Einem Zitat aus der Hausmitteilung der Röhl-Zeitschrift »Das da«, einem Zitat aus einer gemeinsamen Erklärung (nebst einer Einleitung von Röhl) und einem Brief von Günter Wallraff

1. »Das da«-Intern-Meldung Januar 78:

Die Kontroverse DAS DA - Wallraff ist beigelegt. Man erinnert sich: Im Augustheft meldete DAS DA in einer Notiz, daß Wallraff unter anderem Namen vier Monate lang bei »Bild« gearbeitet hatte. Die daraus resultierende Verstimmung Wallraffs versuchten einige Seiten für ihre eigenen Interessen auszuschlachten. So ein Berliner Desinformationsdienst, der bezeichnenderweise zur Dauer-Lektüre des DDR-Staatssicherheitsdienstes gehört, und ein mit ihm freundschaftlich verbundenes Hamburger Volksfrontmagazin, das wohl auf abzuwerbende DAS DA-Leser spekulierte. Nun haben Lügen bekanntlich kurze Beine, und wer mit »Bild«-reifen Verleumdungen arbeitet und dann damit auffliegt, erweist sich als bloß link statt links. Schwamm drüber. Günter Wallraff und DAS DA-Mitherausgeber Klaus Rainer Röhl jedenfalls fanden in einem, langen Gespräch, daß es in der linken Szene Wichtigeres zu tun gibt, als sich mit Intrigen herumzuschlagen. Was sie sonst noch besprochen haben, steht auf Seite 52.«

2. »Das da« Januar 78, Seite 52:

»Protokoll über ein Treffen zwischen Günter Wallraff und Klaus Rainer Röhl«

»Zur Beilegung verschiedener Mißverständnisse und des in den letzten Monaten offen ausgetragenen Streits zwischen Günter Wallraff und der Redaktion von DAS DA, trafen sich auf Initiative von Mitgliedern der schieswigholsteinischen SPD Günter Wallraff und der Herausgeber von DAS DA, Klaus Rainer Röhl in den Räumen des SPD-Kreisverbands Ahrensburg.

3. Hierbei wurden Übereinstimmung über folgende Fragen erzielt: ...Die Redaktion von DAS DA bedauert, daß ihre vorzeitige Meldung, die Aktion sei beendet und der Bericht erscheine demnächst im »Stern« zu einem Abbruch der Wallraff-Recherchen geführt hat...

4. Günter Wallraff unterstellt der DAS DA-Redaktion im Zusammenhang mit der vorzeitigen Meldung über seine Aktion nicht das Motiv des Verrats.«

3. Ein Brief:

Liebe Kollegen,

vielleicht habt Ihr die Januar-Ausgabe von »Das da« gelesen, sicherheitshalber füge ich in Fotokopie die beiden Textstellen bei, um die es geht.

Wie Ihr sicher wißt, hatte eine Meldung in »Das da« meiner Arbeit in der »Bild«-Redaktion ein unfreiwilliges Ende gesetzt. Herr Röhl hat diese Tatsache zunächst durch Angabe falscher Drucktermine in Rundschreiben an seine Mitarbeiter, in

Widerrufsbegehren und Gegendarstellungen zu leugnen gesucht. Als dies erfolglos blieb, hat er über einen gemeinsamen Freund, den ehemaligen »Das der«-Redakteur und heutigen Pressesprecher der Schleswig-holsteinischen SPD, Bernd Michels, um ein Gespräch gebeten. Dieses Gespräch fand anläßlich einer Veranstaltung über meine »Bild«-Arbeit in Ahrensburg statt. Herr Röhl entschuldigte sich für die »Das da«-Meldung, erinnerte an gemeinsame politische Arbeit in früheren Jahren, beschwor das Andenken an die KONKRET-Zeit mit Ulrike Meinhof und bat darum, den Konflikt durch eine gemeinsame Erklärung zu beenden. Da ich sah, in welch ernsthafte Schwierigkeiten er sich gebracht hatte, war ich schließlich bereit, die anliegende 6-Punkte-Erklärung zu unterschreiben.

Umso entsetzter war ich, als ich die Januar-Ausgabe von »Das da« aufschlug: In einem Begleittext und einem Vorspann, die ich nie gesehen hatte, wurde meine Absicht, Röhl aus der Klemme zu helfen, in eine Solidaritätsbekundung mit »Das da« verdreht, aus unserem Freund Bernd Michels wurde eine »Initiative von Mitgliedern der Schleswig-holsteinischen SPD«, aus den zutreffenden Berichten über die »Das da«-Meldung (in KONKRET) wurden »Bild-reife Verleumdungen« und »Intrigen«.

Besonders mies aber ist der Versuch, mein Entgegenkommen als Vehikel für die Verleumdung und Denunzierung zweier linker Presseorgan è zu mißbrauchen, deren politische und journalistische Arbeit ich schätze. Ich meine den Berliner Extra-Dienst und das neue KONKRET, dem ich mich seit über zwei Jahren als fester Mitarbeiter verbunden fühle.

In einem hat Herr Röhl recht: es gäbe in der linken Szene Wichtigeres zu tun, als sich mit Intrigen herumzuschlagen. Leider hat er wieder einmal dafür gesorgt, daß man sich damit herumschlagen muß.

Günter Wallraff

Konkret 02/78, S. 6

Hermann L. Gremliza

Gehört der »Spiegel« dem BND?

»Wir haben uns dann mit den beiden Chefs des 'Spiegel' zusammengesetzt. Wir haben dann einen kleinen Film ablaufen lassen, und der 'Spiegel' hat das natürlich dankbar entgegengenommen. Es war gar nicht schwer, sie haben alles genommen und so gebracht, wie wir es gerne wollten.«
Kurt Weiß, Adlatus des früheren BND-Generals Gehlen, vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß über ein Treffen mit Rudolf Augstein und Hans Detlev Becker

Nur die ganz Doofen in diesem unserem Land glauben noch immer, daß mittlere und höhere SED-Funktionäre ein »Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR« verfaßt haben. Die Intelligenteren fragen sich, wer nun tatsächlich die Autoren gewesen sein mögen.

Ich halte die Frage für unergiebig. Wichtig scheint mir eine andere: Was ist das für ein Journalismus, der mit einem ebenso wirren wie dubiosen Papier so massiv Politik betreibt?

Es muß wohl etwa 1970 gewesen sein, da erschien im »Spiegel« eine Geschichte mit einigen völlig bestußten Passagen über führende DDR-Politiker. Ich ging damals ins Büro des verantwortlichen Ost-Redakteurs - seinen Namen sollt ihr nie erfahren, es war der Fritjof Meyer - und fragte ihn, woher er seine Weisheit habe. Über die Gegensprechanlage wählte Meyer einen Ressort-Kollegen an und fragte wie folgt: »Herr Reinhardt, was sagt unser Informant aus dem ZK der SED?« Quäkend drang aus dem Gerät der Stuß, der auch im Blatt stand. »Sehn Siele sagte Meyer.

Darüber habe ich damals gelacht. Und wenn mir ein etwas dünnsinniger Militär-Redakteur, dessen Spesen-Abrechnung ich als amtierender Ressort-Leiter abzeichnen mußte, eine Quittung über Bewirtung des Informanten »NN« vorlegte und auf meine Frage antwortete: »Das ist mein Mann beim MAD« - dann dachte ich mir, daß der Kollege mit seiner Frau auf Kosten des »Spiegel« einen schönen Abend gemacht habe. Später, als ich von diesem Journalisten in Springer-Blättern Schauermärchen über sowjetische Truppenaufmärsche an der jugoslawischen Grenze las, merkte ich, daß ich ihn zu Unrecht des Spesenschummels verdächtigt hatte.

1972 kursierte in Bonn eine Liste mit den Namen von etwa sechzig politischen Journalisten, die vom BND Informanten-Honorar kassiert hatten: Keine der bürgerlichen Zeitungen wollte die Liste publizieren - so gut wie jede war mit mindestens einem Redakteur darauf vertreten. Im Dezember 1977 erzählte der ehemalige CIA-Chef Colby einem Untersuchungsausschuß des US-Kongresses, daß der amerikanische Geheimdienst seit den fünfziger Jahren eine große Zahl ausländischer Journalisten beschäftige und bezahle. Im Kampf gegen die kommunistische Ideologie habe man damit viel Erfolg gehabt, er bitte deshalb den Kongreß, diese Arbeit nicht gesetzlich zu verbieten. Die Zahl der bundesdeutschen Journalisten, die in CIA-Sold standen und stehen, gab Colby nicht bekannt - sie wird der Bedeutung entsprechen, die der Bundesrepublik im Kampf gegen den Kommunismus zukommt. Rechnet man zu den journalistischen V-Männern von BND und CIA jetzt noch die des Bundesverfassungsamts und der Landesämter für Verfassungsschutz, des MAD und der wichtigsten west- (und ost-) europäischen Dienste, kann man sich etwa vorstellen, wie es in den Redaktionen unserer großen Zeitungen, Zeitschriften und Magazine, unserer Funk- und Fernseh-Anstalten aussieht.

Und welche Erfolge diese Arbeit hat: Stolz berichtete der frühere Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Günter Nollau, als er im Fernsehen über das »Manifest« befragt wurde (Nollau: »Sowas haben wir früher auch gemacht«), wie er mit einigen Verfassungsschutz-Kollegen den Begriff »Dritter Weg« (zwischen Kapitalismus und Kommunismus) erfunden und in die linke Diskussion gebracht habe. Und anläßlich der Hearings des US-Kongresses kam heraus, daß 34 Absätze der bekannten Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU, die über ein Jahrzehnt durch unsere Medien geisterte, von der CIA gefälscht und daß die »Penkowski-Papers«mit denen der »Spiegel« als Titel-Serie »Des Westens größter Spion« vor zehn Jahren so viel Aufsehen erregte, eine reine CIA-Arbeit waren.

Daß solches passiert, bewiese nicht viel, wenn die betroffenen Redaktionen sich wenigstens darum bemühten, gegen diesen Mißbrauch der Presse vorzugehen - Ach was -sie sind, wie die »Welt« in einem Kommentar zu der Liste von BND-bezahlten Redakteuren, der Meinung, daß die nebenberufliche Arbeit eines Journalisten für einen Geheimdienst, der an anderer Front den Kampf für die Freiheit führe, ehrenvoll sei.

Hans Detlev Becker, der Verlagsdirektor des »Spiegel« hat sich geweigert, auf den Vorwurf der DDR-Regierung, er sei »ein BND-Agent«, überhaupt zu antworten. Diese Behauptung spreche für sich. Tut sie das? Vor Jahren war Becker der meistgenannte Kandidat für die Präsidentschaft eines der bundesdeutschen Geheimdienste. Die Sache scheiterte damals daran, daß Becker zunächst die Leitung von BND, Verfassungsschutz und MAD in einer Spitze vereinigt sehen wollte. Hatte sich Becker für die BND-Kandidatur durch die Einführung der EDV im »Spiegel«-Verlag qualifiziert? Zu meiner

»Spiegel«-Zeit jedenfalls wurde keine den BND betreffende Geschichte ins Blatt gerückt, ohne daß der Autor - wie selbstverständlich – zuerst mit dem Verlagsdirektor Kontakt aufgenommen hätte.

Wir sind, schließlich, beim Thema. Dieser Journalismus hat sich weitgehend mit Geheimdiensten eingelassen, er nutzt sie als Informanten, und er läßt sich von ihnen benutzen. Der BND beispielsweise beschäftigt sich erstens mit der Ausspähung äußerer Feind und zweitens mit dessen Schwächung durch Desinformation, Unruhestiftung, Verwirrung. Drittens beschäftigt sich der BND aber auch traditionsgemäß mit Dingen, die ihn nichts angehen dürften: Er -daß heißt seine verschiedenen Fraktionen - machen bundesdeutsche Politik, beeinflussen selbst durch gezielte Information, Desinformation und hausgemachte Aktion das Klima, das die Politiker in die gewollte Richtung drängt.

Kann man sich vorstellen, daß eine Redaktion, die so mannigfache Affinität zu Geheimdienstlichem hat, ein solches »Dokument« druckt, ohne über die vorhandenen Kanäle nachzufragen, was davon zu halten sei? Und was passiert, wenn durch jene Kanäle das Urteil »echt« zurückkommt? Was endlich geschieht, wenn man's dann druckt und in Beweisnot gerät das konnte man aus dem »Spiegel« vom z. Januar erfahren: Man wirft sich den Dienst-habenden an den Hals.

Den »Spiegel«-Titel zierte ein zerissenes SED-Emblem - so als sei die DDR-Staatspartei inzwischen gespalten, ja fast so, als werde auf den Straßen von Dresden und Magdeburg bereits geschossen. Im redaktionellen Aufmacher wurde jeder Ungläubige als Komplize der SED-Führer denunziert: Der SPD-offiziöse »PPP«-Pressedienst sei »tongleich mit dem 'Neuen Deutschland'«, »bewußt oder unbewußt stützten die Bonner Sozialdemokraten die Ost-Berliner Lesart«; es gebe einen »Gleichschritt der Regierenden in Bonn und Ost-Berlin, das augenzwinkernde Einverständnis« sei »inzwischen total«. Den ehemaligen »Spiegel«-Chefredakteur Günter Gaus, der wohl wußte, daß und warum die Echtheits-Beteuerungen seiner einstigen Redakteure, deren Arbeitsweise er kennt, nichts wert waren, führte das Blatt als »Honecker-Schutzpatron« vor. »Die Beschwichtigungsversuche« der Bonner Entspannungspolitiker lägen »vornehmlich im Interesse Ost-Berlins«, die DDR ein »besonderes Gebilde«, »das künstliche Gebilde DDR«.

Matthias Walden hätte es nicht besser machen können. Zwanzig Jahre »Spiegel«-Redaktionspolitik waren weggefegt, Verständigungspolitik, Anerkennung der DDR, Grundlagen-Vertrag, Entspannung - alles Unfug. Jetzt sei die DDR am Ende, die nationale Frage stelle sich unausweichlich, »die deutsche Einheit« sei »unvermeidlich«. So grotesk, so abrupt hat noch keine Zeitschrift mit ihren politischen Traditionen gebrochen - es sei denn, sie wäre über Nacht an einen gegnerischen Verlag verkauft worden.

Den ersten »Manifest«-Titel des »Spiegel« zierte auch der Name Poullain. Auf dem zweiten hätte schon stehen können: Pullach.

Konkret 02/78, S. 8

Michael Schilling

Der Handlanger

Weil Reinhard Mohn seinen Geschäftsfreunden von Daimler, Mannesmann und Commerzbank wieder in die Augen sehen wollte, mußte Henri Nannen seine Redaktion kastrieren

Je schneller und gefährlicher die Krisen des Systems aufeinander folgen, desto entschlossener führen seine Ideologie-Fabrikanten den Kampf um die Köpfe. Die Bewußtseinsindustrie bringt ihre letzten Dissidenten auf Linie. Vor sechs Jahren wurde der »Spiegel« gleichgeschaltet. Jetzt hat Westeuropas größter Verleger, Reinhard Mohn von der Verlagsgruppe Bertelsmann AG, dem »Stern« das Kreuz gebrochen.

Der »Zeit«-Redakteur Felix Perelsztein hat eine schwere Nacht - er soll die Geschichte vom Sturz des stellvertretenden »Stern«-Chefredakteurs Manfred Bissinger schreiben. Perelsztein weiß zu diesem Zeitpunkt bereits alles, was man über diesen »Fall« wissen kann. Aber er weiß auch, daß er es in der »Zeit« nicht sagen darf. Als er sein Manuskript redigiert und mit der Schere in seinem Kopf zurechtgeschnitzt hat, erwarten ihn bereits die Kontrolleure: »Zeit«-Chefredakteur Theo Sommer und Chef vom Dienst Haug von Kuenheim haben bis nach Mitternacht ausgeharrt und inzwischen selbst Teile der Geschichte und einen wertenden Schluß verfaßt. Unter ihren Händen wird aus Perelszteins behutsam kritischem Bericht die »Zeit«-Geschichte, die dann unter dem Kürzel »G.A.« erscheint - »Gemeinschafts-Arbeit«.

Als die »Frankfurter Rundschau« über den Fall berichtet, kommt dort ein ungewöhnlicher Autor zum Einsatz: Haug von Kuenheim. »Spiegel«-Chefredakteur Johannes (»Mausepaul«) Engel recherchiert die Hintergründe bei Henri Nannen. Des »Spiegels« Presse-Redakteur Dähnhardt schreibt seine dürftigen Berichte eh nur nach Konsultation mit der Verlagsdirektion - weniger G.A. als LA. Henri Nannen wiederum läßt sich für ein Pamphlet gegen Bissinger die umstrittene »Stern«-Geschichte vom Hauswirtschaftler der »Zeit«, dem Verleger-Günstling Diether Stolze, verifizieren.

Ist das nicht, mit Robert Neumann zu reden, »tantus clamor per unam omlettam«? Warum dieser Mitternachts-Sommer im Hamburger Pressehaus, warum der eilfertige Einsatz des Redakteurs Kuenheim in der liberalen »FR«, warum Spesen und Gastarbeit, wo doch bloß der Karriere-Knick eines »schwierigen Mannes«, die Bauchlandung eines »Opportunisten«, der »nie ein Linker war«, zu beschreiben ist? Warum die Eskalation der Meldungen über Abfindungssummen, warum Denunziation, Verdrehung und Lügen, wenn hier doch nur der Zuammenprall zweier »eigenwilliger« Kollegen - Nannen und Bissinger - stattgefunden hat?

»Die einfachste Methode der Schwachen, ihre Unabhängigkeit zu wahren, ist der Entschluß, so zu denken wie die Mächtigen« (Walter Dirks, und in diesem Sinne mögen die genannten Herren ihre unabhängige Meinung vertreten haben und vertreten. Umso nötiger ist ein kurzer Blick auf die Realien, die Verhältnisse, in denen sie ihre Meinungen produzieren:

Der »Stern« erscheint wie »Capital«, »Brigitte«, »Schöner Wohnen«, »Geo« und vieles andere im Verlag Gruner + Jahr, dem auch 25% des »Spiegel« gehören. 74,9% von Gruner + Jahr gehören dem Gütersloher Verleger Reinhard Mohn (Bertelsmann). »Zeit«-Verleger Gerd Bucerius ist Vorsitzender des Bertelsmann-Aufsichtsrats, Reinhard Mohn hat die gleiche Funktion bei Gruner + Jahr. Im Aufsichtsrat von Bertelsmann sitzen die Herren Egon Overbeck (Vorstandsvorsitzender von Mannesmann, Aufsichtsrat von Allianz, Hoechst, Ruhrkohle, Siemens), Gerhard Prinz (Vorstand von Daimler Benz, Beirat der Deutschen Bank), Jürgen Teerahe (Vorstand Commerzbank) und ähnliche. Mohns Imperium reicht inzwischen über die ganze Welt - selbst der größte Taschenbuch-Verlag der USA gehört seit letztem Jahr dem Bertelsmann. Gegen Reinhard Mohn, den kühlen Dirigenten westlicher Bewußtseinsproduktion, sind Axel Springer, Heinrich Bauer und Franz Burda nach Größe und Qualität bloß Provinz-Rocker.

Man versteht also. Weil aber in diesem Pressesumpf außer Springer, Burda und Bauer fast überall nur noch Mohn ist, konnte die wahre Geschichte von Bissingers Ende bis heute nirgends geschrieben werden. Bleibt KONKRET:

Die Geschichte beginnt im Oktober 1972. Reinhard Mohn hatte sich gerade bei Gruner + Jahr eingekauft, als er in der » Zeit« des Verkäufers Gerd Bucerius mit seiner » kategorischen Ablehnung jedweder Mitbestimmung in Redaktionen« zitiert wird, die er »als Mißverständnis der freiheitlichen marktwirtschaftlichen Gesetzlichkeiten« bezeichnet. Die Verantwortung und Kreativität eines Redakteurs, so Mohn, habe sich auf die Gestaltung eines Presseerzeugnisses nach seiner Verkaufbarkeit zu beschränken; der Redakteur dürfe nicht versuchen, etwa durch qualitative Verbesserungen, die die Absatzchancen mindern, gegen das verlegerische Interesse zu handeln.

Inhaltliche Qualität stört den massenhaften Handel mit bedrucktem Papier, verlegerisches Interesse ist nicht Aufklärung, sondern Konsumförderung bis zur Bewußtseinslosigkeit - dieser Mohn-O-Ton blieb nicht ohne Echo: » Dem

Redaktionsbeirat des `Stern'« schrieb dieser am 12. Oktober 1972, »es ist unbegreiflich, wie Sie diese für Stellungen vertreten können. Wir bitten Sie dringend um eine verbindliche Erklärung, wie Ihre Äußerungen... mit dem `Stern`-Statut, das Sie anerkannt haben, in Einklang zu bringen sind. Mit freundlichen Grüßen/für den Redaktionsbeirat des 'Stern'/Manfred Bissinger.«

Bissinger war damals Leiter des Magazin-Teils »Diese Woche« im »Stern«, später wurde er Geschäftsführender Redakteur und schließlich Stellvertretender Chefredakteur. Sein Aufstieg ließ sich am »Stern«-Inhalt ablesen: Das einstige Soraya-Blatt wurde politischer, war immer öfter dem »Spiegel« eine kritische Qualität voraus, aggressiver, frecher und witziger als die Konkurrenz. Es wurde selbstverständlich, daß - wenn überhaupt ein Massenblatt - dann der »Stern« Reportagen von Wallraff, Kritik an Säulen der Gesellschaft (wie den Ärzten, »den Beutelschneidern« und ihren Standeshierarchen), Proteste gegen den Abbau demokratischer Rechte und Berufsverbote druckte. Mit geschickter Personalpolitik holte Bissinger kritikfähige Redakteure ins Haus und animierte andere, in ihre ideologische Heimat abzuwandern. Die meisten davon gingen zu Springer, einige zu Bauer, der Rest zu Burda. John Jahr sen. klagte immer häufiger: »Der Bissinger vergrault uns unsere besten Leute.« Betonung auf *unsere.*

Schon im Herbst 1976 hatte darum Mohns Mann in Hamburg, der Vorstandsvorsitzende von G + J, Manfred Fischer, Bissingers Sturz geprobt. Aufsichtsrat Bucerius, den seine Aktionärsangst vor »den Roten« sogar an seinem Chefredakteur Sommer zweifeln läßt, und 25-Prozent-Gesellschafter Jahr, mit einem jährlichen Gewinnanteil von 12 Millionen Mark bei G + J der teuerste Heizer, der je auf einer E-Lok mitfuhr, trieben Fischer an. Der »Kommunist« Bissinger (ein SPD-Mitglied, aber das ist ja dasselbe) müsse jetzt weg. Die Aktion fand den Widerstand der Redaktion und ihres Chefs Henri Nannen, der mit seinem Rücktritt drohte, weil er »die redaktionelle Unabhängigkeit gefährdet« sah. Und Mohn wollte - so kurz vor der Bundestagswahl - seinen Medienkonzernen nicht ins Gerede bringen. Er ließ Fischers Aktion abblasen.

Vorläufig. Denn nun weigerten sich Mohn und Fischer, unter den aufmunternden Zurufen der Spitzgreise Jahr und Bucerius, Bissingers Stellvertreter-Verlag, der Ende 1977 ablief, zu verlängern. Ein Jahr lang hielten sie Bissinger hin - bis zu jenem Treffen von Mohn, Fischer und Nannen in Mallorca, über das die bürgerliche Presse so ausführlich *nicht* berichtete (was *ein* KONKRET-Mitarbeiter recherchierte, hätte ein Dutzend »Spiegel«-Redakteure vielleicht auch herausbekommen können -wenn sie hätten wollen):

Also, Ort der Handlung: Mallorca. Dort Mohn zu Nannen: Bissinger muß gehen. Nannen zu Mohn: Muß nicht. Mohn: Aber dann kommen doch immer wieder diese System-feindlichen Beiträge in den »Stern«. Nannen: Ich verspreche Ihnen, daß ich das verhindern werde. Mohn: Ja dann - was meinen Sie, Herr Fischer, wollen Sie das riskieren?

Das Gespräch ist nicht wörtlich wiedergegeben. Aber sehr sinngemäß. Fischer jedenfalls wollte sich mit Nannens Zusage zufriedengeben. Denn der Erfolg des »Stern« ist auch Fischers Erfolg in der Bertelsmann-Hierarchie. Und so erfolgreich wie in der Bissinger-Ära war der »Stern« nie zuvor gewesen. Die Auflage hielt sich hoch und stabil, die Jahresgewinne lagen um 60 Millionen Mark. Mohn willigte in eine Vertragsverlängerung für Bissinger - bis Ende '79, definitiv - ein. Drei Wochen vor Weihnachten wurde unterschrieben.

Zwei Wochen später erscheint ein »Stern«-Titel über das Sexualleben deutscher Chefs am Arbeitsplatz. Und dann, kurz vor Weihnachten, ein »Stern«-Bericht über den Kapitalexport bundesdeutscher Unternehmer: Neben Industriekonzernen, Steuerflüchtlingen und Playboys kommt auch der Medien-Multi Mohn drin vor (wenngleich unvollständig - siehe Kasten Seite 10). Nannen ist auf Reisen. Als Chef amtiert der Stellvertreter Bissinger.

Für Mohn ist nun der Fall klar: Nannens Schwüre von Mallorca haben nichts gebracht. Der Bertelsmann stimmt sich mit seinem Mitgesellschafter Jahr ab - das Halali beginnt:

Mohn schreibt an Nannen: »In seiner *Tendenz* muß ich die Publizierung eines solchen Artikels bedauern ... Meines Erachtens stellt sich hier zum wiederholten Male die Frage nach der Qualifikation der Stellvertretung.«

Jahr schreibt an Nannen: »Die letzten Ausgaben des 'Stern' haben mich wieder sehr schockiert ... Wenn Sie, was ich fast vermute, die 'Stern'-Redaktion nicht mehr in Ihrem Sinne steuern können, sollten Sie sich auf die Herausgeber-Position zurückziehen ... Dieser Beitrag (Kapitalexport) nimmt mir die Hoffnung, daß Sie noch zu einer Kooperation, die auch die Interessen des Verlages berücksichtigt, fähig sind.«

Das Ultimatum ist deutlich: Entweder Sie stimmen der Entfernung Bissingers zu (Mohn), oder Sie müssen selbst weg (Jahr).

Was dieses Ultimatum bewirkt, wird sich einem tariflich bezahlten Arbeiter oder Angestellten kaum je vermitteln lassen: Henri Nannen, der ein jährliches Einkommen von 1,6 Millionen Mark bezieht und den eine jährliche G + J-Pension von

300.000 Mark erwartet, packt Existenzangst. Der Koloß von Wellingsbüttel, der nie Freunde, sondern stets nur Untergebene und Günstlinge um sich hatte, lebt von kostspieliger Selbstdarstellung. Privat ist er bloß, was er hat. Super-Yacht mit Liegeplatz, Kapitän und Maschinist, Kreuzfahrten, Domizil in Positano, Tiffany-Lampen (Stückpreis bis zu 45.000 Dollar), 14 Stück hat er schon, damit ihn überhaupt mal jemand besuchen kommt). Das alles wäre von der 300.000 Mark-Pension (monatlich netto ca. 15.000 Mark) nicht mehr zu bezahlen. Und ohne Yacht und ganz allein, ohne prominente Gesprächspartner, ohne Speichellecker, Domestiken und Sekretärinnen, bloß noch der alte Mann und das Geht-nicht-mehr -den Gedanken hält Nannen nicht aus.

Es ist dies keine Personalie Henri Nannen. Der polternd-liberale »Stern«-Chef, der stets am liebsten hier stand und nicht anders konnte, ist bloß ein trauriges Beispiel für viele, die das große Geld kleingekriegt hat. Und die deshalb dazu verdammt sind, die Mohns immer größer zu machen.

Nannen bäumt sich noch einmal auf. Im ersten lichten Moment konzipiert er einen einzeiligen Brief an einen der beiden Kapitaleigner: »Lieber Herr Jahr, Sie können mich am Arsch lecken!« Dann erst klappt er zusammen und korrigiert: »Lieber Herr Jahr, ich werde aus dieser Angelegenheit die im Interesse des 'Stern' liegenden Konsequenzen ziehen.«

Erste Konsequenz: Nannen muß da und der Größte bleiben. Zweite Konsequenz: Wenn die Verleger darauf bestehen, muß Bissinger gehen. Dritte Konsequenz: Nannen darf nicht als Mohns Handlanger erscheinen, er muß Bissingers Sturz selbst rechtzeitig betreiben. Mohn und Jahr hatten sich darüber beschwert, daß in der Kapitalexport-Geschichte »verdiente Unternehmer« mit Privatiers wie Arndt von Bohlen, Steuerflüchtlingen und reichen Erben wie dem Prinzen von Thurn und Taxis in einer Reihe genannt wurden. Nannen reißt das Urheberrecht an den Vorwürfen mit aller Wortgewalt an sich: Honorige Unternehmer seien mit »Prinzen von Tut- und Tat-nichts« und mit »Schwulen« in einen Topf geworfen worden. Der Artikel sei »Demagogie, Kolportage«.

‚Allein freilich traut sich Nannen doch nicht mehr. Er bittet Mohn; der als Aktionär rechtlich in keine der Redaktionen hineinzureden hätte, zur Entscheidung nach Hamburg. In Bissingers Tagebuch der Krise steht dazu unter dem 22. Dezember:

»Um 14 Uhr werde ich in den, neunte Stock gebeten. Anwesend sind Herr Mohn, Herr Dr. Fischer, Herr Nannen. Herr Mohn führt im wesentlichen das Gespräch und erklärt mir unmißverständlich seine Meinung über die Tendenz des Artikels. Ganz abgesehen davon, daß er sich selbst auch desavouiert fühle - er müsse sich gegenüber seinen Aufsichtsräten verantworten. In dem Artikel gehe es nicht um Information, sondern um Desinformation. Ich erkläre erneut, kein Unrechtsbewußtsein zu haben, und bejahe die Frage, ob ein solcher Artikel noch einmal im 'Stern' erscheinen könne. Daraufhin erklärt Herr Mohn, nach seinem Prinzip der Delegation von Verantwortung sei eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Sie alle drei hätten beschlossen, mich zu beurlauben. Auszusprechen habe dies Herr Nannen. Am besten sei es, wenn man jetzt eine gemeinsame Erklärung herausgebe. Herr Nannen bietet an, ich könne auch von mir aus meinen Rücktritt erklären ...

Nannens neue Rolle sitzt noch gar nicht. In seiner Verwirrung enthüllt er dem Redaktionsbeirat auch noch den Inhalt des Abkommens von Mallorca. Er sei gegenüber dem Verlag im Wort, daß nichts im »Stern« erscheine, »was der Systemveränderung dient«. Das aber sei bei diesem Artikel der Fall, der dem Leser suggeriere, alle Unternehmer seien »Schweine«. Das gehe nicht.

Nach Nannen spricht Mohn zu den Redaktionsbeiräten: Der ganze Artikel sei eine miese Desinformation, eine Verdummung und Verführung des Lesers, alles würde nur negativ dargestellt. Das könne er sich nicht gefallen lassen. Er habe sich bei seinen Kollegen in seinem Aufsichtsrat bereits fernschriftlich von dem Artikel distanziert und angekündigt, am nächsten Tag folge ein weiteres Fernschreiben, in dem die Konsequenzen mitgeteilt würden. Dazu sei er gezwungen, sonst könne er den Leuten nicht mehr in die Augen sehen.

Der Einwurf der Beiräte, die Entscheidung werde draußen und drinnen unübersehbare Konsequenzen haben, erschüttert Mohn nicht: Das sei »absolut zweitrangig«, jetzt müsse für klare Verhältnisse gesorgt werden.

Mohn sollte recht behalten. Vor allem, was die Konsequenzen drinnen betraf. Zwar widersprach der Beirat der Beurlaubung Bissingers einstimmig (damit hätte nach dem Redaktions-Statut die Beurlaubung rechtsunwirksam sein müssen) und die Redaktionskonferenz stellte sich im ersten Schreck fast einhellig (bei nur vier Enthaltungen) hinter Bissinger. Doch schon einige Tage später setzte die Erosion ein: Der Verleger sei sowieso stärker, Kampf oder gar Streik brächten nichts. Redaktions-Sozi Gerhard Gründler (dem ich die Kenntnis des vorhin zitierten Dirks-Wortes verdanke), früher »Vorwärts«-Chefredakteur und von Bissinger zum »Stern« zurückgeholt, entwarf die taktische Linie: »Damit Sie nun nicht etwa Angst bekommen, ich wollte Sie auf die falsche oder

überhaupt irgendeine Barrikade treiben, will ich noch sagen, daß es längst nicht mehr um Manfred Bissinger geht. Den bringt niemand auf seinen Platz zurück ... Nein, es geht darum, den für den 'Stern' entstandenen Schaden zu begrenzen.«

(So begrenzt die deutsche Rechtssozialdemokratie den Schaden seit über hundert Jahren - mit den bekannten Erfolgen.)

Kurzum, Gründler setzte sich schnell durch, bei den überbezahlten Star-Redakteuren ebenso wie beim Sprecher des Redaktionsbeirats, dem früheren Jungdemokraten-Chef Heiner Bremer, der sich vom einfachen IG Metall-Mitglied zum leitenden Gewerkschaftsfeind des Hauses hochgearbeitet hat. Wieder einmal, wie fünf Jahre zuvor beim » Spiegel«, wurde der soziologische Ort dieser Lohnschreiber-Innung evident: Lumpenbourgeoisie.

Die Vollversammlung der »Stern«-Redaktion am 5. Januar 78, die ursprünglich Nannen das Mißtrauen aussprechen sollte, endete mit dem Beschluß: »Der Chefredakteur benennt unverzüglich einen weiteren Stellvertreter *(heißt: Bissingers Nachfolger),* dessen Qualifikation und politische Haltung die Gewähr dafür bieten, daß sich an der fortschrittlich-liberalen Einstellung des Blattes ...« und was man halt so sagt, wenn man nichts mehr zu sagen hat. Sie wollten den Kakao, durch den man sie gezogen hatte, auch noch trinken.

»Der Versuch, den 'Stern' als letztes Massenblatt in die rechte Mitte zu schieben, ist aufgeschoben ... Ende 77 steht das 'Stern'-Statut zur Kündigung an, das den Redakteuren gewisse Mitbestimmungsrechte einräumt Es ist davon auszugehen, daß der Vorstandsvorsitzende Fischer dieses Statut kündigen und Nannen nicht mehr fragen wird. Bissinger wird dann als erster über die Klinge springen.«

KONKRET am 30.9.1976.

Am 22. Dezember 1977 wurde Manfred Bissinger fristlos beurlaubt, Anfang Januar '78 wurde sein Verlag aufgelöst. Grund für die Entfernung Bissingers war dessen politische *»Tendenz«.* Absicht der Verleger ist es, das Massenblatt »Stern« in die rechte Mitte zu schieben -behutsam, versteht sich, wir sind hier nicht bei Springer und die Leser sollen schließlich mitgeschoben werden.

Soweit stimmte die KONKRET-Prognose. Aber sie hatte auch Fehler, lehrreiche Fehler: Das Mitbestimmungs-Statut des »Stern« wurde nicht einmal mehr gekündigt -man lachte darüber. Dann war es nicht mehr der Gruner + Jahr-Vorstand Dr. Manfred Fischer, der - als Verleger des »Stern« wenigstens gesellschaftsrechtlich legitimiert - Bissingers Sturz verlangte, sondern ein Aktionär aus Gütersloh, der eingriff (und dies auch offen zugestand), um seinen Aufsichtsräten von Mannesmann und Commerzbank, alles in allem ein paar Dutzend von vier Millionen »Stern«-Lesern, wieder »in die Augen sehen« zu können. Und drittens wurde Henri Nennen nicht einmal mehr *nicht* gefragt, er wurde einfach zum Handlanger degradiert.

Die drei Fehler der Prognose zeigen: Im September 1976, kurz vor der Bundestagswahl, setzten selbst pessimistische Beobachter noch viel zu viel Vertrauen in die Vertragstreue eines Medienherrschers wie Reinhard Mohn, in die relative Gelassenheit sogenannter »aufgeklärter Unternehmer« und in die Selbstachtung eines als liberal geltenden Chefredakteurs. Die Abweichungen der Wirklichkeit von der Prognose bezeichnen ziemlich genau den 3rad, um den es seit dem Wahlherbst '76 mit der liberalen Demokratie in diesem Land bergab gegangen ist.

Protest ohne Öffentlichkeit

Auf dieser Talfahrt kommen der Bewußtseinsindustrie zwei Aufgaben zu: Sie muß den Karren beschleunigen und zugleich dafür sorgen, daß die Insassen glauben, es gehe hinauf. Konkret: Sie muß Leute wie Bissinger aus politischen Gründen loswerden und zugleich verhindern, daß die Motive der Tat ans Licht kommen.

Die Macht dazu hat man. 780 Schriftsteller, Gewerkschafter, Politiker und Künstler haben auf Initiative des Rowohlt-Lektors Freimut Duve und des Grafikers Klaus Staeck gegen Bissingers Entlassung protestiert. Presse, Funk und Fernsehen, die jedem Gedankenfurz eines CDU-Abgeordneten Marx Zeilen und Sendezeit offenhalten, machten den massenhaften Protest der Intelligenz eines ganzen Landes zur Randnotiz. Die Journalistin Susanne von Paczenski wollte eine bezahlte Anzeige mit dem Text »'Stern'-Leser wehrt Euch!« bei der »Süddeutschen Zeitung« und beim »Hamburger Abendblatt« aufgeben. Beide Verlage verweigerten die Annahme.

Dagegen gab der Pressesprecher des Hamburger Senats, Paul Otto Vogel (SPD), gegenüber Springer-Redakteuren seiner Freude Ausdruck, daß man den linken Bissinger nun endlich los sei.

Lieber Sternleser!

Einen Redakteur, der Frau und Kind zu versorgen hat, mag schon das Fürchten ankommen, wenn er in die bundesrepublikanische Presselandschaft blickt.

Gewiß, im Grundgesetz steht es: Die Presse ist frei, und niemand darf verfolgt werden, weil er seine Überzeugung frei äußert. Wie aber ist die Wirklichkeit?

»Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten«, hat Paul Sethe gesagt und bitter hinzugefügt: »Journalisten, die diese Meinung teilen, finden sie immer.«

So wäre denn die Pressefreiheit nur eine Verlegerfreiheit und der Journalist seinem Arbeitgeber untertan. Und da die Pressekonzentration zwar zu immer größeren, aber auch zu immer weniger Zeitungshäusern führt, möchte es zwar viele Überzeugungen geben, die zu äußern der Journalist frei wäre - aber wo sollte er?

Wenn es noch knapp ein Dutzend große Presseunternehmen gibt, da wird einer schon vorsichtig, ehe er es auf eine Meinungsverschiedenheit mit seinem Verleger ankommen läßt.

Henri Nannen im »Stern« (1969)

-

Konkret 02/78, S. 10

Das will der »Stern«-Leser doch wissen

Der »Stern«-Bericht, der den Anlaß für die Entlassung Bissingers bot, hatte Auslands-Engagement des Verlegers Mohn/Bertelsmann in folgenden Ländern genannt: USA, Mexiko, Kolumbien, Argentinien, Venezuela, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Niederlande, Schweiz, Dänemark. Jens J. Meyer, Redakteur bei Burdas »Bunter«, schrieb Henri Nannen einen Brief, in dem er auf einige wichtige, im »Stern«-Bericht vergessene Mohn-Investitionen hinwies:

Sehr geehrter Herr Nannen,

die Geschichte »... und morgen die ganze Welt?« im »Stern« Nr. 53 hat mir gut gefallen, auch wenn sie nicht ganz rund ist.

»Zu den Firmen, die ihren Besitz in den USA kräftig aufstocken«, bis hier »Stern«-Originalton, gehört vor allem der Hauptaktionär Ihres Verlages. Bertelsmann besitzt dort:

· Seit Jahren die Mohn Bertelsmann Corp. in New York als Vertriebsgesellschaft der technischen Betriebe.

· Seit 1975 die Schallplattenfirma Arjola Amerjca Inc. in Beverly Hills. Konzernbericht 1975/76: »Bereits im ersten Geschäftsjahr konnten einige Künstler im Mittelfeld der amerikanischen Single-Hit-Paraden plaziert werden, wodurch der Umsatzplan erreicht wurde.«

· Seit 1976 den Musikverlag US Arabella Music Publishing Inc., ebenfalls in Beverly Hills.

· Seit 1977 die Interworld Music Group Inc. in Los Angeles, mit der, so ein Konzern-Statement im Mai, »ein entscheidender Schritt zur internationalen Expansion auf dem Musikverlagssektor getan wurde«.

· Ebenfalls seit einigen Monaten die Mehrheit der Bantam Books Inc. in New York. Konzern-Statement im September: »Bantam kann heute als der führende Taschenbuchverlag der Welt bezeichnet werden«.

Aber auch »dort, wo eine diktatorische Militär-Junta das Privateigentum schützt, werden sie mit offenen Armen aufgenommen«, meint der »Stern« und weiß, worüber er berichtet. Bertelsmann ist dort Mehrheitsgesellschafter der Circulo do Livro S.A. und betreibt in Sao Paulo

· seit Jahren einen Buchclub,

· seit 1975 eine Druckerei und

· seit 1976 eine Buchbinderei.

Der einzige südamerikanische Staat, in dem Ihnen kein deutscher Investor auffiel, ist Ecuador. Keine Sorge, Bertelsmann machts möglich. Im Frühjahr wurde der konzerneigene Buchclub Circulo de Lectores S.A. in der Hauptstadt Quito gegründet.

»Kaum ein Winkel in der Welt, in dem Bertelsmänner noch nicht investieren und produzieren«, so könnte Ihr Motto auf Seite 12 abgewandelt werden. Nach Ihrer Darstellung hat Ihr Konzern in Argentinien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Kolumbien, Mexiko, den Niederlanden, der Schweiz, Spanien, den USA und Venezuela »mit harter Mark« eingekauft.

Leider verschweigt der Stern neben Brasilien und Ecuador acht weitere Länder, in denen sein eigener Konzern »auf dem Vormarsch« ist:

· Belgien mit drei Buchclubs und einer Schallplattenfirma.

· Italien mit vier Buchverlagen, einem Buchclub, einer Druckerei und einer Papierfabrik.

· Kanada mit einem Buchverlag.

· Norwegen mit einem Schallplattenclub.

· Österreich mit drei Buchclubs, einem Adressenverlag, einer Druckerei, einer Schallplattenfirma und einer Werbefilmfirma.

· Portugal mit einem Buchclub und einer Druckerei.

· Schweden mit einem Schallplattenclub.

· Uruguay mit einem Buchclub.

Oben habe ich noch die Ges.mbH vergessen, die in Österreich den »Stern« herausgibt. Sie heißt Gruner + Jahr:

Apropos Jahr: Im Zusammenhang mit der Seychellen-Insel La Cousine erwähnen Sie den Hamburger Bankier Enno von Marcard. So ganz nebenbei ist »Stern«-Verleger John Jahr Teilhaber der Marcardbank (Bilanzsumme 1976: 255.864.158,07 DM). Jahr senior ist mit einer Kommandit-Einlage von 1.415.000 DM dabei, seine Ehefrau Elli mit 155.000 DM und Sohn Michael Jahr mit 140.000 DM.

Will der Insulaner Enno von Marcard auch am Indischen Ozean nicht auf den »Stern« verzichten, kann er ihn per Hausmitteilung bei seinem Kompagnon Michael Jahr abonnieren.

Ihre Zeile »...,und morgen die ganze Welt?« gilt besonders für Ihr eigenes Unternehmen. Das will der »Stern«-Leser doch wissen.

Mit freundlichen Grüßen

Jens J. Meyer

Konkret 02/78, S. 12

Detlef Hensche

Heute Mohn und morgen Flick?

Detlef Hensche, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier, über die »Stern«-Stunde

Es gehört zu den sympathischen Eigenschaften von Deutschlands größtem Bilderblatt, daß es seine innerbetrieblichen Querelen auf offenem Markt ausbreitet.« Mit dieser Feststellung leitet von Kuenheim in der »Frankfurter Rundschau« vom 4. Januar einen Bericht über die jüngsten Auseinandersetzungen um den »stern« ein. Ist diese Öffentlichkeit des Konflikts Zufall? Oder ist sie das Verdienst einer couragierten Redaktion? Immerhin wird der »stern« von Redakteuren gemacht, die bereit und - wie lange noch? - in der Lage sind, aufzubegehren und Widerstand zu leisten, wenn ihre publizistische Arbeit den Klasseninteressen der Aktionäre dienstbar gemacht werden soll.

Diese selbstbewußte Redaktion produzierte seit Jahren ein auflagenstarkes Blatt, das den Mut hatte, politisch heiße Themen anzupacken, das eine liberale bis manchmal links-liberale Tendenz an den Tag legte. Dies alles soll sich ändern.

Da sind in der Vorweihnachtszeit zwei kritische Artikel über Unternehmer und unternehmerisches Verhalten erschienen: der eine über die sexuellen Nöte der Chefs und die vielfältigen Versuche, sie bei ihren Sekretärinnen abzuladen; der andere über Kapitalexport.

Kein Wunder, daß sich der eine oder andere angesprochen fühlt, daß er nicht einverstanden ist. Auch ich bin oft nicht einverstanden mit dem, was in Zeitungen und Zeitschriften steht.

Doch wie das so ist, in einer freiheitlichen Gesellschaft: einige sind gleicher. Pech für die Redaktion des »stern« daß diesmal nicht die Bürger Müller und Japsen Anstoß genommen haben, sondern die Bürger Jahr und Mohn. Die verlegten sich nämlich nicht auf's Leserbrief-Schreiben oder auf Gegendarstellungen. Die schrieben Mahn-Briefe oder verlangten Konsequenzen, warfen »zum wiederholten Male die Frage nach der Qualifikation der Stellvertretung« auf: Sie fordern den Kopf des stellvertretenden Chefredakteurs Manfred Bissinger.

Nun sind die Bürger Jahr und Mohn noch nicht einmal Verleger des »stern«. Presserechtlilch sind sie Dritte, »Außenstehende«, ihr Eingriff in die Arbeit der Redaktion ist »von außen gesteuert«. Aber -sie haben Aktien und damit Erfolg. Wo bleibt da das Gerede von der publizistischen Verantwortung des Verlegers, wenn jeder x-beliebige Dritte als Aktionär eines Verlagsunternehmens in die Redaktion hineindirigiert? Heute heißen sie Mohn und Jahr; morgen vielleicht Flick und Quandt? Wo doch das Verlagsgeschäft krisensicherer ist als Stahl und Automobile.

Natürlich geben sich die Aktionäre Mohn und Jahr Mühe, ihre politischen Absichten zu verbergen. Nicht der politische Artikel, sondern die angeblich journalistischen Mängel sind es, die ihnen Sorge bereiten. Für Chefredakteur Nannen ist das Ganze denn auch kein politischer, sondern ein journalistisch-fachlicher Konflikt. Es soll journalistisch unsauber sein, unter dem Stichwort des Kapitalexports den Playboy Arndt von Bohlen oder den Erben von Thurn und Taxis mit dem Unternehmer Mohn und dem Unternehmen Volkswagenwerk AG in einem Atemzug zu nennen.

Wie denn das? Gehören nicht Krupp, Horten, Thurn und Taxis, Mohn und Flick. in gleicher Weise zu jener radikalen Minderheit der Unternehmer, Aktionäre und ihrer Erben? Zugegeben, eine fürstliche Apanage von einer Million jährlich im Ausland zu verbrauchen, mag volkswirtschaftlich erträglicher sein als der milliardenschwere Export von Arbeitsplätzen durch bundesdeutsche Konzerne. Aber: die fürstliche Rente des Krupp-Erben ist ebenso von anderen, den Arbeitern und Angestellten, erwirtschaftet worden wie der Kursgewinn, den die Herren Flick beim Verkauf ihres Daimler-Pakets mitnahmen, um ihn in den USA zu investieren, oder wie die Gewinne, die es der Bertelsmann AG ermöglichen, sich im Ausland zu beteiligen. All dies sind die verschiedenen Seiten ein und derselben Medaille: der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die es einer Minderheit erlaubt, die von der Mehrheit erzeugten Arbeitsergebnisse nach eigenem Belieben zu verwenden, z. B. ins Ausland zu verbringen.

Worum es im Grunde geht, das wird schon deutlicher, wenn beide Aktionäre auch am Report über den sexuellen Notstand der Chefs Anstoß nehmen: »Jämmerlich primitiv«, »ordinär und geschmacklos«. Das ist ja denn auch ein bißchen viel? Gleich zwei Artikel, die sich kritisch mit den Unternehmern auseinandersetzen. Da könnten ja die Leser auf richtige Gedanken kommen.

Vollends läßt John Jahr in seinem Drohbrief an Nannen die Katze aus dem Sack. Da hatte sich doch der große Henri Nannen vor kurzem dazu hergegeben, in einer Betriebsversammlung und in einem Schreiben an alle Arbeiter und Angestellten von Gruner + Jahr auf Betriebsrat und Gewerkschaft einzuschlagen und Einfluß auf die anstehenden

Betriebsratswahlen zu nehmen. In einem Stil, der unsachlicher nicht vom Propagandainstitut der Deutschen Arbeitgeberverbände hätte verfaßt werden können. Der Aktionär Jahr konnte aufatmen und hoffen, »daß es doch noch zu der von Herrn Mohn so sehr gewünschten und erstrebten Kooperation ... kommen würde ...«. Und nun müssen unter der Verantwortung desselben Chefredakteurs Nannen gleich zwei Bericht erscheinen, in denen »bedeutende und fähige Wirtschaftsführer in einer so unqualifizierten Form herabgesetzt werden«!

Das ist also der Punkt. Da komme man nicht und rede von fachlicher Kritik! Da möge auch Henri Nannen nicht Meinungsverschiedenheiten über Fragen der publizistischen Arbeit im »stern« vorschieben. Nein, es geht um einen handfesten politischen Konflikt. Schon lange ist bekannt: den Aktionären paßt die ganze Richtung nicht. Ein liberales Blatt kann man ja noch verkraften; an ihm läßt sich sogar gut verdienen. Aber ein linkes? Vielleicht im Kulturteil! Aber nicht in der Wirtschaftsberichterstattung!

Der politische Konflikt hat noch einen zweiten Kern: das Redaktionsstatut. Von allen vor einigen Jahren freiwillig ausgehandelten Statuten ist das des »stern« sicher das fortschrittlichste. Immerhin hat der Redaktionsbeirat bei Personalentscheidungen in der Chefredaktion ein Vetorecht. Doch was ein solches Statut wert ist, zeigte sich daran, daß sich weder Vorstand noch Chefredakteur um den Redaktionsbeirat und sein einstimmiges Votum geschert haben, als es darum ging, Bissinger zu beurlauben.

Hier offenbart sich die Schwäche aller Redaktionsstatute, auch des »stern«. Sie gewähren der Redaktion Mitspracherechte von Verlegers und Aktionärs Gnaden. Souverän ist, wer über die Kündigung entscheidet. Und das sind Vorstand und - letztlich - Großaktionär. Gegen diese immanente Schwäche der Redaktionsstatute hilft nur ein Tarifvertrag.

Konkret 02/78, S. 14

Sebastian Cobler

ÖS 2-614300-R/21 VS-NfD

Bundesinnenminister Maihofer: Aus seinem Ministerium stammt das Geheimpapier über das Russell-Tribunal, das der KONKRET-Redaktion zugespielt wurde. Es hat die Akten-Nummer
ÖS 2-614300-R/21 VS-NfD
Sebastian Cobler vom Sekretariat des Russell-Tribunals bedankt sich dafür

Das Papier besteht aus zwei Teilen: Der erste schildert schlecht und fehlerhaft recherchiert die »Entstehungsgeschichte« des Tribunals; dieser relativ belanglose Text wurde im vergangenen Herbst im Bulletin des Innenministeriums veröffentlicht. Interessant dagegen ist der vertrauliche zweite Teil des Papiers, den KONKRET im Wortlaut dokumentiert.

Die Staatsschutz-Strategen liefern hier die Einschätzung der innen- und außenpolitischen Wirkungen des Tribunals - die mögliche Sammlung und Stärkung der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung - und listen dann eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung des Tribunals auf. Kern all dieser Maßnahmen: Das Tribunal soll zum Opfer eben jener strafrechtlichen Zensurbestimmungen gemacht werden, die selbst Gegenstand der Untersuchung durch das Tribunal sein werden -allen voran der § 90 a StGB: »Verunglimpfung des Staates«. Mit anderen Worten: Die Frage nach Zensur wird selbst zensiert.

Zu diesem Zweck wird im Innenministerium erwogen, gegen die ausländischen Mitglieder des Tribunals Einreiseverbote zu verhängen, sie als »unerwünschte Personen« zu behandeln. Es wird weiter erwogen, die Veranstaltung nach dem Versammlungsgesetz zu verbieten oder polizeilich aufzulösen, weil von ihr eine »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« ausgehe. Schließlich wird angeregt zu prüfen, ob nicht das Russell-Sekretariat in Berlin nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes aufgelöst werden kann, weil seine Tätigkeit, wenn auch schwer beweisbar, gegen Strafgesetze verstoße - etwa: gegen das Verbot der »Verunglimpfung des Staates«, wie sie von dem Tribunal zu erwarten sei.

Außerdem ins Spiel gebracht, dann aber allein aus technischen, nicht etwa aus politischen Erwägungen, wieder verworfen werden zwei weitere, fast schon gespenstisch anmutende Maßnahmen: die Infiltration des Tribunals mit (regierungs-) verläßlichen Personen, die für einen »Freispruch« der Bundesrepublik sorgen, und -man glaubt sich zu verlesen -die Möglichkeit, den Mitgliedern des Sekretariats vom Bundesverfassungsgericht die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemäß Art. 18 GG aberkennen zu lassen -die Vorbereitung und Durchführung des Tribunals sei ein verfassungswidriger Mißbrauch dieser Grundrechte!

Das Papier zeigt eindrucksvoll, wie hierzulande zunehmend polizeiliche Denkformen und Überlegungen, polizeiliche Ignoranz und Arroganz die Formen der politischen Auseinandersetzungen beherrschen. Es zeigt, was von den ständigen und gerade auch im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal abgegebenen Regierungserklärungen über die Meinungsfreiheit Inder Bundesrepublik zu halten ist. Es ist erschreckend und erhellend zugleich, wie bereits eine nur untersuchende Tätigkeit wie die des Russell-Tribunals kriminalisiert wird und welche Mittel hierzu notfalls einzusetzen die Verwalter des »freiheitlichsten Staates in der deutschen Geschichte« bereit sind.

Inder Gründungserklärung der Mitglieder des Tribunals vom Oktober 1977 wird versichert, daß auch diejenigen die Möglichkeit der Stellungnahme vor dem Tribunal erhalten werden, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Das Innenministerium hat seine Antwort bereits vorab gegeben und damit unfreiwillig einen zentralen Beitrag für die Arbeit des Tribunals geleistet.

Bewertung

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten aber schlecht und lückenhaft Informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in

den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung neues Protestpotential hat, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt.

Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

3. Mögliche Gegenmaßnahmen

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin zu prüfen.

3.1. Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden »Freispruch« zu erzielen.

Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit der Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2. Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses -

der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzen den der im Bundestag vertretenen Parteien und -

die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen

mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Verbote -

nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.

Erwogen werden könnte ein Verbot nach §5 Ziff. 4 VersammlG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht komme z. B. nach §§ 89, 90 a, III, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das

Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigt, die staatlichen Organe der Bundesrepublik »belastenden« Zeugenaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweissicherung und aus Wirksamkeitsüberlegungen eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 1 Ziff. 4 VersammlG dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist. -

nach dem Vereinsgesetz

Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 2 VereinsG sind, kommen Vereinsverbote gern. § 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkungen haben. Die o. g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein. -

nach dem Ausländergesetz

(§§ 6, 10 i. V. m. § 18 AuslG und ggf. § 12 Aufenth. Gesetz/EWG)

In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gern. § 6 AuslG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1 - 10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

3.4. Förderungsentzug

Sollte festgestellt werden, daß von der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u. U. durch BMJFG und BMBW erfolgen.

3.5. Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z. B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art. 5), der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktion des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprochen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechende Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

3.6. Aufklärung und Information der Öffentlichkeit

Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über -

Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen, -

die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte, -

eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z. B. Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereine und -

die wirklichen Umstände der dem Tribunal verzerrt dargestellten Sachverhalte (z. B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfungen für den öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratisch legitimierte Regelung

unterrichtet werden.

Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere von BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten Interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt.

-

Konkret 02/78, S. 16

Gerhard Schröder, Hermann L. Gremliza

SPD-Linke: jeder Erpressung ausgeliefert?

KONKRET-Interview
Im Februar wählen die Jusos einen neuen Bundesvorsitzenden. Hermann L. Gremliza sprach mit Gerhard Schröder, einem der drei Kandidaten

KONKRET: Herr Schröder, Sie wollen Vorsitzender der Jungsozialisten werden. Befürchten Sie nicht, daß es Ihnen so ergehen könnte, wie ihrem Vorgänger Klaus-Uwe Benneter?

Schröder: Ich befürchte das nicht. Die Partei kann nicht daran interessiert sein, ihre Jugendorganisation kaputt zu machen. Im übrigen bin ich Mitglied eines Unterbezirks- und Bezirksvorstandes der SPD, also in der Partei so verankert daß ein Rausschmiß sicher problematisch für die Parteiführung wäre. Das Risiko, das bleibt, ist das Risiko jeder Minderheit in einer Massenpartei. Man minimiert dieses Risiko, wenn man z. B. nicht abstrakt über Bündnisfragen diskutiert, sondern Politik benennt, die falsch, weil antisozialistisch ist. Ich denke hier an die Konzeptionslosigkeit der Regierung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, an die falsche grundsätzliche Einstellung unserer Partei zu Fragen der Inneren Sicherheit.

KONKRET: Wir wollen einen Moment bei Benneter bleiben. Bei ihm ging es um eine abstrakte Bündnisfrage, nämlich um das Komitee für Frieden und Abrüstung. Was ähnliches könnte Ihnen als Juso-Vorsitzender auch blühen. Die Jungsozialisten unterstützen das Russell-Tribunal, und es ist durchaus nicht auszuschließen, daß der SPD-Parteivorstand einen Unvereinbarkeits-Beschluß fassen wird.

Schröder: Ein solcher Beschluß des Parteivorstandes wäre falsch. Wollten die Jungsozialisten ihn einhalten, würden sie sich von einer wichtigen Bewegung isolieren, einer Bewegung, der es um die Verteidigung der Demokratie bei uns geht. Die Jungsozialisten müssen sich also in der einen oder anderen Form beteiligen, wenn sie ihren demokratisch sozialistischen Anspruch nicht aufgeben wollen. Es gibt indessen politische Bedingungen. Ich nenne zwei: Zum einen können die Jungsozialisten niemanden unterstützen, der als Außenstehender innergewerkschaftliche Probleme diskutieren will. Zum anderen können sie sich nicht an Initiativen beteiligen, wenn von diesen anstelle der Untersuchung gesellschaftlicher Verhältnisse in der Bundesrepublik die SPD als Partei vor ein Tribunal gezerrt werden soll. Das heißt natürlich nicht, daß die von der SPD verantwortete Regierungspolitik auf allen Ebenen aus der Untersuchung herausgehalten werden soll, es heißt aber, daß Jungsozialisten sich nicht an einem propagandistischen Scherbengericht über die SPD beteiligen können. Ich habe den Eindruck, daß für diese politischen Bedingungen bei den Verantwortlichen - zumindest im deutschen Beirat - Verständnis und Unterstützung aufgebracht wird.

KONKRET: Das eindrucksvollste an den Jungsozialisten seit ihrer Neuorientierung im Jahre 1969 war ihr Reichtum an großen Worten. Sie nannten sich »die SPD der 80er Jahre« und wollten ihr Programm mit einer »Doppelstrategie« durchsetzen. Nun sitzen die Bundesvorsitzenden der Juso-Neuzeit, Karsten Voigt und Wolfgang Roth, im Bundestag und stimmen fürs Kontaktsperregesetz wie die Alten.

Schröder: Ich habe den Satz von der Partei der 80er Jahre immer für falsch gehalten, weil diejenigen, die ihn formuliert haben, die Chancen, die SPD zu verändern, nicht realistisch eingeschätzt haben. Dieser Satz stimmt also nur, wenn diejenigen, die ihn für richtig halten, ihren Veränderungsanspruch aufgeben. Dies scheint mir das Problem der genannten Genossen zu sein. Für sie ist also der Satz durchaus richtig, für Sozialisten indessen nicht. Im übrigen gibt es zwischen den genannten Personen durchaus Unterschiede. Wer z. B. Wolfgang Roth genau zugehört hat, hätte 1972 wissen können, daß er 1977 diese und keine andere Politik machen würde. Wegen dieser Kontinuität glaube ich, daß man mit Wolfgang Roth - trotz unterschiedlicher Ansichten - loyal zusammenarbeiten kann. Ich hoffe, daß dies auch bei Karsten Voigt wieder erreichbar sein wird.

KONKRET: Über das KONKRET-Interview mit Klaus-Uwe Benneter hat die Redaktion im Mai 1977 das Motto von Karl Kraus gestellt »Die Sozialdemokratie ist die staatlich konzessionierte Anstalt zum Verbrauch revolutionärer Energien«. Das Diktum stammt aus dem Jahr 1932. Gilt es nicht immer noch?

Schröder: Dieser Satz ist falsch, weil er unterstellt, daß die SPD jemals eine revolutionäre Partei war. Sie war es - jedenfalls mehrheitlich - in keiner Phase ihrer Entwicklung. Andererseits hat es in der Partei immer revolutionäre Kräfte gegeben, wobei es interessant wäre, zu erfahren, welchen Revolutionsbegriff KONKRET eigentlich hat. Als eifriger KONKRET-Leser habe ich mir über diese Frage noch keine hinreichende Klarheit verschaffen können. Wie dem auch sei, in der SPD hat es, wie gesagt, immer revolutionäre Kräfte gegeben. Rosa Luxemburg war dies sicher ebenso wie die sogenannten 'Berliner Jungen'. An diese Tradition müssen die Jungsozialisten anknüpfen. Tun sie dies, werden sie aber auch erkennen, daß es das Problem jeder Massenorganisation ist, auf Veränderung drängende Initiativen zu kanalisieren, zu bürokratisieren und ihnen dadurch ihren Elan teilweise zu nehmen. Worauf es ankommt, ist, zu begreifen, daß dieser Bruch der Preis für die Mitarbeit in einer Massenorganisation der Arbeiterbewegung ist, daß dieser Preis gezahlt werden muß, dann aber darauf zu achten ist, daß möglichst wenig von dem »revolutionären Elan« verloren geht, man also der in Massenorganisationen wirksamen Tendenz zur Anpassung widerstehen muß.

KONKRET: Aber ist es denn nicht so, daß die SPD immer diesen Veränderungswillen aufgesogen und in ihrer Politik Konsequenzen daraus unmöglich gemacht hat? Seit es die SPD gibt: Die SPD hat die Kriegskredite bewilligt, die SPD hat nach dem ersten verlorenen Weltkrieg die Räterepublik liquidiert und hat dafür gesorgt, daß der Kapitalismus, der deutsche Kapitalismus sich nach zwei Kriegen restaurieren konnte. Immer wieder arbeiten Sozialisten mit der Hoffnung, von der Sie auch sprechen, in der SPD, aber nie in der über 100jährigen Geschichte der SPD haben sich diese sozialistischen Positionen als mehrheitsfähig erwiesen.

Schröder: Ich halte es für falsch zu formulieren, die SPD habe für die Restauration des Kapitalismus gesorgt. Ich gebe zu, daß sie nicht entschieden genug für eine sozialistische Alternative eingetreten ist. Das Problem der SPD besteht doch gerade darin, daß sie sich zu häufig an vorgeblich vorhandene konservative Strömungen anpaßt, anstatt diejenigen Kräfte, die auf Veränderung drängen, bei sich wirksam werden zu lassen. Die SPD hat politisch bewußt also nicht die Restauration des Kapitalismus herbeigeführt, sondern sie hat zu wenig gegen diese Restauration getan. Die innerhalb unserer Partei zu beobachtende Tendenz, sich vorgeblich vorhandenen starken Strömungen anzupassen, muß bekämpft werden. Darum geht es den Jungsozialisten. Dabei wissen sie, daß sie wegen der Tatsache, daß die SPD an das Bewußtsein ihrer Mitglieder und Wähler angebunden bleibt, nicht allein innerhalb der SPD arbeiten können. Sie müssen sich vielmehr einbeziehen in die Arbeit, die der Schaffung einer demokratisch-sozialistischen Bewegung, auch außerhalb der Partei, dient. Erst das Zusammenspiel zwischen einer solchen demokratisch sozialistischen Bewegung und einer politischen Partei wie der SPD, kann diese politische Partie verändern und kann den Massendruck entfalten, der zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse notwendig ist. Dies ist der von den Jungsozialisten formulierten Doppelstrategie, jedenfalls so, wie ich sie immer verstanden habe.

KONKRET: Beim SPD-Vorstand soll es eine Umfrage geben, nach der mehr Mitglieder der SPD gut über Hans-Dietrich Genscher denken als über die Jungsozialisten...

Schröder: Ich halte das für möglich. Dies hängt natürlich auch damit zusammen, daß die Jungsozialisten keine Möglichkeit haben, ihre wirklichen Ziele in den bürgerlichen Medien darzustellen. Was die Jungsozialisten zur Jugendarbeitslosigkeit sagen, warum sie prinzipiell gegen den Radikalenerlaß sind, welche Vorstellungen sie zur Schul- und Hochschulpolitik haben, dies erfährt der Leser durch die bürgerlichen Medien nicht. Die Jungsozialisten finden im bundesdeutschen Blätterwals nur statt, wenn sie personalisierte Konflikte austragen. Davon müssen wir runter. Ich halte es daher für wichtig, daß die Jungsozialisten ihre politischen Ziele vielmehr in Medien erläutern, die den Versuch machen, ein Stück demokratischer Gegenöffentlichkeit zu werden. Ohne jemanden Puderzucker in den Hintern blasen zu wollen, will ich sagen, daß die Arbeit von KONKRET für die Jungsozialisten außerordentlich wichtig ist. Ich kann nur wünschen, daß alle Genossen dies begreifen, und eine solche Arbeit entsprechend unterstützen.

KONKRET: Wenn Sie Jungsozialisten-Bundesvorsitzender werden sollten, streben Sie neue Bündnisse in der Partei an, würden Sie etwa stärkere Verbindungen zu den Nein-Sagern in der Bundesfraktion um Coppik und Hansen, aufnehmen?

Schröder: Hier geht es nicht um Bündnisse. Hier geht es darum, daß diejenigen Genossen, die im Bundestag eine richtige Politik formulieren, von den Jungsozialisten unterstützt werden. Dies auch dann, wenn diejenigen, die sich zu Diskussionen etwa im Frankfurter Kreis treffen, eine solche Unterstützung für nicht opportun halten. Die Jungsozialisten müssen begreifen, daß es für sie nicht um die Meinung von »Kreisen« gehen kann, sondern daß konkret für richtig befundene Politik .zu unterstützen ist, auch dann, wenn die Exponenten dieser Politik in den Kreisen, um die es hier geht, nicht die

Hauptrolle spielen.

KONKRET: Ihr Bündnis bei den Jungsozialisten, das Bündnis der sogenannten »Antirevisionisten«, mit den sogenannten Stamokaps wurde von der ehemaligen Juso-Mehrheit um Heidi Wieczorek-Zeul, die in Hamburg unterlegen ist, ein »rein taktisches Bündnis« genannt, oder auch schlicht »pervers«. Warum wollen Sie dieses Bündnis fortsetzen?

Schröder: Dieses Bündnis war nicht prinzipienlos. Das wird sich auch auf dem nächsten Bundeskongreß herausstellen. Richtig ist zunächst, daß die Wahl Benneters Ausdruck der Abneigung gegenüber einer Gruppierung war, die sich bis dahin in der Juso-Führung abgelöst hatte. Die Genossen haben einfach den Exponenten der Theorie von den Jungsozialisten als Partei der 80er Jahre eine Absage erteilt. Ich gebe indessen zu, daß dies nicht ausgereicht hätte. Es ist aber durchaus so, daß z. B. in der Beurteilung der Frage, welche Funktion der kapitalistische Staat hat, Übereinstimmung besteht. Übereinstimmung besteht weitgehend auch in der Einschätzung der Rolle der SPD im gesellschaftlichen Veränderungsprozeß. Diese Übereinstimmungen müssen konkretisiert werden. Ich gehe davon aus, daß das auch auf dem Bundeskongreß geleistet werden kann.

KONKRET: Auch auf der SPD-Linken ist der Ausschluß von Klaus-Uwe Benneter zum Teil mit klammheimlicher Freude begrüßt worden. Statements aus Schleswig-Holstein und Hessen-Süd haben sehr deutlich gemacht, daß Teile der SPD-Linken bereit sind, die Vertreter der Stamokap-Theorie ans Messer zu liefern.

Schröder: Eine solche Politik könnte ein Bundesvorsitzender der Jungsozialisten niemals mitmachen. Diejenigen, die solche Opfer vorhaben, handeln kurzsichtig. Sie handeln auch gegen ihr eigenes Interesse; denn die nächste Gruppe, die »dran« wäre, ist sicher bereits ausgemacht. Es ist wichtig, klar zu machen, daß die Diskussion um die Stamokap-Theorie begriffen werden muß als eine Auseinandersetzung um die Diskussionsbandbreite innerhalb der gesamten sozialdemokratischen Partei. Wer hier Einschränkungen zuläßt, wer sich daran beteiligt, Theorie als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD zu erklären, der zerstört die Identität der SPD. Im übrigen ist es so, daß diejenigen, die meinen, die Stamokap-Theorie sie pauschal zu verurteilen, die Jusos innerhalb der westeuropäischen Jugendorganisationen vollständig isolieren würden. Sie würden die Jungsozialisten gleichfalls von einer intensiven Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsjugend abkoppeln. Diese Beispiele zeigen, daß es falsch wäre, diese Theorie pauschal zu verurteilen, etwa dadurch, daß man ihre Vertreter in die Nähe kommunistischer Parteien rückt. Bei den Jungsozialisten hat es eine Klärungsdiskussion gegeben. Dabei ist anerkannt worden, daß dieser Theorieansatz zum selbstverständlichen Bestandteil unserer Diskussion gehört. Dieser Konsens darf nicht zerstört werden. Jenseits dieser grundsätzlichen Übereinstimmung muß die Diskussion weitergehen. Die Jusos haben sich mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Rolle die Partei im Prozeß gesellschaftlicher Veränderung spielt, ob sie die wirkliche Avantgarde-Organisation sein soll, oder ob sie an den Willensbildungsprozeß des Volkes unmittelbar angebunden bleiben muß. Es wird weiter um die Frage gehen, welche Rechte nicht-sozialistischen Minderheiten im Prozeß gesellschaftlicher Veränderung und im Sozialismus selbst zustehen. Daß solche Minderheitsrechte bei uns und anderswo bestehen müssen, ist inzwischen zum selbstverständlichen Bestandteil der politischen Forderungen aller Gruppierungen bei den Jungsozialisten geworden. Dies wurde durch eine intensive Diskussion erreicht. Dies wäre sicher nicht erreicht worden, wenn man pauschalen Abgrenzungsforderungen nachgekommen wäre.

KONKRET; Solange es in der BRD, links von der SPD keine politische Partei gibt, die als einsichtige Alternative für Sozialisten fungieren könnte, ist natürlich die Linke der SPD jeder Erpressung ausgeliefert.

Schröder: Dies mag so sein. Man bekommt diese Möglichkeit aber nicht dadurch weg, daß man droht, bei einem Rausschmiß eine eigene Partei aufzumachen. Wir haben doch den Tatbestand, daß es Kräfte in der Partei gibt, die sich von der Spaltung der SPD irgendetwas verspricht oder versprechen könnte, sondern es ist die Rechte, die immer dann, wenn ihre Position bedroht ist, durch Wort und Tat eine solche Diskussion und Praxis organisiert. Auch dies gilt es klar zu machen: Die Jungsozialisten sind aus Einsicht Garanten für die Einheit der SPD. Sie werden Spaltungsversuchen von Rechts mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Sie werden dies um so mehr können, je größer ihr Einfluß in den Grundorganisationen der Partei ist. Hier müssen sie arbeiten, müssen ihre politischen Alternativen immer wieder erläutern. Tun sie dies, werden sie die Mehrheit der Partei auch hinter sich bringen.

Konkret 02/78, S. 18

Peggy Parnass

Die Redaktion als Schlafzimmer

Springer hat wieder einmal einen Prozeß gegen Günter Wallraff gewonnen: Die Richter erklärten die »Bild«-Redaktion zur Intimsphäre. Ein Bericht von Peggy Parnass

In schwedischen Schulen stehen Wallraffs .»Unerwünschten Reportagen« auf den Lehrplänen. Bei uns sitzt Wallraff immer öfter auf der Anklagebank. Macht nichts. Wie die bei uns liegen, ist das schon wieder eine Ehre.

Am 21.12.77 tagt nur die Zivilkammer 24 des Hamburger Landgerichts. Für Springer und den Springer-Redakteur Schindelheck. Gegen Wallraff. Kein Strafgericht. Es ist ein exklusiver kleiner Laden, dem der Richter Engelschall vorsitzt. Assistiert von den Beisitzern Ficus und Krause empfängt er hier meist gutgelaunt die Spitzen aus Verlagen und Politik: Nannen, Augstein, Strauß - alle schon mal dagewesen. Auch wir hatten schon öfter die Ehre.

Als eine große Platte mit belegten Brötchen im Gerichtsgang an uns vorbeigetragen wird, denken wir tatsächlich, es ist für uns; so privat ist die Atmosphäre. Geradezu intim. Vielleicht ist es ja gar nicht erlaubt, darüber zu schreiben. Denn das haben die Springer-Anwälte beantragt: Die Vorgänge in der »Bild«-Redaktion Hannover zur Intimsphäre zu erklären und Wallraffs Bericht darüber zu verbieten. Es ist ein Antrag, nach dem der ganze Wallraff verboten werden könnte, ob er sich nun als Fließbandarbeiter, Asyl-Penner, Napalm-Dealer, Alkoholiker im Irrenhaus, Abgeordneter, Klosterbruder, Bote oder Waffenlieferant für Spinola verkleidete, als David, »der mit immer wechselnder Tarnkappe ausspäht, was Goliath für seine `Privatsache` hält.« Der schon jetzt, nach nur wenigen Monaten, sein euch »Der Mann, der bei BILD Hans Esser war« 277.000 mal verkauft hat. Trotz des relativ hohen Preises von 16 Mark 80. In x-ter Auflage, nach jeder neuen einstweiligen Verfügung schlagartig neu gedruckt. Wo? Ach, das würden die Springer-Leute auch so gerne wissen! Immerhin, Wallraff hält sich an die Beschlüsse, Untersagtes nimmt er raus, formuliert um und klatscht noch eine neue Enthüllung dazu. Kein Wunder, daß die Springer-Leute wahnsinnig werden.

Wohl um diesem beklagenswerten Zustand Einhalt zu gebieten, läßt der Vorsitzende Engelsdrall gleich zu Anfang Menschlichkeit walten: »Es ist ja bekannt, daß Richter nicht gerne Urteile schreiben. Wir haben uns deshalb überlegt, wie wir die Sache so vom Tisch kriegen.?« Und dann folgt der atemberaubendste Vergleichsvorschlag, den wohl je ein deutscher Zivilrichter gemacht hat: Springer zieht seine Klage zurück, Kiepenheuer und Wallraff verzichten darauf, das Buch weiter zu verbreiten. Da zucken alle Parteien verblüfft in Abwehr zusammen. Nur Wallraff nicht, denn er ist noch gar nicht da. Als er nach eineinhalb Stunden reineilt, sagt ein Freund: »Du kommst noch zum Jüngsten Gericht zu spät!«

Lachen verboten!

Da also von Vergleich keine Rede sein kann, nimmt die Farce ihren Gang. Die Springer-Anwälte, Renate Damm und Sophus Witt, in dem Ruf von Fähigkeit und Kühle stehend, total verunsichert, spielen die Rollen zweier Klageweiber.

Greinend: »Man kann ja nicht erkennen, ob ein Buch alt oder neu ist, wenn die Auflage darin nie verzeichnet ist. Und wer garantiert, daß Wallraff nicht überall auf seien Vortragsreisen aus seinen Büchern vorliest und Bemerkungen macht, wie: ich grüße die Vertreter der Rechtsabteilung. Obwohl diese nie anwesend sind.« Gelächter, das sich den ganzen Prozeß über kaum legt!

Witt: »Schindlbeck ist am meisten leidgeprüft. Dank des Gefechtslärms auf der Spiegel-Bestsellerliste. Er wird als der Prototyp des miesen, eitlen, diktatorischen, kriegerischen Vorgesetzen geschildert. Der ist *fertig* für sein ganzes Leben.« Heinrich Senfft, der Kiepenheuer und Wallraff vertritt, muß lachen. Wen hat Schindlbeck wohl alles en passant in seinem Blatt in Millionenauflage mit Namen, Adresse und Foto »fürs ganze Leben fertig gemacht«?

Jetzt popelt er nicht mehr in Hannover herum. Er ist inzwischen Chef-Reporter bei »Bild«-Hamburg. Man braucht ihn für diesen Prozeß, egal wie sehr man ihm verübelt, daß er nicht genauer hinsah, als er Esser/Wallraff einstellte. Ungerecht. Woher sollte der Mann wissen, daß er ausgerechnet an *dem* Tag gründlich recherchieren sollte?

Plötzlich, in den Dämmer hinein, den sein Plädoyer verbreitet, ruft Springers Anwalt Witt mit erhobenem Finger: »Wehret den Anfängen!« Es ist, als fragte Desdemona: »Hast du zur Nacht gebetet, Othello?«

Richter Ficus wartet auf eine Gelegenheit, den Vergleichsvorschlag nachträglich zu rehabilitieren. Nach kurzem Getuschel mit Engelsdrall sagt er: »Das Gericht ist falsch verstanden worden. Gemeint war: Das Buch nur unter Weglassung der beanstandeten Stellen weiterzuverbreiten.« Jetzt, da nicht mehr verglichen wird, hat sich das Gericht gerettet.

Frau Damm wird immer bitterer. »Sie«, ruft sie Senfft zu, »haben die ganze Zeit gelacht!« Senfft: »Wollen Sie mir vielleicht das Lachen auch noch verbieten lassen?« Es war nicht mehr auszumachen, ob Frau Damm die Ironie der Frage verstand.

Witt zu Senfft: »Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die einzelnen Redaktionen muß erhalten bleiben. Was würden Sie tun, Herr Kollege, wenn sich Herr Wallraff bei Ihnen einschleichen würde?«

Senfft: »Es wäre mir sicher nicht angenehm. Aber es wäre besser, wir wüßten uns in unserer Arbeit beobachtet.« Das war kein Anwaltsspruch. Das war sein Standpunkt. Auch Senfft ist in diesem Prozeß nicht »cool«.

Wallraff erklärt seine Methode: »In Amerika ließ ein Weißer sich dunkle Hautfarbe spritzen, um darüber schreiben zu können, wie man als Neger behandelt wird.«

Dann wieder Frau Damm. Erst aggressiv, dann zappelig, zum Schluß kreischig. Sie zieht Kollege Witt, der zum Publikum spricht, am Arm und zischt: »Da ist das Gericht!« Sie erinnert daran, daß auch Wallraff sensibel reagierte, als »Bild« schrieb: »Sein bleiches Fanatikerantlitz durch Höhensonne vermenschlicht ...«

Senfft: »Aber wir haben nichts dagegen unternommen.«

Frau Damm, triumphierend: »Natürlich nicht! Weil es stimmt!«

Biermann, der hier bei uns immer mehr mitkriegt, rief laut von der Zuschauerbank: »Ziemlich keck, das Mädchen!«

Anwalt Witt kämpft für die Pressefreiheit. Für die von »Bild«: für die Freiheit, falsch zu informieren, irre zu führen, Dreck in die Birne zu füllen und ein Lynch-Klima zu schaffen.

81,48 % zu Unrecht

Senfft hat Recht. Jedem von uns täte es gut, zur Selbstkritik gezwungen zu sein. Die internen Gespräche in fast allen Redaktionen sind reichlich zynisch. Aber ich ziehe es vor, dort zu arbeiten, wo sich der Zynismus nicht in Form von Verlogenheit im Blatt niederschlägt.

Senfft: »Wallraff hat keinen Betrug begangen. Er hat nicht Geld ohne Gegenleistung genommen. Und was heißt Intimsphäre? Eine Redaktion ist kein Schlafzimmer. Er hat nicht durchs Schlüsselloch geguckt.« Was »Bild« häufig tut, falsch hinsieht und verdreht schreibt. » Er hat einen Gewerbebetrieb heimgesucht, und er hat ihn kritisiert.« Wallraff: » Ich habe ganz bewußt nichts Privates geschildert, obwohl es da auch genug zu sehen gab. Ich sage mir, das sind Fälle für den Psychiater, für den Arzt. Und, glauben Sie mir: es bröckelt schon! In allen Springer-Filialen sitzen Mitarbeiter, die beobachten. Und mir helfen, mein nächstes Buch vorzubereiten. Ganz legal.«

» Entscheidung wird verkündet am 6. Januar.« Das Gericht geht ab.

Draußen die Fragen: Wie war ich? Die Damm ist aber ganz schön aufgelaufen, oder? Werden die uns Recht geben? Kommt Springer durch? Laien versuchen, juristische Alternativen zu diskutieren. Wie geht's aus. Gremliza sagt jedem, der's hören will: » Zu 80 Prozent für Springer.«

Am 6. Januar ergeht die Entscheidung: von 27 Passagen des »Bild«-Buchs, die Springer verbieten lassen. wollte, werden 22 vom Gericht verboten. 22 von 27 sind 81,84 Prozent. Sage keiner, unsere Justiz sei unberechenbar.

Konkret 02/78, S. 20

Karl Pawek

Der »saubere« Faschismus

Kommt der Faschismus heute über's Fernsehen? Ab wann darf man einen autoritären Staat faschistisch nennen? Antworten von Karl W. Pawek und Axel Eggebrecht

Seit Jahren hatte ich keine Flugblätter mehr verteilt, keine Straßendiskussionen mehr geführt. Vor einigen Wochen nun überredeten mich Kollegen in der Hamburger Volkshochschule, für zwei Stunden einen Infostand zu betreuen. Ich stellte mich vor das Tor einer Volkshochschul – Anmeldestelle und brachte einen Stapel Papier unter die Leute. Dabei nannte ich die Flugblätter Flugblätter und unseren Protest Protest. Überaus liebenswürdig wiesen mich zwei Mitverteiler darauf hin, daß es ihren Erfahrungen nach besser wäre, die Flugblätter »Informationsblätter« und unseren Protest »Beschwerde« zu nennen. Ich akzeptierte die Sprachregelung und wurde dennoch von Passanten beschimpft.

Angst breitet sich aus in diesem Land und droht, viele Menschen zu lähmen. Nicht immer ist es nur schickes Geschwätz, wenn von Emigration gesprochen wird. Manche fühlen sich bedroht, sind es wohl auch und empfinden es nur mehr als Zufall, wenn ihre Wohnung noch nicht durchsucht wurde, genügt doch schon eine anonyme Denunziation, den Polizei- und Grenzschutzapparat gegen mißliebige Nachbarn in Gang zu setzen. Ist ein derartig Verdächtigter nicht zu Hause, wird seine Wohnung gewaltsam geöffnet. Lebt er in Köln, kann er nach seiner Rückkehr in einem hektographierten Flugblatt lesen:

»Obwohl keiner der Bewohner einer Straftat verdächtigt wird, war es für uns unerläßlich, Ihre Wohnung zu überprüfen ... Ich bitte für diese Maßnahme herzlich um ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen Hosse (Polizeipräsident).«

Wird uns überhaupt noch bewußt, wie ungeheuerlich dieser Vorgang ist? Kaum vierzig Jahre sind vergangen, seit SA – Verbrecher die Wohnungen Unschuldiger aufbrachen in deren Abwesenheit, und Millionen Menschen mußten sterben, damit dieser Spuk beendet sein sollte.

Wer dafür Verständnis aufbringt, hat sich selbst aufgegeben, hat seinen Verzicht bereits geleistet auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde wie jene, die anscheinend auch Verständnis dafür aufbrachten, daß

· Polizeibeamte gewaltsam die Namen aller 1200 Teilnehmer an der Beerdigung der Toten von Stammheim feststellten,

· Julian Beck, Leiter des »Living Theatres«, seit 30 Jahren Prediger der totalen Gewaltlosigkeit, in München verhaftet wurde wegen 'Verunglimpfung des Staates',

· Häusererstürmungen durch Grenzschutzbeamte von dpa mit dem Hinweis auf eine »Nachrichtensperre« der Regierung nicht publik gemacht wurden,

· Angehörige des Bundeswehrgeheimdienstes zur Observierung im nichtmilitärischen Bereich eingesetzt werden,

· Menschen im Modell Deutschland wegen Verbalbeleidigungen verhaftet und von einer längst nicht mehr unabhängigen Justiz verurteilt werden,

· »Baggerführer Willibald« in einem Freiburger Gymnasium, das Schlußlied aus Henzes »Voices« im Hessischen Rundfunk, Bölls »Verlorene Ehre der Katharina Blum« in Würzburg und ungezählte Filme, Rundfunkberichte, Theaterstücke, Operetten, Texte, Lieder nicht mehr aufgeführt werden dürfen.

· ein Journalist sich bei einer Grenzkontrolle in seinen Manuskripten herumschnüffeln lassen muß.

Während alle reputierlichen Journalisten unseres Landes für diese und andere Vorgänge Verständnis zeigten, stellt sich mir die Frage, wann eigentlich jener Kulminationspunkt erreicht ist, in dem Kapitalismus in Faschismus umschlägt, wann erneut der Wille - nicht einiger Desperados, sondern ihrer Nutznießer - triumphiert?

Trotz der betriebenen Verfestigung obskurer Faschismusinterpretationen ist für mich Faschismus immer noch eine Herrschaftsform des Kapitalismus, und zwar die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals (Dimitroff) und somit kein Mittel der Tagespolitik, dessen sich die Herrschenden gelegentlich bedienen würden. Das mit der Errichtung einer faschistischen Diktatur verbundene Risiko ist für diese Elemente des Finanzkapitals so groß, daß sie nur als ultima Irratio, aus vermeintlichem oder tatsächlichem Zwang zu diesem Mittel greifen: Faschismus als Notwendigkeit der Herrschenden, ihre Herrschaft zu verlängern über die Zeit.

Nun war und ist (noch) im Gegensatz zur Weimarer Republik der Kapitalismus in der BRD nicht ernsthaft bedroht durch einen gewichtigen revolutionären Teil der Arbeiterklasse. Auch kann der Schock der sogenannten Novemberrevolution nicht verglichen werden mit dem Unbehagen dieser Elemente an einer längst revidierten sozialliberalen Reformansatzpolitik. Dem Chauvinismus und Revanchismus schließlich sind aus strategischen, aber auch wirtschaftspolitischen Gründen enge Grenzen gesetzt, die zu verletzen um so unsinniger wäre, solange Expansion und

Ausbeutung mit den Methoden der Außen- und Wirtschaftspolitik realisiert werden können -wie der »Stern« berichtete und nicht hatte berichten sollen. Der Kauf einer genehmen Regierung - z. B. in Portugal - ist billiger und effektiver als jede militärische Intervention.

Aus diesen und anderen komplizierteren Gründen scheint ein Faschismus ähnlich dem der 30er Jahre für die BRD auf absehbare Zeit undenkbar. Andererseits mehren sich die Parallelerscheinungen wie Intellektuellenhatz, Abbau des Rechtsstaates, Einsatz paramilitärischer Einheiten zur Unterdrückung demokratischen Protestes. Schon fordert ein CDU-Parlamentarier zur Verbrennung eines Fried-Gedichtes auf, werden Menschen wieder Bestien genannt, ein gesundes Volksempfinden beschworen. Reicht dafür der Begriff 'faschistoid'?

Als die Nationalsozialisten die Kommunistische Partei Deutschlands verboten und viele ihrer Mitglieder verhafteten, war dies ein genuin faschistisches Vorgehen. Als Adenauer die Kommunistische Partei verbot und viele ihrer Mitglieder verhaften ließ, galt dies als ein genuin demokratischer Akt.

Es ist an der Zeit, diese Begriffsverwirrungen zu überwinden, eine falsche Sicherheit, an die wir uns klammern, in Frage zu stellen. Richtig ist, daß wir nicht in den frühen 30er Jahren leben. Noch fasziniert die Ideologie der Marktwirtschaft, der Schwindel des Individualismus, das Märchen vom Erfolg des Tüchtigen und der Budenzauber einer scheinbaren Konsumvielfalt die Massen, noch scheint die Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung konservativer gehalten, als ihre derzeitige Regierung ist. Für die Errichtung einer faschistischen Diktatur besteht demnach keine Notwendigkeit.

Diese Feststellung ist ebenso einleuchtend wie irrelevant. Wir leben nämlich längst in einem System, das alle herrschaftssichernden Eigenschaften des Faschismus garantiert, ohne auf dessen lästige, rufschädigend offensichtliche Barbarei angewiesen zu sein. Und nur die Pietät (lat., Frömmigkeit; Barmherzigkeit; kindliche Liebe, Achtung, Rücksicht, Anhänglichkeit) gegenüber den Millionen Opfern des Nazifaschismus läßt mich zögern, dieses System faschistisch zu nennen.

Diese Einschätzung unserer »Republik« scheint falsch allein schon ihrer Ungeheuerlichkeit wegen. Wir haben uns zwar daran gewöhnt, von faschistischen Tendenzen, vom täglichen, latenten Faschismus zu sprechen und erkannten als seine Träger nicht nur die zwei-, dreitausend Neonazis, die einfach den Anschluß verpaßt haben. Wir beklagen den Verlust bürgerlich – demokratischer Freiheiten und gewinnen daraus gar noch billigen Trost: Denn solange sie noch verloren werden können, gibt es noch Freiheiten. Wer will da von Faschismus sprechen? Gewisse Freizügigkeiten, ein nicht geringes Maß an Wohlempfinden und - seien wir doch ehrlich - relative Angstlosigkeit kennzeichnen unsere Lage.

Ähnlich empfanden allerdings 90 Prozent der deutschen Bevölkerung auch zwischen 1933 und 39, und häufig mußten sich emigrierte Antifaschisten im westlichen Ausland den Vorwurf ihrer Gastgeber gefallen lassen, sie seien unverbesserliche Querulanten und Miesmacher. Ich fürchte, wir, die wir unseren Eltern nie ihre Ahnungslosigkeit geglaubt hatten - als ob sie zu ihrer Zeit mit ihrem Bewußtsein den Nazifaschismus hätten durchschauen können -. ähneln ihnen durchaus.

Dennoch gibt es Unterschiede, muß es sie geben. »Noch regieren nicht Strauß und Dregger«, rufen jene, die immer noch daran glauben, daß Männer Geschichte machen. Noch sind die Gewerkschaften tätig, manchmal sogar über Lohnverhandlungsphasen hinaus, noch stellen Sozialdemokraten den Regierungschef. Doch das mögen Gewißheiten sein für jene, die den Etiketten glauben.

Jene Sozialdemokraten von 1933 nämlich, die sich als Antifaschisten erwiesen, würden heute aus ihrer Partei ausgeschlossen werden, verleumdet und verfemt, während ihre rechten `Genossen` längst eine bürgerliche Einheitspartei mit den Veteranen der Reaktion vorbereiten. (Geht doch in die Archive, Ihr Gläubigen, und lest nach, mit welch widerlichen Huldigungsschreiben 1933 sozialdemokratische Senatoren in Hamburg z. B. sich bei den Nazis anbiedern wollten unter Hinweis auf ihren Kampf gegen die Kommunisten!) Und hätte nicht mancher Arbeitsfrontführer Respekt gezollt den Gewerkschaftern, die sich von den Konzernen eine Pro – Kernkraftwerk-Demo finanzieren ließen?

Entsprechungen dieser Art lassen sich mehr nachweisen, als eine KONKRET – Ausgabe, und sei sie noch so dicht bedruckt, enthalten könnte. Doch derartige Argumente scheinen mir unzulänglich. Denn:

Wie der Kapitalismus selbst ist auch der Faschismus kein statisches Phänomen, und der Blick zurück erklärt vieles, doch längst nicht alles.

Das auffälligste Unterscheidungsmerkmal unserer Gesellschaftsordnung von der des Nazifaschismus (einer Faschimus*variante, nicht* der Faschismus schlechthin) scheint die Abwesenheit offener Repression gegenüber großen Teilen der Bevölkerung, das Fehlen von brachialem Terror gegen die Arbeiterklasse. Das Fehlen von Repression und Terror in ihren traditionellen Formen ist jedoch kein sonderlich aussagefähiges Charakteristikum einer Gesellschaftsordnung. Wenn z. B. in einem kapitalistischen Land nicht auf Streikende geschossen wird, kann dies drei Ursachen haben: Entweder gelten Streiks und die damit verbundenen Forderungen als gerechtfertigt, oder die herrschende Klasse scheut eine Auseinandersetzung aus Schwäche, oder aber es finden in diesem Land keine bzw. nur unwesentliche, für die

Herrschenden tolerierbare Streiks statt. Für die BRD dürfte die letzte Erklärung zutreffen.

Wer nun Faschismus auf seine offen terroristische (also methodische anstatt funktionale) Komponente verkürzt, wird seine Existenz im Fall BRD von vornherein abstreiten (mit der gleichen Berechtigung allerdings, mit der sich gemessen am Frühkapitalismus die kapitalistische Grundstruktur unserer Gesellschaftsordnung unter Hinweis auf die Sozialgesetzgebung und die unbestreitbare Humanisierung der Arbeitswelt leugnen läßt). Doch die Formen von Terror und Repression haben sich gewandelt. Denn ähnlich modernen Foltermethoden, die wirksam sind, ohne dem Gefolterten auch nur ein Haar zu krümmen, bedarf es zur Formierung und Disziplinierung einer Bevölkerungsmehrheit längst nicht mehr solch primitiver Mittel wie Polizeiüberfälle, Schlagstockorgien, Gewehrsalven und Lager. Deren Funktion haben in der BRD die Medien übernommen.

Ein Beispiel: Die ersten vehementen Proteste der Bevölkerung gegen eine gemeingefährliche Energiepolitik traf die regierungsamtlichen Interessenvertreter der Energiekonzerne noch unvorbereitet. Verschreckt griffen sie zu den traditionellen Unterdrückungsinstrumenten und machten so Brokdorf und Kalkar zu einem Symbol offener terroristischer Gewalt des Staates. Mit einer bis dahin in der BRD unbekannten Brutalität unterdrückten paramilitärische Polizeieinheiten den Protest zehntausender Bürger. Wohl keiner, der diese Notstandsübungen miterlebte, hätte gezögert, diese Form der Gewaltanwendung faschistisch zu nennen. Doch bald besannen sich die Herrschenden. Statt auf die gefährliche, da mobilisierende Gewalt der Knüppel und chemischer Waffen setzten sie nun auf die ungleich wirksamere, da widerstandslähmende Gewalt der Medien. Mittels einer gigantischen Pro-Kernkraft-Kampagne gelang es ihnen sehr schnell, den größten Teil der Kernkraftgegner zu überzeugen, zumindest in die Resignation zu treiben. Die Kernkraftwerke werden gebaut.

Allein diese Konsequenz, meine ich, ist entscheidend für die Beurteilung unseres Systems, nicht die Form ihrer jedenfalls terroristischen Durchsetzung, sei es nun mittels Knüppel auf den Kopf oder einer unsichtbaren Sonde in das Hirn.

Im Gegensatz zu früheren Diktaturen (aber in interessanter Entsprechung zur Religionspraxis) garantieren heute die Medien die Fremdbestimmung des Menschen. So verteidigen heute die bundesrepublikanische Arbeiterklasse und der Mittelstand in häufig aggressiver Form eine Ideologie, die den Bedingungen ebenso widerspricht wie ihren Interessen. Diese Domestizierung zu leisten, war der eigentliche Auftrag des Faschismus. Mit welchen Mitteln aber eine solche Fremdbestimmung, Domestizierung verwirklicht wird, ob durch Kasernierung oder Fernsehen, scheint mir unwesentlich. Ich vergesse nicht und verhöhne dabei schon gar nicht die Millionen Opfer des Nazifaschismus. Seine Verbrechen sind so ungeheuerlich, daß sie in ihrer Brutalität nur noch verglichen werden können mit einer anderen, fast schon vergessenen Verbrechensserie der abendländischen Profitgesellschaft: Dem Sklavenhandel. Doch die Toten können wir zählen, das Elend der psychischen Zerstörungen dagegen kaum messen. Hinweise geben uns die Selbstmordraten, die Patientenzahlen in psychiatrischen Krankenhäusern, die Drogennutzung, Aggressionshandlungen, die Sprach – und Hilflosigkeit so vieler Menschen. Wer hier qualitative Unterscheidungen trifft zwischen Erschlagenen und Entseelten ähnelt jenen, die zwischen Kranken, Verletzten und Verrückten, Triebtätern unterscheiden, deren Befund also von der Offensichtlichkeit der Krankheitsmerkmale abhängig ist.

Es wäre gefährlich, daß Maß an sichtbarer Barbarei zum wichtigsten Kriterium einer Gesellschaftsanalyse zu machen, übrigens auch falsch: Der italienische Faschismus müßte dann, verglichen mit unseren Erfahrungen, geradezu idyllisch, human, sozial erscheinen. Die Fixierung auf Mord, Verschleppung, KZs verhindert Einsichten, täuscht, reduziert den Faschismus letztlich zu einem Phänomen der großen Zahl an Verbrechen.

Dimitroffs Faschismus-Definition beschreibt einen barbarischen, ineffizienten Faschismus, wie er - modifiziert - zur Zeit noch herrscht in Chile. Die entwickelte Herrschaftsform des Kapitalismus in der BRD hingegen wirkt unauffällig, dafür effizienter, weil sie kaum Widerstand provoziert. Wie ihre Vorgängerin dient sie der Verschleierung von Klasseninteressen, der Realisierung imperialistischer Zielsetzungen, bedeutet sie den Sieg der Irrationalität und bedient sich zur Durchsetzung dieser Ziele des (Bewußtseins-)Terrors.

In Krisensituationen allerdings und besonders dann, wenn die Bewußtseinsformierung gefährdet scheint, brechen latente barbarische Formen sofort durch. Gegen die ohnmächtige Systemkritik linker Grüppchen schlägt der gesamte Repressionsapparat zu: Körperverletzung, willkürliche Verhaftung, Verletzung der Grundrechte usw. Wäre in der BRD gar eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten auch nur denkbar, wären unserer Gefängnisse überfüllt, würden die letzten demokratischen Spielregeln (dieser Begriff ist die Enthüllung seiner selbst) aufgegeben werden. In den Bereichen Repression - öffentliche Diskussion - Antikommunismus unterscheidet sich die BRD- Gesellschaftsordnung von den (gewiß auch gefährdeten) Demokratien in Frankreich, Italien, Holland etc., wo den Interessen der herrschenden Nutznießer noch eine relativ selbstbestimmte, selbstbewußte Bevölkerung entgegensteht.

Was im Zustand reibungslosen Funktionierens unproblematisch scheint, offenbart seine Qualität in den Formen der Krisenbewältigung. Die Herrschenden werden nervös: Ihr System des unmerklichen Bewußtseinsterrors ist gefährdet durch eine lästige Berufsverbotediskussion, durch Widersprüche, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben, durch Bürgerinitiativen. In dieser gefährdeten Lage ereignete sich die Schleyer-Entführung, deren Bedeutung uns noch kaum bewußt geworden scheint: Zum einen, das ist keine neue Erkenntnis, bietet sie den Vorwand, endlich mit diesen Bewußtseinspartisanen, den gewaltlosen intellektuellen Widerstandskämpfern aufzuräumen, sie in die Herde der narkotisierten Kälber zurückzuführen. Zum anderen aber zwang sie die um ihre Herrschaft Kämpfenden, hart und offensiv zu reagieren: Im Gegensatz zu der allgemeinen Empörung über die Ermordung seiner Begleiter, war die Bewußtseinsformierung der Öffentlichkeit im Fall Schleyer selbst gefährdet. In unzähligen Gesprächen mit Arbeitern und Angestellten, aber auch aus vereinzelten Arbeitsgerichtsverhandlungen wurde deutlich, daß die Nachricht von der Entführung des Unternehmerführers eben nicht die verordnete Trauer und Zerknirschung ausgelöst hatte. Reste eines verschütteten proletarischen Bewußtseins drohten aufzubrechen, die Wirksamkeit des Bewußtseinsterrors zu gefährden. Daher - und nicht aus Empörung oder Sorge um irgendeinen Bestand - wurde eine Medienkampagne inszeniert, eine Orgie an Gemeinschaftsbeschwörung und Diffamierung Andersdenkender.

Antifaschistischer Widerstand heute heißt, in und mit den Medien zu arbeiten

Wenn aber, so bleibt zu fragen, in der BRD mittels Bewußtseinsterrors die ursprüngliche Funktion faschistischer Herrschaft realisiert wird, wieso kann dann dieser Artikel erscheinen ohne Gefährdung seines Autors und des verantwortlichen Redakteurs? Abgesehen von bekannten Gründen (relative Schwäche des Mediums KONKRET, Vermeidung unangenehmer ausländischer Kritik etc.) scheint mir dies vor allem eine systemimmanente Ursache zu haben: Der 'saubere Faschismus' ist - will er seine Effektivität wahren - gezwungen, mit den Mitteln der Vorfeldarbeit zu operieren, d. h. er wird versuchen, das Denken und Aussprechen von Dingen zu verhindern, einen 'freiwilligen' Konsensus herzustellen. Solange diese Methode erfolgversprechend ist, kann er - in Massenmedien weniger als in Zirkelzeitschriften - auf direkte Zensureingriffe verzichten und somit den notwendigen Schein der Liberalität wahren. Ein staatlicher Eingriff hingegen würde diesen Artikel nicht nur unliebsam aufwerten, sondern einen (wenn auch winzigen) Schritt bedeuten in die Risikoträchtigkeit und Ineffektivität des primitiven Faschismus.

Wir dürfen uns daher nicht einschüchtern lassen. Günter Wallraff hat mit seiner Aktion bei BILD, mit dem Aufdecken einiger Methoden des Bewußtseinsterrors eine wichtige Arbeit geleistet. Antifaschistischer Widerstand kann unter den gegebenen Bedingungen nicht heißen, mit Waffen und Bomben zu operieren, antifaschistischer Widerstand heute heißt, in und mit den Medien zu arbeiten.

Konkret 02/78, S. 22

Axel Eggebrecht

Was ist Faschismus?

Warnung vor einem Wort
Kommt der Faschismus heute über's Fernsehen? Ab wann darf man einen autoritären Staat faschistisch nennen? Antworten von Karl W. Pawek und Axel Eggebrecht

Unser gesamtes geistiges Klima stagniert seit geraumer Zeit; darüber täuschen die Aktionen extremer Minderheiten zuweilen hinweg. Die allgemeine Grundstimmung entspringt einem Ruhebedürfnis, das mehr und mehr konservative Züge annimmt. Daran haben Rezession und Angst um die Arbeitsplätze erstaunlicherweise wenig geändert.

Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß diese Behauptungen heftigen Widerspruch hervorrufen können. Doch auch nach reiflicher Überlegung finde ich es wahrscheinlich, daß künftige Betrachter folgende Merkmale bezeichnend für unsere Epoche nennen werden: Mangel an politischem und sozialem Engagement, Geschichts-Verdrossenheit, Rückzug ins Private. Für eine solche Haltung wird man übrigens gute Gründe entdecken: Die beiden ersten Drittel unseres Jahrhunderts waren so turbulent, daß nun die Sehnsucht nach einer Pause begreiflich sein mag.

Doch wir heute Lebenden sollten uns darauf nicht ausreden, sondern dem überhandnehmenden Phlegma energisch entgegenwirken. Leicht gesagt - wie können wir, wie kann der Einzelne sich an solch einer Aktivierung beteiligen? Mit einem scheinbar belanglosen Beispiel versuche ich das zu zeigen; einem Beispiel aus der Sprache.

Vom Faschismus wird ständig gesprochen und geschrieben. Kaum ein Tag, an dem wir das Wort nicht hören oder lesen - das ist nur natürlich im Zeitalter nach Hitler - so scheint es!

Tatsächlich ereignet sich etwas höchst unnatürliches: Die schlimme Bedeutung des Wortes wird kaum noch empfunden, vielmehr verwenden die meisten es ganz unbedacht, indem sie völlig unvereinbare politische Erscheinungen damit bezeichnen. Nun ist ja Sprachschluderei überall eingerissen; aber hier ist sie nicht nur ärgerlich sondern gefährlich. Deshalb sollten wir der Sache auf den Grund gehen.

Was ist Faschismus? Auf diese simpel anmutende Frage wird die Mehrzahl der Bundesbürger wohl ungefähr so antworten: Faschismus - das ist Tyrannei, Diktatur, Totalitarismus...

Ich wende mich vor allem an solche jüngeren Zeitgenossen, die sich von uns Älteren im Stich gelassen fühlen und auf eigene Faust Klarheit über die Nazi-Historie zu gewinnen suchen. Da werden sie, das ist natürlich, alsbald Sympathie empfinden mit den damals Verfemten aller Art, erst recht mit deren heute noch aktiven, wenn auch schrecklich machtlosen Vertretern, die sich hie und da unter der Parole Antifa' zusammenfinden. Ein gutes Schlagwort - denn es vereint, wenigstens von Fall zu Fall, sehr unterschiedliche, teilweise sogar einander feindliche Gruppen der Linken. Und ich habe mich sehr ernsthaft gefragt, ob ich diese so selten gewordene Eintracht durch pedantische Einwände stören darf.

Doch es ist eben keine Haarspalterei, wenn ich befürchte, daß verfälschende Bezeichnungen zu falschen Schlüssen führen könnten - aus denen dann ein neues Unheil erwächst.

Die griffige Vokabel Faschismus, allzu flink benutzt, kann diejenigen geradezu entlasten, die damit gebrandmarkt werden sollen; Gegner auf der Rechten nämlich, die dann unschwer nachweisen können, daß sie keine Nazis sind. Muß ich Beispiele anführen? Bitte -ich sehe in Franz Josef Strauß einen gefährlichen Gegner, ein Faschist aber ist und war er nie. Hingegen ein handfester Reaktionär, so sollte man ihn denn auch titulieren.

Schlimm wird es, wenn übereifrige Linke die ganze Bundesrepublik faschistisch schelten; oder faschistoid', was, nebenbei gesagt, ein scheinbar dämpfendes, tatsächlich abgefeimtes Wort ist. Unserm Staat ist so manches vorzuwerfen, auch eine oft unerträgliche Toleranz gegenüber nazistischen Provokationen! In krassem Gegensatz dazu erleben wir die berufliche Verfemung auch solcher Linksradikaler, die absolut nichts mit dem Terrorismus zu tun haben. Ich weiß auch, daß - laut Brecht- der » Schoß noch fruchtbar ist, aus dem das kroch« - eben der Nazismus. Wer aber behauptet, es wäre schon wieder so weit wie 1933, der treibt ein gefährliches Spiel. Wir leben nicht in Chile, Uganda, Albanien. In keinem nationalistischen, rassistischen oder sonstwelchem Gewaltstaat.

Solche Übertreibungen bereiten denen den Weg, die uns in Wahrheit bedrohen.

Nicht mit Hitler sollten wir sie vergleichen, sondern mit Hindenburg, Hugenberg, Papen - auch mit Metternich, eine lange Liste ließe sich aufstellen. Lauter Reaktionäre. Und viele (nicht alle) Mächtige der Industrie- und des Finanzkapitals gehören ohne Zweifel auch in diese Ecke. Liebäugeln sie mit Nazismus, Faschismus?

Mag sein. Einst taten sie es, als sie in Hitler den Retter vor dem Kommunismus sahen. Seinen Aufstieg finanzierten einige große Bosse, die meisten wahrten Distanz zu dem Plebejer. Dennoch hält sich bis heute die Vorstellung, Hitler sei nur als Agent des Kapitals an die Macht gelangt. Nein -er nutzte Industrielle und Bankiers aus, bis er es geschafft hatte, dann

kümmerte er sich um deren Interessen nur noch wenig. Jene aber kuschten, weil sie kräftig mitverdienen durften, auf schäbige Weise. Die Arbeiter wurden niedergehalten, Streik war verboten; später lieferte der Staat KZ – Häftlinge als billigste Roboter-Sklaven. Über das alles kann es keinen Streit geben.

Aber nicht 'der Kapitalismus' bestimmte den Kurs der Diktatur. Ein schematisch aufgefaßter; geradezu undialektischer Marxismus deutet diese Zusammenhänge falsch. Auch das erklärt, teilweise, die von Grund auf verkehrte Anwendung des Faschismusbegriffs.

Warum muß das umständlich erläutert werden? Die Antwort soll Sigmund Freud geben: »Worte waren ursprünglich Zauber und das Wort hat noch heute viel von seiner alten Zauberkraft bewahrt... Worte rufen Affekte hervor und sind das allgemeine Mittel zur Beeinflussung der Menschen untereinander. «

Zu oft vergessen wir das. Seien wir gewissenhaft im Umgang mit Wörtern, damit sie sich nicht unversehens gegen uns selber kehren!

Ende Februar wird Axel Eggebrechts Text auch, zusammen mit anderen Beiträgen, als PDI Sonderheft 3 »Die nicht bewältigte Gegenwart« erscheinen.

Konkret 02/78, S. 24

Hor□ □ Mahler

□ Wir □ arn die □ □ □ rk□ □e der Par□ ein□

Un□er die□ em Ti□el er□ chien im Ro□b□ ch-Verlag □ elb□ □kri□i□ che Berich□e ehemaliger K-Sek□en Anh□ nger. Hor□ □ einer □ on ihnen, empfiehl□ da□ B□ ch al□ linke Pflich□lek□ □ re

Nach seinen Erfahrungen im Kov kriegt Dieter »immer einen kalten Rücken« wenn er Ernst Busch singen hört, und »jämmerliche Angst.« Er gehört zu jenem Autorenkollektiv, das uns ein wichtiges Stück Selbstwahrnehmung beschert hat. Ich meine das Rotbuch mit dem Titel: »Wir warn die stärkste der Partein...« - Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen -, das vor einigen Wochen erschienen und dessen erste Auflage bereits vergriffen ist.

Dieter hatte sich dem Kov, dem Kommunistischen Oberschüler-Verband (KOV), angeschlossen, weil ihm das als folgerichtige Fortsetzung seines »abenteuerlichen Sympathisierens mit der spontanen Bewegung - Schülerbewegung, Sexpol – Bewegung und so -« erschienen war, und ihm das, was er vorher so mitgemacht hatte, »frustriert« hatte.

Ein anderer, Buchhändler-Lehrling und Bauarbeiter, der »die Studentenbewegung seit September 1967 ... als Fußvolk bei unzähligen Teach-ins, Demonstrationen und ein paar Straßenschlachten« mitgemacht hatte, wegen letzterem verurteilt und später amnestiert worden war, tauchte, als er 1970 »bei der scheinbar endlosen Aufsplitterung« der »Bewegung« die Übersicht verloren hatte, in die »abschreckende Subkultur des Hippie-Lebens« ein, um wenig später mit einem Heißhunger nach »straffer«, »bolschewistischer Organisation« in der »Partei der Arbeiterklasse«, der KPD/AO, wieder aufzutauchen. »Nach meiner Rückkehr aus Amsterdam,« so berichtet er, »hatte ich einfach den Wunsch etwas zu `machen`, die bestehende Leere zwischen Arbeit und Konsum endlich sinnvoll anzufüllen. Ich suchte nach einer Art Lebenssinn.«

Eine Politologie-Studentin fühlte immer stärker den Wunsch, sich »irgendwo politisch zu engagieren.« »Vor der Mensa wurde damals regelmäßig die Rote Fahne verkauft und ab und zu hörte man auch, was sich in Berlin so abspielte. Ja und dann gabs mal so ein Treffen, das weiß ich noch ganz genau, im Hinterzimmer einer Kneipe, und dieses Treffen wurde zum historischen Moment für mich und meine politische Zukunft: Hier wurde mit etwa 10 Leuten die Ortsgruppe der Liga gegen den Imperialismus gegründet.« Die DKP-Losung: »Friede in Vietnam« machte ihr ein ungutes Gefühl. Dafür gabs bei der Liga die »knallharte Linie«: »Sieg im Volkskrieg!«. - »Die Leute wissen, wo's langgeht« - dachte sie damals.

So oder ähnlich sind sie alle in jenen Kostümvereinen gelandet, die die Bilderbücher der deutschen Arbeiterbewegung nachspielen. Von dem farcenhaften Totalitarismus, den diese Gruppen zelebrieren, geschockt, ist ihnen ihre persönliche Krise und die der »Linken« ins Bewußtsein getreten; und es wird deutlich, daß das wohl auch die »historische Mission« unserer lieben Hau-ruck-Revolutionäre ist.

Wer nun meint, die Zeugnisse der ML – Geschädigten nicht lesen zu brauchen, weil er die K-Gruppen schon für erledigt und zu unbedeutend hält, oder weil diese Erfahrungen nicht ihn beträfen, - der irrt sich freilich, denn auch von ihm ist die Rede, von der Linken insgesamt und nicht nur von den K-Gruppen. Die Linke hat Selbstwahrnehmung und -reflexion bitter nötig. Die K-Gruppen sind nur der konsequenteste und extremste Ausdruck unseres theoretischen Winterschlafs und unserer Träume von vergangenen Sommern der sozialistischen Bewegung.

»Der Avantgarde-Anspruch der APO,« so lesen wir es in dem Vorwort der Autoren, »versteinerte im Augenblick seines Scheiterns zu den Stellvertreter-Ritualen der `marxistisch-leninistischen` Vorhutparteien.« - Warum und wie war es denn möglich, daß viele, die den Weg über die K – Gruppen gegangen sind - und es waren oft die aktivsten und ausdauernsten von uns -, das Gefühl haben konnten, »den Anfang einer neuen Massenbewegung mitzumachen, endlich politisch etwas zu erreichen, wirklich vorwärtszukommen.«?

Mit den K-Gruppen ist nichts in Existenz getreten, was nicht vorher als Möglichkeit in der Protestbewegung schon vorhanden war. Und das ist das eigentlich Interessante an dem Büchlein.

Erschreckend ist die dokumentierte Bereitschaft zum Verzicht auf Freiheit und Aufrichtigkeit, zur Preisgabe all dessen, was die wesentlichen Inhalte der Protestbewegung ausmachte; der Eifer, sich zu einem Rädchen eines Unterdrückungsapparates zu machen. Mit Grausen erkennt man in diesen Gruppen die Keime des despotischen Staatswesens. In extremer Weise werden bis in die intimen Partner-Beziehungen hinein jene Verhaltensweisen kultiviert, die wir uns schon einmal als »Unterdrückung durch strukturelle Gewalt« bewußt gemacht hatten. Die »Partei der Arbeiterklasse« erscheint hier als Einheit von Jesuitischem Orden und kapitalistischem Großbetrieb. Die totale Verfügbarkeit des Einzelnen und funktionale Effektivität des Apparates sind die Prinzipien dieser Welt, aus denen nie und nimmer ein freiheitlicher Impuls hervorgehen wird. Und es kann eigentlich nur die freiwillige Unterwerfung unter die Despotie sein, die in den Köpfen der Parteimenschen die Illusion der Freiheit erzeugt.

»Die Aufgaben,« so berichtet ein Ex – Kader, »werden pflichtgemäß erledigt, weil kein Raum ist für spontane Initiative, vor allem keine Zeit. Diese routinierte Bewältigung der politischen Arbeit schafft eine spezifische Form der Wahrnehmung, die der Beamtenmentalität sehr ähnlich ist .... Nicht mehr man selbst sein, sondern etwas `Höheres` repräsentieren, sich als funktionierenden Teil eines Apparates verstehen...«

Wir reden viel von Emanzipation; aber wo der Mensch als Persönlichkeit vorkommt oder es werden will, gerät er in das Räderwerk des »linken« Vorurteils, das ihn als »(klein)bürgerlichen Individualisten« zerreißt, um ihn hinterher als seelenlose Wachsfigur wieder zusammenzusetzen. Nur so ist es überhaupt möglich, daß - unter der irreführenden Bezeichnung » Kritik und Selbstkritik« - die ritualisierte Subjektzerstörung als Bewährungsprobe und reinigendes Fegefeuer verherrlicht wird.

»Immer auf Kosten des anderen...

Weniger reflektiert, gerade deshalb aber anschaulicher, berichtet auch Dieter, der Oberschüler, über diese Seite seines Kaderdaseins: »Man kann sagen: die haben einen seziert, aber nie menschlich - eben nur so ein politisches Sezieren, so pathologisch. Deshalb hat vor einem `klärenden Gespräch` auch jeder Angst gehabt. Weil das immer auf Selbstkritik hinauslief. Und Selbstkritik war eben wie eine Beichte, wo du dich den Genossen echt ausgeliefert hast. Du hast das nicht eingesehen, sondern hast dich hingeschmissen und dann wurdest du kritisiert... Man kann plötzlich einen Genossen zur Sau machen, auf eine unemotionale Art... Und dann leistet der Genosse Selbstkritik, was bleibt ihm anderes übrig. Dann hat man einen Sieg errungen gegen ihn. Man hat sich in dem Moment selbst bestätigt, auf Kosten des anderen.«

Verzichtet wird auch auf die eigene Überzeugung. Man läßt sich schulen, versteht es nicht und heuchelt: »Nach der Schulung kam ein großes Aufatmen. Offen zugegeben wurde das Nichtverstehen selten, weil es diese ganze Art der Schulung in Frage gestellt hätte. Peinlich einseitig war die Besprechung neuer Einschätzungen und Linienänderungen der Partei. Es gab nie eine wirkliche Grundsatzdiskussion, wir konnten nur Verständnisschwierigkeiten vorbringen, ansonsten mußten wir das von oben Herabgegebene widerkäuen.«

Der Kader verliert seine Sprache, wird zum Mund derer »von oben«: »Eine wichtige Funktion bei der Abkapselung ... von der Umwelt, von Kontakten und Beziehungen mit anderen Menschen hatte die Organisationssprache. Man wußte eine bestimmte Sprache sprechen, gewisse Worte, Kürzel und Redewendungen benutzen. Der Sprachcode wurde oben festgelegt... Angefangen hatte diese Sprachdeformation meistens bei der Agitation in der Öffentlichkeit, beim Flugblattverteilen und Zeitungsverkaufen. Denn die persönliche Identifikation mit dem Agitationsziel war fast immer oberflächlich.«

Diese Nihilierung des eigenen Selbst wird als höchste - eben »proletarische« - Tugend gepriesen und die rudimentärsten Äußerungen des individuellen Freiheitswillens als kleinbürgerliche Lasterhaftigkeit gebrandmarkt. So wird das in der proletarischen Existenz gegebene Moment der Sklaverei idealisiert und zum Maß der Dinge verklärt.

»Da habe ich gesagt: Ich trete aus«

Das Volk riecht, daß so eine Linke gerade das verkörpert, was der Arbeiter flieht: seine Sklaverei. Und so ist das Volk - und eben nicht nur der bürgerliche Staatsapparat - für sie »feindliche Umwelt«, die sie - wie der Buchhändler-Lehrling bezeugt -»bei jedem RF-Verkauf, bei jeder Demonstration, bei Hausbesuchen, bei Briefkastenaktionen handfest verspürten«, weshalb sie auch immer im 4. Stock anfingen, die Flugblätter durchzustecken, - wohl um sich unbehelligt zurückziehen zu können.

Überhaupt kommen in den Protokollen die »Massen« in recht merkwürdiger Weise vor. »Mitglieder anderer Organisationen werden zu Gegnern oder Feinden, Nichtorganisierte zu mit Agitation und Propaganda einzudeckendem Material.« »Der Verwaltungs- und Agitationsapparat produzierte einen unversiegbaren Flugblattregen, der wie ein unaufhörliches Gebrabbel auf die Leute herniederging.« - Sie wissen, daß sie nicht verstanden werden; sie bekommen es zu spüren. Doch trotzig - ja fast feindselig - bleiben sie bei ihren sturen Bekehrungsversuchen: »Scheiße, wenn die Schüler das alles nicht richtig erkennen, mußt wenigstens du für den Sozialismus kämpfen, ob die Schüler wollen oder nicht. Darauf haben wir mit so einer Sympi – Gruppe völlig abstrakte Kämpfe geführt, die gar kein Schüler begriffen hat. Da kriegte ich allmählich in der Klasse so das Image dessen, der persönlich ganz nett ist - über alle Probleme redet, so übers Bumsen und den Unterricht - der aber halt `ne Macke hat, der ist eben beim Kov. - Den Gemeinschaftskundeunterricht, den hab` ich kaputt gemacht... Und dann gab es in der letzten Stunde so was wie `ne Selbstkritik-Stunde. Aber ich wußte schon vorher: ich hatte nie jemanden überzeugt. Meine Referate waren immer katastrophal, die setzten an, wo niemand war, und verschwanden in irgendwelchen nebulösen Auseinandersetzungen mit Organisationen, die gar nicht existent waren. Z. B. habe ich gegen den KBW Reden gehalten, aber da war gar kein KBW. - Also in der letzten Stunde wurde jeder

durchgegangen, da haben sie über mich gesagt: der ist eigentlich ein ganz netter Typ und kümmert sich auch um andere und quatscht auch mit anderen - auf der anderen Seite hat er eine unheimliche Macke. Der scheint unheimliche Probleme zu haben. Da stand ich dann da, mein Ausschluß stand zwar schon bevor, aber ich war noch in dieser Rolle. Da hab ich plötzlich gesagt: ich trete jetzt aus. Haben sie alle gekiekt. Konnten sie überhaupt, nicht verstehen.«

Die zahlreichen Erklärungen, die die Sozialisten für ihr Getto-Dasein hierzulande erfunden haben, halte ich alle für falsch. Wir haben uns da was vorgemacht. Daß uns das endlich bewußt wird, ist auch ein Verdienst der K-Gruppen. Bei ihnen hat einer der Autoren an sich erfahren, wie ihn »die ganze Trostlosigkeit, die ganze Wirkungslosigkeit« der Agitation im Volke nachdenklich stimmte: »Im allgemeinen hatte man gegen solche Widerwärtigkeiten eine Reihe von Entschuldigungen: etwa den 20jährigen Antikommunismus, daß die gegenwärtige Phase besonders schlimm sei (überhaupt das Schlagwort von der gegenwärtigen Phase!!) und vor allem die Stärke der Sozialdemokratie, die die Kernschichten der Arbeiterklasse beherrschen würde. Diese ganzen Schutzbehauptungen verloren bei mir nur immer mehr die Wirkung.«

Wenn wir uns endlich einmal im Spiegel betrachten, wie es die Autoren getan haben, dann sehen wir plötzlich, daß der Grund unserer Isolierung im Volke in uns selber liegt - und nicht das Resultat ist von antikommunistischer Verhetzung und Volksverdummung.

In Wirklichkeit sind wir Linke Konservative wider Willen. Wir menschenverachtenden Menschenfreunde sind in unserem derzeitigen Zustand noch ein Gütesiegel der bürgerlichen Gesellschaft, für die wir eben gerade keine Alternative sind.

»Vor Ernst Busch jämmerliche Angst«

Es liegt eine tiefe Wahrheit in der Antwort, die der Oberschüler auf die Frage gegeben hat, ob er sich vorstellen könne, wieder in eine K-Gruppe einzutreten: »Wenn ich erkennen würde, daß das eine historische Notwendigkeit wäre, dann würde ich mich absetzen. Bis ich mich nicht mehr absetzen kann. Würde mir eine einsame Insel suchen oder an den Nordpol auswandern - aber nie wieder! Nie wieder diesen Leuten ausgeliefert sein. Darum kriege ich immer einen kalten Rücken, wenn Ernst Busch singt. Weil ich Ernst Busch nur unter diesem Vorzeichen kenne. Da kriege ich Angst - jämmerliche Angst. Da bestätigt sich Antikommunismus teilweise für mich. Karrierismus, der Mensch ist nicht veränderbar. Also irgendwie geniale Verschwörung steckt dahinter.«

Die historische Notwendigkeit der K – Gruppen lag wohl darin, die alte und die alte Neue Linke auf den Begriff zu bringen. Wir werden sie jetzt - nachdem das vollbracht ist - endlich überwinden können; und wir werden sie überwinden, weil wir den Kapitalismus überwinden müssen, wenn wir - wenn die Menschheit - überleben wollen/sollen.

Der erste konkrete Schritt auf diesem Wege wird es sein, das Denken wieder in seine Rechte einzusetzen; den Kanon unserer Glaubenssätze dem Feuer der Kritik zu übergeben. Die Linke bedarf der Erneuerung von Grund auf.

Konkret 02/78, S. 27

Magazin: Der Kälberstrick

Ein schwäbisches Volksstück, dargestellt durch die Schauspieltruppe des baden-württembergischen Landtages unter Anleitung des Untersuchungs-Ausschuß-Vorsitzenden Rudolf Schieler.
In den Hauptrollen: Horst Bubeck (Amtsinspektor im Baader – Meinhof-Trakt des Gefängnisses Stuttgart Stammheim) und Rudolf Schieier (Ex-Justizminister, SPD, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses. Nebenrollen: Abgeordnete von CDU, SPD, FDP. Ort: Ein Saal im Landtagsgebäude Stuttgart.

Bubeck: Also, wenn jetzt irgendwelche anonymen Briefeschreiber Stricke oder sonstige Dinge geschickt haben, den Gefangenen, mit der Aufforderung, sie sollten sich aufhängen, und die wurden durch die Zensur durchgelassen ...

Schieler: Was, die Stricke oder die Briefe?

Bubeck: Die Stricke und die Briefe.

Abgeordneter: Auch die Stricke?

Bubeck: Auch die Stricke.

Schieler: Die Stricke?

Bubeck: Die Stricke, ja.

Abgeordneter: Das kann ja wohl nicht wahr sein.

Bubeck: Doch, das ist wahr. Das ging dann alles an uns runter ... Der Meinhof-Tod wurde uns angelastet. Und so waren schon einige Dinge, die auf die Beamten losgingen.

Abgeordneter: Sagenhaft.

Schieler: Herr Bubeck, Sie bereiten uns ja ... Also, erst will ich sagen, wir beneiden Sie nicht um das Geschäft, das Sie da zu übernehmen hatten, mit Ihren Kollegen. Auch das Geschäft eines Abgeordneten ist nicht immer einfach ...

Abgeordneter: Das ziehen wir da noch vor ...
(Heiterkeit im Saal)

Schieler: Aber Sie bereiten uns jetzt noch zum Schluß dieses Tages eine handfeste Überraschung, nämlich mit der Erklärung, daß durch die Brief- oder Postzensur oder Paketzensur oder was auch immer' solche Gegenstände wie Stricke mit der beigefügten schriftlichen Aufforderung, man möge sich damit aufhängen, daß das durchgegangen ist.
(Heiterkeit im Saal)

Bubeck: Das ist durchgegangen.

Schieler: Wer ist in der Anstalt für die Briefzensur und für diesen Kram zuständig?

Bubeck: Das war nicht die Anstalt, das war der Senat.

Schieler: Das war der Senat.

Abgeordneter: Hat der auch die Stricke gesehen?

Bubeck: Ja.

Abgeordneter: Der hat auch die Stricke gesehen und sie durchgehen lassen ...

Bubeck: Ja.

Schieier: Was waren denn des für Stricke?

Bubeck: Das war ein Hanfstrick, so ... (zeigt mit beiden Händen die Länge von ca. 80 cm)

'Schieier: So in der normalen Aufhänge-Stärke.

Bubeck: Etwas schwächer, wie so'n normaler Kälberstrick, aber ...

Abgeordneter: Hätte gereicht...

Bubeck: Hätte gereicht ... wobei ich aber jetzt hier trotzdem sagen muß: solche Gegenstände gab's natürlich trotzdem noch mehrere in der Anstalt, ohne daß sie zugeschickt wurden ...

Mehrere Abgeordnete (im Chor): Das ischt was andersch.

Abgeordneter: Wer war denn der Adressat?

Schieler: Nun muß ich aber nochmal dumm fragen: Wenn ein Brief durch die Brief-Zensur des Gerichtes geht, können Sie dann nicht etwaige Gegenstände, die wiederum der Sicherheit der Anstalt widersprechen, die diesem Brief beigelegt sind, entnehmen, oder müssen Sie sie nicht entnehmen?

Abgeordneter: (Zwischenruf): Wie wär's bei einer Waffe?

Bubeck: Äh, wenn es hier grad, äh die Bemerkung mit der Waffe war, bei der Waffe ist das natürlich selbstverständlich, aber bei dem Strick hatten wir keinen ...

Abgeordneter: Vielleicht kamen auch die Pistolen mit der Post? (Heiterkeit im Saal)

Bubeck (zuckt mit der Schulter): Beim Strick ... ich muß immer wieder sagen ... von jedem Bettlaken und von jeder Decke ischt das auch ... Über den psychologischen Moment hab ich nicht zu entscheiden. Das ischt nicht meine Aufgabe, wenn der Senat der Meinung ischt, das geht durch, ischt das nicht meine Aufgabe, hier den Senat zu rügen, oder hier anheimzustellen, den Schtrick wieder zurückzunehmen.

Abgeordneter: Ja, wenn da eine Pistole dringewesen wäre ...

Bubeck: Ja, also, ich mein, wenn ich sie greifbar gefühlt hätte, dann ja, aber ich darf keinen Brief öffnen, der von dem zuständigen Haftrichter mit einer Siegelmarke versehen ist. Da würde ich mich ja der Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig machen.

Abgeordneter: Ist klar, das ist kein Vorwurf gegen Sie. Was hat denn die Anstalt mit diesem berühmten Strick gemacht?

Bubeck: Der lag, was weiß ich, wochenlang oben in der Gegend rum, und dann wurde er weggenommen ...

Abgeordneter: In der Zelle?

Bubeck: Nein, außerhalb der Zelle ...

Abgeordneter: Hat den Strick denn nun der betreffende Gefangene herausgegeben, wollte ihn nicht in der Zelle haben?

Bubeck: Der hat ihn mir gegeben, und hat gesagt: Hier, das ist wieder so ein Werk der psychologischen Kriegsführung.

Konkret 02/78, S. 27

Winfried Thomsen

Radikalauer

Das Leben im Münchner Olympiastadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.

Bei der CDU wirft man die Bücher nur deshalb ins Feuer, damit man sie besser lesen kann.

Erst ein Sondergesetz, dann zwei, dann drei, dann vier - wann steht die Parlamentsauflösung vor der Tür?

Lieber verseucht als im Dunkeln.

Wohin mit dem Atommüll? Denk an dein Päckchen nach drüben.

Ein Kapitalverbrecher -ist das so etwas wie ein Bankier?

Im Zuge umfassender Rationalisierung wurden alle Vorstandsmitglieder sowie der Werkschutz freigesetzt.

In der Bundesrepublik gibt es eine richtige Aufsichtsräte-Demokratie.

Die Unternehmer wollen für mehr Arbeit sorgen und deshalb den Gewerkschaften die Einführung der 10-Tage-Woche anbieten.

In Westjordanien soll die Apartheid Selbstverwaltung heißen.

Bei Leuten, die als verdiente Bürger geehrt werden, handelt es sich meist um verbürgte Diener.

Konkret 02/78, S. 28

Alexander von Hoffmann

Magazin: Panzer, Mond und Sterne

Etwa Anfang Juli dieses Jahres wird die Rote Armee Krieg anfangen und dahin rollen, wo sie doch seit je hinwill: zum Rhein. Oder vielmehr: Sie müßte, wenn sie etwas auf ihren Ruf halt, denn: »Während der Leopard 2 in der Bundeswehr erst von 1980 an einsatzbereit ist, dürften den Sowjet-Truppen in der DDR ab Mitte 1978 bereits 3300 T-72 der modernisierten Bauart zur Verfügung stehen.«

Obigen Panzeralarm löste ein Journalist namens Rüdiger Lentz im »Spiegel« aus, und er machte des weiteren die ganze Hoffnungslosigkeit der Situation deutlich. Der Bundeswehrgeneral und »Panzer-Spezialist« Ferdinand von Senger und Etterlin hat, laut »Spiegel«, vom T-72 gesagt: »Er ist auf weite Kampfentfernung passiv – nachtkampf-fähig. Diese Fähigkeit hat noch kein westlicher Kampfpanzer erreicht!« In diesem Satz stecken nicht nur eine Überdosis Kampf – und ein gesprochenes Ausrufungszeichen, er enthüllt auch die furchterregende Brillanz sowjetischer (Kampf-) Techniker. Denn was heißt passiv – nachtkampffähig im Klartext? »Der Panzer strahlt selbst kein Laserlicht aus, sondern verstärkt vorhandene Lichtquellen, beispielsweise Sternen- und Mondlicht.« Was immer das bedeuten mag - ein Panzer, der Mond oder Alpha Centauri aufleuchten läßt, ist unheimlich genug.

Es kommt aber noch schlimmer. »Die glatte 122 Millimeter Kanone des T-72 verschießt flügelstabilisierte Wuchtgeschosse, denen die Panzerung des Leopard 1 selbst auf Entfernungen über 2000 Meter nicht standhält. Durch die hohe Geschwindigkeit (fast fünffacher Schall) erhalten die Sowjet-Geschosse außerdem eine extrem gestreckte Flugbahn.« Der Einwand, fünffacher Schall habe vielleicht mehr mit Krach als mit Geschwindigkeit zu tun, geht am Kern der Sache vorbei: Unsere Panzer sind ab Mitte des Jahres nur noch Kanonenfutter.

Und nicht erst dann - in Wahrheit schon immer. Denn sogar die alte sowjetische Panzermühle T-62, die derzeit noch Dienst tut, ist dem westdeutschen Leopard 1 im Schießen » deutlich überlegen«, wie ein Test mit einem von den Israelis erbeuteten Exemplar an den Tag brachte.

Wem das immer noch nicht die weiße Fahne in die Hand drückt, für den kommt jetzt der Knock-out: »Durch eine gezielte Nato-Information wurde bekannt, daß die Sowjets einen im Westen bislang gänzlich unbekannten Panzer (Nato-Bezeichnung T-80) erproben, der westlichen Modellen wie dem Leopard 2 und dem amerikanischen XM-1 weit überlegen sein dürfte. 'Der T-80 kommt sechs Jahre zu früh und für uns völlig unerwartet', klagte ein deutscher Panzerfachmann und folgerte: Wenn der deutsche Wunderpanzer Leopard 2 dem sowjetischen T-80 im Gefecht gegenüberstehe, habe er wohl kaum eine Chance.«

Dieses Monster, so die gezielte Information, hat »Mehrschichtpanzerung«, »flügelstabilisierte Wuchtmunition« (siehe auch T-72), kann »seine Silhouette verkleinern« und *versendet einen* Laserstrahl, »der die optischen Geräte von Feindpanzern und Flugzeugen selbst noch in 20 Kilometer Entfernung zerstören kann und eigene Raketen treffsicher ins Ziel lenkt. «

Gegenmaßnahmen sind zwecklos. Selbst wenn es -unwahrscheinlich genug - je gelänge, dem sowjetischen Panzerwunder eigene Wunderpanzer entgegenzustellen, so stünden die Dinger doch nur dumm rum. Denn, so hat »ein Bundeswehrmajor« dem Rüdiger Lentz vom »Spiegel« gesteckt: »Die Wehrpflichtigen kommen dann mit dem komplizierten Gerät nicht klar.«

Solch Militärjournalismus hat eigentlich eine angenehme Wirkung auf den Leser: Erst das Entsetzen (»Der Russe kommt, jetzt muß er doch kommen«), dann der Beginn des hoffnungsfrohen Zweifels (»Aber er kommt ja nicht -vielleicht will er gar nicht?«) und zuletzt, was man schon ahnte, die beglückende Gewißheit (»Bundeswehr ist Unsinn«).

Danke, Rüdiger Lentz. Und: Weiter so.

Konkret 02/78, S. 28

Magazin

Nicht auf dem Boden der FDGO? Führerschein-Entzug

Der Schriftsteller und KONKRET-Autor Peter-Paul Zahl, der in der Haftanstalt Werl eine Gesinnungs-Strafe von 15 Jahren absitzt, hat für seinen verlorengegangenen Führerschein ein Ersatz-Papier beantragt. Wenn man auch fragen kann, was Zahl im Werler Knast mit einem Führerschein will, so rechtfertigt die Antwort der Behörde im nachhinein diesen Antrag allemal. Er wurde nämlich abgelehnt. Und bei dieser Gelegenheit wurde Zahl vom zuständigen Kreisrechtsdirektor von Soest, dem Prinzen zu Waldeck, die Fahrerlaubnis gleich vollständig entzogen. Wegen geistig-charakterlicher Mängel. Hier ein Auszug aus dem Begründungs-Schreiben des Prinzen:

»In dem Urteil des Landgerichts Düsseldorf ist festgestellt, daß Sie unser Staatswesen hassen. Sie setzen sich intolerant und rücksichtslos über alle geltenden, nach Ihrer Meinung unrichtigen Vorstellungen überein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg. Sie hätten auch heute noch kein Verhältnis zu Ihrer Tat. Die zum Zeitpunkt des Urteils andauernde Untersuchungshaft hat auch keinen Eindruck auf Sie gemacht. Sie bedauern Ihre Tat nicht und schließen gleichzeitig nicht aus, in einer ähnlichen Situation wieder so zu handeln wie am Tattage.

Durch die dem Urteil des Landgerichts Düsseldorf zugrundeliegenden Tatsachen und infolge Ihrer Einstellung gegenüber allgemeinen Rechtsnormen haben Sie sich als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen erwiesen. Ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen ist gem. § 15 b Straßen verkehrszulassungs-Ordnung, wer wegen körperlicher oder geistig-charakterlicher Mängel ein Kraftfahrzeug nicht sicher führen kann. Durch Ihr Verhalten muß die Verwaltungsbehörde geistig-charakterliche Mängel konstatieren. Daher ist die Fahrerlaubnis zu entziehen.

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids gem. § 80 Abs. 2 Ziff. *4 Verwaltungsgerichts – Ordnung wird angeordnet, da alle Verkehrsteilnehmer einen berechtigten Anspruch darauf haben, daß ungeeignete Kraftfahrer durch sofort wirksam werdende Maßnahmen der Verwaltungsbehörde von der Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr ausgeschlossen werden. Dieses Interesse der übrigen Verkehrsteilnehmer ist so groß, daß demgegenüber Nachteile, die Ihnen aus der Entziehung der Fahrerlaubnis erwachsen sollten, nicht ins Gewicht fallen. «*

Traditions – Pflege

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing fragte, unter Hinweis auf eine Dokumentation des Pressedienstes Demokratische Initiative (PDI), nach Kontakten der SS-Nachfolgeorganisation HIAG und anderer neonazistischer Organisationen zur Bundeswehr. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Andreas von Bülow, antwortete und wies die Vorwürfe »entschieden« zurück. Aber auch der PDI hat eingestanden, daß die von Bülow kritisierte Dokumentation »zu oberflächlich und deshalb unvollständig« war. »So haben wir«, schreiben die PDI-ler an den Staatssekretär, »es zum Beispiel unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der Besuch neonazistischer Jugendgruppen in der Bundeswehr nach Auffassung des Ministerialrates des Bundesverteidigungsministeriums, Dr. Graf Schweinitz, als Beitrag der politischen Bildung gewertet wurde. Wir haben desweiteren nicht daran erinnert, daß der NPD-Abgeordnete Hauptmann Wolfgang Ross von seinem Bataillon feierlichst verabschiedet wurde und bei dieser Gelegenheit sein Vorgesetzter, der Kommandeur des Heeresfliegerbataillons 4, Oberstleutnant Richard Stephan, den Wunsch äußerte, Ross möge als NPD-Abgeordneter des bayerischen Landtages ebenfalls in 'treuer Pflichterfüllung' tätig sein. Zurecht schrieb das SPD – Wochenblatt 'Vorwärts' über unsere Dokumentation, diese hätte nur ein Nachteil: 'sie ist sicher unvollständig ...' Wir haben uns bemüht, dieser freundschaftlichen Kritik Rechnung zutragen und die Liste der HIAG-Treffen, an denen Angehörige der Bundeswehr neben eindeutig neonazistischen Organisationen teilgenommen haben und begrüßt wurden, zu vervollständigen.«

84 solche Treffen werden hier in den vergangenen fünf Jahren festgestellt, und der PDI beschränkt sich dabei auf die Berichte des HI AG-Organs »Der Freiwillige«. Die neue Dokumentation ist für 2 Mark beim PDI, Münzstr. 3, 8000 München 2, erhältlich.

4000 mal Rechtssicherheit

Josef Enekel ist eins der letzten Opfer jener »Regelung, die der Rechtssicherheit des Bewerbers dient« (Walter Scheel am 11. Januar vor der Auslandspresse in Bonn). Das Oberschulamt Tübingen hat den Sportstudenten als Studien-Referendar abgelehnt, weil er bei den Tübinger Gemeinderatswahlen für die DKP kandidiert hatte. Ausserdem wird ihm vorgeworfen, an einer Chile-Solidaritätsveranstaltung teilgenommen zu haben. Als Beweismittel für seine Verfassungsfeindschaft präsentierte die Behörde ein Foto, auf dem Enekel beim Verkauf von Büchern von Anna Seghers zu sehen ist. Der Junglehrer mit Ausbildungsverbot ist einer von über 4.000 »Fällen«, die die zentrale Initiative »Weg mit den Berufsverboten« bisher registriert hat. Zum 6. Jahrestag des Radikalen-Erlasses veranstalten die Berufsverbote-Komitees vier zentrale Demonstrationen:

Frankfurt: 28. Januar

Hamburg: 2. Februar

Stuttgart: 4. Februar

Dortmund: 11. Februar

Herrschaftswissen

Das neue Datenschutzgesetz schützt das Privateigentum an Daten

»Die Freiheit, welche sie anstreben, ist die Freiheit des Wettbewerbs beim Verkaufen von Meinungen und Kenntnissen. Dies klingt nicht schön; aber daß es nicht schön klingt, beweist nur, daß zu unserer Zeit die Produktion des zum Leben Notwendigen in der Form des freien Wettbewerbs beim Verkauf von Waren nicht mehr gut - funktioniert«, meinte Brecht (»Was die Kopfarbeiter unter Freiheit verstehen«). Die in unserer Zeit nicht mehr »schöne« Freiheit des Wettbewerbs bei der Verarbeitung, Speicherung und beim Einsatz von Herrschaftswissen zu sichern, ist Sinn eines umfangreichen Gesetzes - des Datenschutzgesetzes.

Erlassen wurde das Gesetz angeblich, um »den Bürger« vor dem »Mißbrauch seiner persönlichen Daten« durch Behörden oder Firmen zu schützen, die Computer benutzen. Tatsache ist aber, daß der »Datenschutzbeauftragte« bei Privatfirmen dem »Normadressaten unterstellt« ist. »Normadressat« wird dann näher erläutert: »Vorstand oder Geschäftsleitung.« Nachdem Verfassungsschutz und Bundes- bzw. Landeskriminalämter vom Datenschutz weitgehend ausgenommen sind, geht denn auch die liberale Kritik am Datenschutzgesetz in diese Richtung. Es wird darauf hingewiesen, daß ein Datenschutzbeauftragter wohl kaum irgendwelche Daten vor » Mißbrauch« schützen kann, wenn er dem potentiellen Träger dieses Mißbrauchs direkt unterstellt ist. Stimmt auch. Nur: So war das Gesetz auch nie gemeint.

Wenn aber staatliche Behörden vom Datenschutzgesetz so gut wie nicht betroffen sind und die Sache bei Privatfirmen anders funktioniert als in der gewöhnlichen Staatspropaganda behauptet, wer soll dann überhaupt geschützt werden und vor was? Immerhin gibt es seit 1. Januar »20.000 Bewacher im Dienst des Datenschutzes« (Süddeutsche Zeitung), und die im Gesetz angedrohten Strafen sind erheblich: Der Mißbrauch von Daten wird mit Haftstrafen bis zu einem Jahr und mit Geldbußen bis zu 50.000 Mark geahndet.

Geschützt werden soll das Recht auf Privateigentum an Daten, und - Nebenaspekt bei der Sache - die Konkurrenz zwischen den einzelnen Privateigentümern soll in geregelte Bahnen gelenkt werden. Nur ein Beispiel: Alle größeren Firmen haben heute einen Zentralcomputer, an den die Terminals in verschiedenen Abteilungen und Zweigniederlassungen angeschlossen sind. Oder sie haben gleich ein Gerät bei einer Computerfirma gemietet. In beiden Fällen sind die EDV-Anlagen über das öffentliche Telefonnetz zu erreichen. Und damit auch die Daten im Speicher. Eine Anfrage über die entsprechende Telefonnummer des Betriebscomputers genügt, und der Konkurrent kennt Produktionsziffern, Kalkulationen und Absatzstrategie. Dagegen gibt es natürlich Sicherungen. Beispielsweise kann einprogrammiert werden, daß bestimmte Daten nur geliefert werden, wenn vorher ein Kennwort fällt. Aber Computer-Codes sind eben mit Hilfe eines Computers zu knacken. Beispielsweise kann man in einer einzigen Sekunde - in der Reihenfolge der größten Wahrscheinlichkeit - einen eigenen Computer eine Million Anfragen machen lassen. Die richtige ist dann, nach einigen Sekunden und mehreren Millionen Anfragen mit jeweils anderem Code, sicher dabei. Auch dagegen gibt es wieder Sicherungen, etwa, indem nach einer größeren Zahl von Anfragen mit einem nicht vorhergesehenen Code Alarm ausgelöst wird. Da sich aber auch - Programmierer der eigenen Firma bisweilen vertippen, darf dieser Alarm, der alle Leitungen unterbricht, nicht zu oft ausgelöst werden. Sonst könnte man mit falschen Anfragen das Gerät der Konkurrenz ausschalten. Damit ist gewährleistet, daß mit einiger Geduld beim Programmieren eines Codeknacker-Computers das Ganze doch irgendwann klappt. Das kostet Unsummen für die Rechnerzeiten, die bei gesetzlicher Regelung des Eigentums an Daten nicht mehr anfallen. Denn wer

seit dem 1. Januar solche Spielchen riskiert, macht sich wegen Verstoßes gegen das Datenschutz. esetz strafbar. Soweit zum Stichwort »Konkurrenz der Eigentümer von Daten.«

Aber das Datenschutzgesetz schützt nicht nur die Eigentümer von Daten voreinander, sonder sie allesamt vor der Öffentlichkeit - nicht umgekehrt, wie einem bisweilen weisgemacht wird. Zwar ist die augenfälligste Änderung, daß die Heimatzeitung die Gratulation der Jubilare am Ort eingestellt hat, weil sie von den Einwohnermeldeämtern keine Daten mehr bekommt. So mancher Leser oder Redakteur mag darin eine segensreiche Auswirkung des neuen Gesetzes sehen. Generell jedoch werden die Datenbesitzer vor den Redakteuren und damit der Öffentlichkeit geschützt.

Auch hier wieder ein Beispiel. »Schufa kennt alle eurocheques - Zehn Millionen Bankkunden oft ohne eigenes Wissen erfaßt« lautete vor kurzem eine Zeitungsmeldung. Sie stand dort zu lesen, wo sie hingehörte: im Wirtschaftsteil. Den liest nämlich kaum einer, der nicht als Eigentümer Interesse daran hätte, daß auch geistiges Eigentum geschützt wird. »Schufa« ist die »Schutzvereinigung für allgemeine Kreditsicherheit«. Die Bundes-Schufa, ein Zusammenschluß von 13 regionalen »Schufas«, wird von Banken, Sparkassen und Kaufhauskonzernen getragen. Die »Schufa« erfaßt »Tatsachen und Erfahrungen bezüglich Geldgeschäften«. Insgesamt wurden 24 Millionen Karteien als »Material« geliefert und allein im vergangenen Jahr 22 Millionen Auskünfte erteilt. Egal, ob man im hintersten Winkel Ostfrieslands oder im tiefsten Niederbayern zu einer Bank oder Sparkasse geht: Sobald man einen Kredit beantragt, kann man als Scheckkartenbesitzer sicher sein, daß kurz nach der Anfrage, ein Bankangestellter in einem Hinterzimmer an einem Terminal sitzt. Vor ihm läuft dann das »Kreditgebaren« des Kunden über den Schirm. Die Daten über das Kreditgebaren werden auch regulär nach Abwicklung nicht gelöscht - »als Referenz für den Kunden«, wie es so schön heißt.

Um solche Informationen wie über die »Schufa« in Zukunft zu verhindern, gibt es das Datenschutzgesetz. Wenn etwa ein Bankangestellter oder ein Programmierer einer Firma, die über die Belegschaft EDV – Dossiers hat, dies an die Öffentlichkeit trägt, gibt er »unbefugt« Daten weiter. Der Datenschutzbeauftragte jeder Firma hat gegenüber solchen Beschäftigten »Führungs-, Kontroll-, Beratungs- und Unterweisungsaufgaben«, wie es im Schulungsmaterial für Computerprogrammierer heißt, herausgegeben von einer der größten Programmiererschulen in der Bundesrepublik. Und im Datenschutzgesetz heißt es: »Dieses Gesetz schützt personenbezogene *Daten«,* also nicht etwa die Person, über die die Daten Auskunft geben.

Als Dreingabe, sozusagen als besonderes »Schmankerl«, gibt es dann noch das Recht jeder Person, Auskunft über diejenigen Daten zu verlangen, die irgendwo gespeichert sind. Abgesehen davon, daß kaum einer die »Schufa« kennt oder eine andere Auskunftei und sich wohl kaum vorstellen kann, wer sich alles für seine persönlichen Daten interessiert - es kostet Geld. Schätzungsweise zehn bis hundert Mark kostet jede Auskunft. Dabei genügt es nicht etwa, zu verlangen: »Geben sie mir alle Daten, die über mich gespeichert sind.« Zu diesem Punkt heißt es im Datenschutzgesetz: »Er (der Betroffene) soll die Art der personenbezogenen Daten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher bezeichnen.« Das heißt in der Praxis, daß man etwa anfragen muß: »Haben sie über mich gespeichert, daß mein Onkel mal Kommunist war und daß ich als Schüler wegen Ladendiebstahls eine Jugendstrafe erhielt?« Auf diese Weise dürfte wohl so mancher naive Bürger so manche Datei um interessante Details bereichern. Und das auch noch auf seine eigenen Kosten.

Doch was solls? Das Datenschutzgesetz hat Bedeutung hauptsächlich für private Dateien. Verfassungsschutz und Kriminalämter können ohnehin speichern, was sie wollen. Neuerdings sollen auch die Einwohnermeldeämter als Hiwis für diese Behörden funktionieren. Für sie gilt hauptsächlich die Anlage zum Datenschutzgesetz, § 6, Absatz 1; »Personen, die bei der Verarbeitung personengebundener Daten tätig sind, sind daran zu hindern, daß sie Datenträger unbefugt entfernen.« Hat hier das Mißtrauen der höheren Staatsbeamten gegen ihre Untergebenen mitgespielt?

Nach Verabschiedung des »Gesetzes über das Meldewesen« sollen 200 persönliche Daten jedes Bundesbürgers gespeichert werden. Die staatliche Datenerfassung interessiert sich eben nicht nur für zehn Millionen Scheckkartenbesitzer, sondern für alle Bürger. Gespeichert werden sollen in Zukunft unter anderem: Scheidungsgründe, Lohnsteuerfreibeträge, Wohnungsstatus (alleinige Wohnung, Haupt- oder Neubauwohnung), Aufenthalt in psychiatrischen Kliniken, Erwerbsminderung. Sie dürfen, so der Gesetzentwurf des Innenministeriums, »anderen Behörden mitgeteilt werden.« Einwohnermeldeamt und Verfassungsschutz sind ja wohl beides Behörden.

–

Konkret 02/78, S. 31

Burkhard Mauer

Magazin: Die Grips – Bande

Theater um ein Theater: Die CDU will die Jugend-Bühne Grips zu RAF-Sympathisanten stempeln

Grips ist Deutschlands folgenreichstes Kinder- und Jugendtheater. Es hat viel dazu beigetragen, daß diese entscheidende Theatersparte nicht mehr den Weihnachtsmärchenmachern überlassen blieb, die mit oft schlampigen Produktionen und Stücken in einem Monat das Geld fürs ganze Jahr machen wollen, dazu soviel Aufführungen wie möglich - bis zu vier am Tag - in den Dezember prügeln, weil man da am leichtesten ans Geld kommt. Grips spielt ständig, entwickelt neue Stücke, die anderen Theatern und Gruppen zur Verfügung stehen, gab Anregungen zu Organisation und Gruppenbildung. Grips ist das schönste Beispiel, daß wohlverdienter Erfolg sich einstellt; das Theater bespielt ein festes Haus, erhält Einladungen aus dem In- und Ausland, seine Stücke werden in vielen Sprachen nachgespielt, eine Inszenierung wurde sogar von prominenter Kritiker-Jury zum Berliner Theatertreffen eingeladen, das sonst mit Kindern wenig im Sinn hat. Schließlich erhielt das Theater den Brüder – Grimm-Preis des Landes Berlin und im letzten Jahr auch den Kulturpreis des DGB, eine besonders glückliche Entscheidung.

In diesem märchenhaften Wunderkuchen ein Haar zu finden, sei es aus eigener Schrägsicht oder auch mit stark zusammengekniffenen Augen, reizte einen CDU – Mann aus Unna. Vielleicht dachte er, finden kann man alles, wenn man nur recht stark will; findet doch auch in »Peterchens Mondfahrt«, der alten Geschichte, ein Maikäfer sein irgendwie verlorengegangenes Chitinbein im Spaltholz auf dem Mond.

Der Mann aus Unna schrieb einem Lokalblatt, man solle das Grips-Theater nicht mehr einladen, weil es die »Zielvorstellungen der Baader-Meinhof-Bande« unterstütze und seine Mitwirkenden kommunistische Propagandisten seien.

Die Grips-Leute wehrten sich. Gastspiele sind bei ihrer schmalen Finanzbasis lebensnotwendig. Sie sahen nicht ein, daß man ihre Arbeit durch Unterstellungen behindern dürfe und klagten schließlich. Sie verloren. Denn, so argumentierte das Gericht, bei uns herrscht Meinungsfreiheit. Das heißt, eine Meinung muß nicht richtig sein, darf auch faktisch falsch laut und scharf geäußert werden. Meinungsfreiheit sei wichtiger als geschäftliche Schädigung eines Unternehmens wie Grips. Wo aber bleibt dann deren Meinungsfreiheit?

Nach kurzem Staunen darüber, daß man vielleicht »Mörder« und »Bankräuber« zu ihnen sagen dürfen ging Grips in die zweite Instanz. Die gegnerischen Anwälte hatten früh argumentiert, daß die Anschuldigungen auf Fakten beruhten. Beispielsweise sei kommunistische Propaganda zu belegen durch verschiedene Nummern der »Wahrheit«. Das sei eine kommunistische Zeitung und sie habe Grips-Premieren positiv besprochen. Wenn's so ist, wenn das reicht, dann sollen sie doch mal einen großen Reiseteil einrichten: Matterhorn abgebildet, schon kommunistisch,. Da wird die Erde schneller rot, als je einer zu hoffen wagte.

Dann schlug das Berliner Kammergericht zu, 9. Zivilsenat, letzte Instanz: weil 1974 einzelne Mitglieder des Theaters eine Anzeige im Berliner »Tagesspiegel« unterschrieben hatten, worin gegen Sonder – Haftbedingungen für etwa 40 Gefangene protestiert wurde, sei erwiesen, daß das Theater den Zielen Inhaftierter zumindest objektiv Vorschub geleistet habe. Geht man davon aus, daß »Banden« keine Mitgliedsbücher haben, Zugehörigkeit sich durch Förderung erweist, ist hier der ungeheuerliche Versuch gemacht worden, die »Bande« per Gerichtsbescheid aufzufüllen. Da werden dann wohl die Theaterbesucher leicht Sympathisanten sein. Und so ist es wohl auch zu erklären, daß in CDU – regierten Berliner Stadtteilen keiner mehr in Gefahr gebracht wird: Grips darf dort in öffentlichen Räumen nicht auftreten, gelegentlich werden selbst Informationen der Schulbehörde über das Theater nicht weitergeleitet.

Die Öffentlichkeit reagierte auf das Kammergerichtsurteil eindeutig: »Dieses Urteil ist existenzbedrohend, skandalös, moralisch indiskutabel« (SFB); » Gegen Haftbedingungen zu protestieren, wenn man sie für unmenschlich hält, ist nicht nur das Recht jedes Bürgers, es ist seine Pflicht« (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt); »Solche Urteile, die Geschichte lehrt es, sind zum Fürchten« (Die Zeit); » Hanebüchene Gedankenkonstruktion« (Tagesspiegel); Kai Herrmann im » Stern« zur Logik des Urteils: »Wenn jemand fordert, daß einem Straftäter die Garantien des Rechtsstaats nicht versagt werden, ist er dem Straftäter gleichzusetzen.«

Auch die Berliner CDU reagierte eindeutig. Sie griff die »hanebüchene Gedankenkonstruktion« als gerichtliche Festschreibung eines Fakts auf und regte an zu überlegen, ob man die - bescheidene - Subvention von Grips nicht dem blühenden Chorwesen der Stadt zukommen lassen könne.

Grips sammelt inzwischen, um die Prozeßkosten von rund 13.000,- DM zu zahlen.

Konkret 02/78, S. 32

Warner Poelchau

Magazin: Hinter dem Mond

In Hamburg bereitet sich eine HJ-Gruppe auf den Bürgerschaftswahlkampf vor

Mit großem Tamtam versuchen Historiker und Journalisten zur Zeit in Frankreich herauszufinden, ob Hitler dort außer Leichen vielleicht auch einen Sohn zurückgelassen hat. Währenddessen betreten in der Bundesrepublik, von der gleichen Presse ziemlich unbeachtet, Adolfs geistige Enkel die politische Bühne. So wurde in Hamburg, eine Hochburg der Neonazis, eine illegale »NSDAP-Gau Hamburg« und ein illegaler »SA-Sturm« gegründet. Immer häufiger tauchen Hakenkreuzschmierereien und Parolen wie »Kampf den Judenparteien« auf. In einer eigenen Zeitschrift mit dem Namen »Sturm« rühmt sich die »NSDAP«, allein in Hamburg über 800 Plakate geklebt zu haben.

Daß hinter diesen Aktivitäten keine alten »Kämpfer« stecken (dann könnte man hoffen, das Ende des braunen Spuks wäre schon aus biologischen Gründen nah) zeigte sich Ende letzten Jahres, als verschiedene NSDAP-Tarnorganisationen unter der Losung »Nationale Sozialisten greifen an!« zu einer öffentlichen Veranstaltung aufriefen: Kaum einer der Teilnehmer war über 20 Jahre alt. In Formationen marschierten die Mitglieder des »Freizeitvereins Hansa«,der »sozialnationalistischen Jugend« und des »Kampfbunds Freiheit für Rudolf Heß« vor dem Veranstaltungslokal auf. Fast alle uniformiert mit braunen oder schwarzen Hemden, schwarzen Lederjacken, Knobelbecher an den Füßen und an der Gürtelschnalle die Odalrune. So muß es auch gewesen sein, als der Dichter Franz Hackel 1931 reimte:

Wenn sie die Macht errungen haben,
Das dritte Reich mit Heilgeschrei –
so meinen windelfeuchte Knaben –
Dann würde Deutschland wieder frei.

An-Führer der Jungnazis ist Michael Kühnen, 22, Ex-Student der Bundeswehrhochschule und noch 1976 stellvertretender Vorsitzender der hanseatischen Strauß – Freunde von der »Aktion Vierte Partei«. Er erläutert zunächst, warum man sich zusammengefunden habe. Schließlich stünden die Bürgerschaftswahlen bevor und man sei entschlossen, als »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« daran teilzunehmen. Außer dem Versuch von Bauernfängerei mit der Forderung nach einem Baustop für Atomkraftwerke enthält das »ANS«-Programm nur noch zwei Punkte: Aufhebung des NS-Verbots und »konsequenter antikommunistischer Kampf«.

Warum wagen sich die Faschisten gerade jetzt aus dem Untergrund hervor? Michael Kühnen: »Die Stellungnahmen in der Öffentlichkeit gegenüber rechten Strömungen, gerade auch die sogenannte Hitlerwelle, haben zu einer Auflockerung der öffentlichen Meinung geführt.« Zugegeben, daß die »ANS« in Wirklichkeit die illegale »NSDAP« ist, wollen sie nicht. Aber: »Das hat hauptsächlich juristische Gründe.«

Das ist auch die einzige Einschränkung, die sie sich auferlegen. Ansonsten klingt es wie Originalton 1930. Die wirtschaftlichen Probleme seien nur durch eine Kooperation der Klassen in einem Ständestaat zu lösen; mit dem selbstzerstörerischen Liberalismus verschiedener Parteien müsse endlich Schluß gemacht werden, dann könnte man ein Großdeutsches Reich errichten. Zu diesem »vom jüdischen Bolschewismus gereinigten« deutschen Vaterland sollten dann auch wieder alle Ostgebiete, die »Ostmark, Eupen-Malmedy und Elsaß-Lothringen gehören. Alles würde wieder so werden, wie zur Zeit des »größten deutschen Politikers«. Nur den entscheidenden Fehler des »Führers« will man nicht wiederholen: »Wir haben damals nicht genug mit dem inneren Feind aufgeräumt.«

Auch wenn die Neonazis zum größten Teil noch pubertierende junge Burschen sind - vielleicht auch gerade darum: Die meinen es ernst!

Weniger ernst nehmen die Hamburger Polizei und die SPD geführte Innenbehörde diese Jungfaschisten. Zwar sprechen die Beamten selber von einer »äußerst fanatischen Gruppe« doch lassen sie die Nazibande ungestört agieren. Nur wenn sie es mal all zu toll treiben, werden sie festgenommen, wie Michael Kühnen, der bei nächtlichen Schmierereien ertappt wurde. Obwohl man in seinem »Freizeitverein Hansa« massenhaft NSDAP-Material und Maschinengewehrmunition fand, wurde er noch am nächsten Tag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Von der »ANS«-Veranstaltung - für die in Springers Hamburger Abendblatt per Annonce geworben wurde - erfuhr SPD – Innensenator Staak auch nicht von dem Verfassungsschutz oder der Staatsschutzabteilung der Polizei (Sie rühmt sich in Bezug auf die Nazis »gezielter Observationen unter erheblichem Kräfteeinsatz«.) Aber immerhin hat er sie verboten. Die Einhaltung des Veranstaltungsverbots wurde dann von zwei sehr unauffälligen Zivilen, denen die Walkie-Talkies noch aus der Tasche guckten, intensivst überwacht. Kühnen marschierte mit seiner Garde vor dem Lokal auf und verkündete, daß die Veranstaltung hier nicht durchgeführt werden könnte. Auf sein Kommando »Alles zur U-Bahn« machte dann die Truppe auf der Hacke kehrt. Nur zwei Stunden später, in einem schon am Vorabend gemieteten Lokal, eröffnete der Ex-Leutnant vor einer stilisierten Hakenkreuzfahne und dem gleichen Publikum (minus den Zivilen) die Versammlung.

Spottet da der neue Führer Michael Kühnen: »Polizei und Verfassungsschutz leben - was uns betrifft - doch hinter dem Mond! «

–

Konkret 02/78, S. 33

Stefan Aust

Magazin: Hirn verbrannt – Bilder verätzt

Warum Hans-Joachim Bohlmann zum Bilder-Schänder wurde

In einer Drogerie hatte er sich konzentrierte Schwefelsäure gekauft. Dann ging er auf Bildungsreise durch Deutschlands Kunst-Museen. In der Gemäldegalerie der staatlichen Kunstsammlung auf der Kasseler Wilhelmshöh hatten es ihm vor allem die Alten Meister angetan.

Hans-Joachim Bohlmann, 41, spritzte die ätzende Säure auf einige der wertvollsten Gemälde der Welt: Rembrandts » Jacobssegen« aus dem Jahre 1656, Rembrandts »Selbstbildnis« von 1654, Rembrandts »Der Apostel Thomas als Architekt« von 1660.

Die Bilder wurden schwer beschädigt, ob sie zu restaurieren sind, ist fraglich. »Auf jeden Fall«, so ein Sprecher des Kasseler Museums, »sind es hinterher nicht mehr die selben Bilder«. So wie in Kassel zerstörte Bohlmann auch in anderen Städten Kunstwerke in Millionen Wert. Warum? Als Bohlmann im August 1977 von der Polizei festgenommen wurde, sagte er: »Ich wollte zerstören, was andere lieben«. Ein Irrer? Hans-Joachim Bohlmann, geboren 1937, ist das Opfer eines umstrittenen medizinischen Eingriffs: der stereotaktischen Gehirnoperation.

Diese Operationsmethode wurde in den letzten Jahren von einer Reihe deutscher Neuro-Chirurgen an Psychisch Kranken vorgenommen: Zuerst wird ein Loch in die Schädeldecke gebohrt, dann versenkt der Chirurg eine Elektrosonde tief im Gehirn. Durch einen Stromstoß schließlich wird ein genau vorherberechneter Hirnbereich ausgebrannt. Die Patienten: Schizophrene, Zwangsneurotiker, Erethische (krankhaft aggressive) Kinder, Suchtkranke, Menschen mit abweichendem Sexualverhalten usw. Verhaltensänderung durch das Ausbrennen von Hirnsubstanz.

Als diese Operationen bekannt wurden, liefen Psychiater, Psychoanalytiker und Sexualwissenschaftler Sturm. Sie kritisierten vor allen Dingen die Leichtfertigkeit, mit der häufig die Indikationen gestellt und irreparable Zerstörungen im Gehirn vorgenommen werden. Zudem gibt es keinerlei zuverlässige Kontrollen über die angeblichen Erfolge und die unbestreitbaren Mißerfolge der Operationsmethode.

Jetzt haben die Kritiker der Stereotaxie ein Beispiel, das ihre Argumente wie ein Bilderbuch illustriert: den Fall Hans – Joachim Bohlmann.

Ein internes Gutachten des Hamburger Universitätskrankenhauses Eppendorf beweist, wie sich der Zustand Bohlmanns nach der Gehirnoperation verschlechtert hat. Unter dem Datum des 3.2.77 -also fast ein halbes Jahr bevor Bohlmann die Bilder mit Säure bespritzte - schreiben Prof. Dr. Gross, Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik Eppendorf, und der wissenschaftliche Assistent Dr. Dziewas:

»Zur Vorgeschichte war erfahrbar, daß Herr B. aus Breslau stammt, seit 1945 lebt er in Husum, seit 1960 in Hamburg. Er hat seine frühe Kindheit in schrecklicher Erinnerung. Seine Mutter habe ihn fast immer in der leeren Wohnung alleingelassen ... Mutter habe ihn später fast verwahrlosen lassen. Herr B. leidet seit der Pubertät an anankastischen Ängsten, in der Schule sei er auffällig gewesen, weil er nichts habe leisten können. Beim lauten Vorlesen in der Klasse habe er das Buch vor Zittern kaum halten können. Dennoch gelang es ihm, die Volksschule abzuschließen und eine Klempnerlehre zu beginnen, die er jedoch wegen seiner Angstzustände aufgeben mußte. Seither war er Hilfsarbeiter. Er wechselte häufig die Stellen, weil er den tatsächlichen oder den vermeintlichen Spott seiner Kollegen nicht aushalten konnte. Er habe sich immer wie von Angst gehetzt gefühlt und sei immer auf der Flucht gewesen. 1968 habe er geheiratet, seine Frau habe von Anfang an von seinen Schwierigkeiten gewußt, die Ehe sei recht gut. Nach der Heirat habe er sechs Jahre lang ununterbrochen bei der Firma Darboven gearbeitet«.

Soweit zur Vorgeschichte. Im Jahre 1974 verschlimmerten sich Bohlmanns Ängste und Zwänge, so habe er beim Verlassen des Hauses unzählige Male geprüft, ob die Wasserhähne auch verschlossen seien ...

Irgendjemand muß Hans-Joachim Bohlmann zu dieser Zeit von der neuen Wunderheilmethode, der Stereotaxie, berichtet haben. Ohne irgendeinen ernstzunehmenden Versuch, etwa einer psychotherapeutischen Behandlung, unternommen zu haben, legt er sich auf den Operationstisch. Am 20.12.1974 operiert ihn Professor Müller, der Leiter der Abteilung für Stereotaxie am Universitätskrankenhaus Eppendorf. Müller nimmt eine sogenannte » Zingulotomie« vor. Doch der Erfolg der Operation bleibt aus, im Gegenteil: Bohlmanns Zustand verschlimmert sich dramatisch.

Weiter im Text des Gutachtens aus Eppendorf:

»Seit der Operation sei er nicht mehr er selber, er würde sich nicht noch einmal operieren lassen. Der Urinstinkt fehlt, die Sprungfeder ist zerbrochen, die Zwänge sind immer noch da, nur ins Gegenteil verkehrt«. Habe er früher Feuer und Wasser ängstlich gemieden, so suche er heute geradezu deren zerstörerischen Kräfte. Herr B. beschuldigte sich, daß er in der Heide versucht habe, Flächenbrände zu legen. Er sei auch in ein leerstehendes Haus gegangen, habe einen Gashahn und einen Wasserharm geöffnet und die Hähne funktionsuntüchtig gemacht und sich dann entfernt ... Wenn er durch eine fremde Umgebung gehe, halte er ständig Ausschau nach Möglichkeiten, etwas anzustellen. Irgendwie sei er wie benebelt, er erfasse die Realität nur verschwommen, er traue sich selbst nicht. Er sei sich der Unsinnigkeit seines Handelns bewußt, aber er könne sich dem kaum entziehen, es sei wie ein Rausch, ein nichtbeherrschbarer Zwang.«

Genau unter diesem Zwang scheint Hans-Joachim Bohlmann dann seine Säureattentate gegen Kunstwerke vorgenommen zu haben. Vor der Operation war er nie irgendwie »aktenkundig« geworden.

Jetzt sitzt Hans-Joachim Bohlmann in der geschlossenen Abteilung des Psychiatrischen Krankenhauses Hamburg-Ochsenzoll. In einer Abteilung aus der schon eine Reihe von Patienten auf den Operationstisch des Prof. Müller gewandert ist.

Konkret 02/78, S. 34

Christel Buschmann

Deutschland im Herbst

Die »deutsche Filmer-Elite« (»Spiegel«) arbeitet an einem gemeinsamen Projekt: ein Film über »Deutschland im Herbst«. Schlöndorff, Kluge, Sinkel/Brustellin, Reitz und die Rote Rübe berichten in KONKRET von ihrer Arbeit

Es gab Deutschland im Herbst (für die, die es schon vergessen haben, Schleyer, Mogadischu, Stammheim) und es gibt ein Projekt »DEUTSCHLAND IM HERBST«, ein Filmvorhaben, initiiert und finanziert vom Filmverlag der Autoren, der das Ganze wie folgt beschreibt: »In sehr persönlichen Beiträgen, die von der Dokumentation bis zu Spielfilmepisoden gehen, wollen sie (die Regisseure) die Möglichkeiten des freiproduzierten Kinofilms nutzen ... Der Film wird Anfang 1978 ... in die Kinos gebracht, beteiligt sind u. a. Alf Brustellin, Rainer Werner Faßbinder, Werner Herzog, Volker Schlöndorff, Edgar Reitz und Bernd Sinkel.«

Gedreht haben bis jetzt Faßbinder, Schlöndorff, Kluge, Reitz und die Rote Rübe, ein fertiger Beitrag liegt bislang nur von Faßbinder vor, Sinkel/Brustellin haben noch vor zu drehen, Werner Herzog weiß noch nicht, ob er mitmachen wird, der Film wird nicht Angang 78 in die Kinos kommen, auch nicht während der Berlinale und nicht in Cannes, wovon die Rede war, sondern vielleicht im Herbst oder vielleicht früher oder vielleicht später: das, um obigen Text auf den letzten Stand der Dinge zu bringen, der aber heute ein anderer ist als gestern. Und morgen wieder ein anderer sein kann als heute. Denn das Unternehmen ist außerordentlich spannend. Ob sich die Regisseure überhaupt je zu diesem 90 – Minuten-Film, den der Filmverlag im Auge hat, werden zusammenfinden können, kann keiner garantieren, vielleicht werden es zehn Filme, vielleicht wird es einer, vielleicht keiner, am wahrscheinlichsten sind zwei bis drei.

Tasten wir uns mal ran.

Welches Motiv könnte der Filmverlag haben, für so ein Unternehmen Geld locker zu machen?

Der Filmverlag, erschüttert über die Ereignisse im Herbst 77 und die zunehmenden Zensurmaßnahmen seitens Förderungskommissionen und Fernsehen, engagiert sich für die Erhaltung der sogenannten künstlerischen Freiheit. Aber man könnte auch folgendes sagen: mit sicherem Instinkt erkennt er eine Lücke (die es immer gegeben hat, denn die deutschen Regisseure haben sich nie übermäßig gegenwartsfreudig gezeigt in ihrer Stoffwahl), die nach den Ereignissen des Herbstes vermutlich eine Marktlücke zu nennen ist, spektakuläre Realität, im Ausland gut verkäuflich; dazu mit und wegen akzeptablen Argumenten der gesamte prominente deutsche Jungfilm in einem Haps.

Und man kann folgendes dazu sagen -

Volker Schlöndorff: *»Ich glaube nicht, daß beim Filmverlag da eine geschäftliche Spekulation dahintersteht. Und wenn, ist das eine positive. Es kann durchaus sein, daß ein Unternehmen spürt, hier ist eine Sache, die beschäftigt alle Leute, und niemand wagt, sie aufzugreifen, jetzt wage ich das. Das ist erstmal unternehmerisch klug und dann ist ja jeder Unternehmer auch noch ein Mensch, den es befriedigt, etwas zu machen, was andere nicht angehen wollen. Bestimmt ist beim Filmverlag beides im*

Spiel, aber es ist auch eine Tatsache, daß so am ehesten etwas zustande kommt.«

Wie beschreiben die beteiligten Filmer ihre Motive?

Edgar Reitz: *»Ich habe mich sehr herumgeschlagen mit dem Problem, ob ich mich an diesem Projekt beteiligen sollte oder nicht. Da ist nämlich einerseits die Konkurrenzsituation, die dabei automatisch entsteht unter den Filmern, und ich sagte mir, diese Konkurrenz erlebst du sowieso dauernd, warum sollst du die auch noch in dieser zugespitzten Form erleben. Dann aber kam der nächste Schritt, daß ich mir andererseits gesagt habe, wenn ich nicht mitmache, dann schließe ich mich sozusagen aus dieser Marktwertauswahl aus, die darin steckt, daß der Filmverlag mich wie die anderen eingeladen hat, ich verzichte sozusagen auf eine professionelle Auszeichnung. Insgesamt schien mir das aber eine mickrige Betrachtungsweise. Und dann war ich beim Filmverlag, da hieß es, wir haben den Film ganz phantastisch vorverkauft in mehrere Länder und das ist auch schon ein ganz komisches Gefühl. Und es hieß, auf keinen Fall darfst du dich ausschließen, denn wir haben ihn überhaupt nur verkauft, weil wir gesagt haben, die und die Regisseure machen mit, wenn da einer aussteigt, werden die Verträge hinfällig. Wenn man ehrlich ist, zeigt sich aber hier im Grunde nur etwas, was auch wirklich beruflich unsere Situation ist: Es ist unsinnig, sich eine Freiheit vorzuspiegeln, die wir gar nicht mehr haben, und so bin ich zu dem Schlug gekommen: ich kann mir sagen, so oft ich will, es sind bestimmte kommerzielle Spekulationen damit verbunden, daß ich*

vielleicht überhaupt nicht mitmachen soll bei der Geschichte. Aber ich kann nicht leichtfertig werden. In dem Moment, wo ich mich mit einer Materie wie *Deutschland im Herbst befasse, muß das, das verlange ich allerdings, was man tut, das Beste sein, was man überhaupt zu denken fähig ist. Da können dann irgendwelche Leute an der Rennbahn stehen und Wetten auf einen setzen, das ändert nichts, daß man so schnell läuft wie man kann.«*

Volker Schlöndorff: *»Alle spüren, daß es auf einmal Themen gibt, die man angeblich nicht mehr anrührt, weil sie zu heiß und zu aktuell sind. Das ist absurd, weil man sie andererseits geradezu verlangt vom Film und es auch wahrscheinlich so ist, daß eine solche Auseinandersetzung überhaupt nur noch im Kino möglich ist. Das Kino ist viel unabhängiger als das Fernsehen, auch unabhängiger als die großen Zeitschriften oder Medienkonzerne. Warum alle sofort mitmachen wollten, und dann als sich das Projekt herumgesprochen hatte, sehr viel mehr mitmachen wollten: weil keiner allein damit fertig wird, was im Herbst 77 passiert ist. Jeder hat das Bedürfnis, mit anderen darüber zu sprechen, und keiner kann sie anderswo überhaupt darstellen, diese unmerkliche Veränderung in Richtung Angst, Verstummen, Verdrossenheit, Ratlosigkeit, Ratlosigkeit. Es wird ein Film von ganz alltäglichen Geschichten, nicht spektakulären, es gibt keine Polizeirazzia, es gibt keine Verfolgungsjagden, nichts dergleichen. Es gibt lauter inzwischen alltäglich gewordene, aber doch vor einem Jahr noch undenkbare Situationen. «*

Katja Rupe (- von der »Roten Rübe«): *»Zum einen glaube ich, daß es im Augenblick unheimlich wichtig ist, daß überhaupt etwas über das Thema Deutschland im Herbst gemacht wird, und anders als in diesem Zusammenhang hätte man es gar nicht machen können. Zum anderen halte ich es auch mal für gut, daß Filmer, die sonst nicht aktuelle politische Themen aufgreifen, sich einmal mit ihnen auseinandersetzen.«*

Bernd Sinkel/Alf Brustellin: *»Nach den ‚Ereignissen' im Herbst 77 haben wir gesehen, in welchem Maße Zensur und Selbstzensur in den Medien eingezogen ist. Hier unterliegen wir keiner Zensur, wenn wir uns ade Autorenfilmen zu diesem Thema äußern wollen. Das ist eine einmalige Chance, die wir wahrnehnem müssen, sollten wir in unserer sonstigen Arbeit nicht unglaubwürdig werden wollen.«*

Alexander Kluge: *»Ich finde es immerhin einigermaßen packend, daß nach IS Jahren Filmpolitik der Oberhausener Gruppe, zunächst dieses jungen deutschen Films, hier zum ersten Mal auf Produktionsebene Zusammenarbeit versucht wird. Diese Zusammenarbeit kann entweder wirklich ein Produkt bringen oder aber daraus wird eine Spaltung. Denn in filmpolitischen Fragen kann man sehr verschiedener Ansicht sein und trotzdem durch Abstraktionen sagen, was ist eine gemeinsame Politik. Wenn es um Produktionen geht, gibt es dieses Auseinanderlaufen nicht. Entweder gibt es einen Bilderfilm, einen Autorenfilm, einen Film, der etwas vom Erfahrungsgehalt dieses Herbstes enthält, oder wir kriegen im Film eine Spaltung. Ich kann mit keinem sprechen, der diesen Herbst 1977 nicht wirklich ernst nimmt. Ich habe allerdings den Eindruck, daß alle, die hier am Projekt beteiligt sind, das Thema ernst nehmen, jeder auf seine Weise. Herbst 77, das sind ja sehr verschiedene Ereignisse, und hier ist uns das Kurzzeitgedächtnis unserer Zeit eigentlich extrem vorgeführt worden. Die Nachrichtensperre ist nur das äußere Zeichen davon, daß z. B. Kappler inzwischen vollkommen vergessen ist, daß das, was danach kommt, also Tötung von Buback und Entführung von Schleyer, eigentlich schon in Weihnachten und Silvester ausgeht, daß die Meinungsumfragen schon zeigen, es hat irgendwann einmal ein Tief gegeben, ein Besinnungstief und jetzt gibt es schon wieder Advent und Neujahr und wieder 365 Tage vor uns, und bis zum 3. Weltkrieg ist noch lange Zeit. Das heißt, die Ebene in den Menschen, die auf Meinungsumfragen antworten - das sind ja nun wirklich nicht die Menschen selber, das ist ein Ausschnitt von ihnen, der unserer Karikatur von Öffentlichkeit entspricht - die antwortet bereits wieder hoffnungsfroh, die hat eigentlich alles vergessen. Wenn man Filmemacher ist - und so geht es Herzog, so geht es Schlöndorff, so geht es Reitz, so geht es den anderen -- ist man auf Wahrnehmung getrimmt, egal welche Filme man macht. Aber hier gehört ein Elefantengedächtnis her, von diesem Herbst ist überhaupt nichts zu vergessen, und das einzige, was ausreicht für eine Erklärung, ist eigentlich die Wiederaufnahme der gesamten Geschichte unseres Landes. In welchem Land leben wir? Wie kommt es, daß unser Land solche Produkte hervorbringt, nämlich die Perfektion von Mogadischu auf der einen Seite (die Engländer sagen, die desert foxes haben wieder zugegriffen) und auf der anderen Seite sind in Stammheim Pistolen zur Hand, existieren Nachrichtensysteme usw. Das System der deutschen Tüchtigkeit, die Geschichte des deutschen Schicksals, damit müssen wir uns befassen. Ich habe ein antirealistisches Motiv, ich kann die Realität, so wie sie ist, eigentlich nicht akzeptieren. Und ich glaube, daß die Mehrheit der Bevölkerung weder das, was die Terroristen tun, noch das, was die Regierung tut, billigt. Sondern sie arbeiten, sie sitzen in Familien, sie kriegen Kinder, sie werden festgehalten in einer Situation, und jetzt kommen Aufforderungen an sie, sie sollen irgendetwas abschwören oder umgekehrt, sollen jetzt meinetwegen selber kämpferisch werden und Bürgerkrieg lancieren. Das werden sie nicht tun, und das können sie auch gar nicht tun. Unsere Phantasie muß sich an dem orientieren, was die Mehrheit tut, was übrigens auch die Mehrheit unserer Phantasie tut. Von daher sehe ich den Ansatz des Films, und ich bin ganz sicher, daß man das in einem Film nicht niederlegen, allenfalls anreißen kann, mehr oder weniger gut. Das muß uns der Zuschauer konzidieren,*

daß wir uns auch irren können, daß wir etwas falsch machen dürfen, daß wir, wenn wir uns mit so einem Thema befassen, auch unter Umständen Angst haben. -Obwohl wir den Film zensurfrei produzieren - denn es gibt keine einzige Förderungsmaßnahme, kein Fernsehen und keine Zensurstelle, die uns irgendeine Äußerung verbieten kann. Also wenn der Film versagt, geht das auf unsere Kappe.«

Was fangen die Filmer mit ihrer Freiheit an?

Faßbinder, der zur Zeit in Paris seinen »Berlin Alexanderplatz« vorbereitet, hat zu den Ereignissen im Herbst einen ca. 40 Minuten langen Film mit seiner Mutter gedreht. Herzogs Projekt, mit verschiedenen Leuten über das Deutschlandlied zu sprechen und es singen zu lassen, ist an der Gutwilligkeit der Aufgeforderten oder jeweiligen Zwischeninstanzen (u. a. Honka, Heino, Uwe Seeler, Traugott Bender) gescheitert; zu einem neuen Projekt konnte er sich noch nicht wieder entschließen. Sinkel/Brustellin wollen versuchen, »in verschiedenen fiktiven Szenen die Verwirrung der Gefühle« zu zeigen, die seit dem Herbst in Deutschland bei so vielen Leuten stattfand, die ihrer eigenen Überzeugung nach einer linken Tradition verhaftet sind oder zumindest nahestehen. Diese »Verwirrung der Gefühle«, dargestellt in Spielszenen, soll konfrontiert werden mit einer Darstellung (zumindest Benennung) »aller nicht-terroristischen Gewalt, die in diesem Staat herrscht und über die das Nachdenken und Nachfühlen weitgehend eingestellt wurde.«

Schlöndorff und Kluge haben mit zwei Teams dokumentarisch festgehalten, was sie in einer Woche Stuttgart gesehen haben. Es war die Woche der Beerdigungen von Schleyer und Baader, Ensslin und Raspe. Sie wollen »dieses Material, das allen zur Verfügung steht, sozusagen als Rahmenzeit« (Schlöndorff). Außerdem drehen sie beide noch einen fiktiven Teil. Schlöndorff hat einen Text verfilmt, den Heinrich Böll für ihn geschrieben hat: »Die verschwundene Antigone«. Es ist die Geschichte einer Inszenierung, die abgesetzt wird.

Schlöndorff: *»Das Stück, Sophokles' Antigone, steht, wenn man so will, in einem direkten Zusammenhang mit dem, was wir in Stuttgart gefilmt haben, wo es in drei Tagen zwei Beerdigungen gab: die eine sehr feierlich und als Staatsakt, und die andere, die fast nicht zustanden gekommen wäre* weil *auf keinem Friedhof ein Grab zur Verfügung gestellt werden sollte. In der Antigone, wo sich die beiden Brüder gegenseitig erschlagen haben, der eine bei der Verteidigung des Staates, der andere bei den Versuch, den Staat anzugreifen, bekommt der eine den Staatsakt und der andere darf nicht bestattet werden, seine 1 eiche wird den Hunden und Vögeln zum Fraß vorgeworfen. Was ist das für ein Zeichen für den Zustand eines Landes? Das war auch der Ausgangspunkt für Böll.«*

Kluges weiteres Interesse gilt noch einem Märchen der Brüder Grimm: *»Das ist die Geschichte vom eigensinnigen Kind. Es war einmal ein Kind, das war eigensinnig, das gefiel seiner Mutter nicht, und auch Gott billigte es nicht, deswegen lag es auch bald auf dem Totenbettchen. Als es nun aber begraben war, streckte es nachts, es war ja eigensinnig, sein Händchen aus dem Grab, die Nachbarn deckten es am Tage wieder zu und streuten Erde darüber, aber nachts reckte es sein Händchen wieder hervor. Erst die leibliche Mutter mußte kommen und mit der Rute auf das Ärmchen einschlagen, da konnte das Kind ruhig ruhen. Man muß sich fragen, was ist das für ein Volk, das solche Märchen erfindet, man muß fragen, was muß es gelitten haben?«*

Kluge hat außerdem ein Seitenthema des Projekts »Deutschland im Herbst« noch einmal aufgegriffen, *»und zwar ohne Rücksicht auf die Zeitmaße, die man in einem 90-Minuten-Film hat, weil es mich außerordentlich beschäftigt. Ich habe eine Zuneigung zur gesamten Geschichte dieses Landes, zurück bis 12oo n. Chr., allerdings nur, wenn Geschichte nicht als Propaganda verkleidet wird, wenn ich alle Gegensätze zusammenziehen kann, wenn ich also Michael Kohlhaas und Friedrich 11. gleichzeitig wahrnehmen darf, und Luther und Thomas Münzer. Dann glaube ich schon, daß das eine Substanz von unserem Volk wiedergibt. Wenn ich nicht verpflichtet bin zu sagen, Thomas Münzer ist der äußerste Verbrecher, er gehört gerädert, dann, würde ich sagen, kann ich auch die achtenswerten Seiten an Luther richtig beleuchten. Von dieser Frage der Geschichte ausgehend, entwickle ich eine Story, die mitten im hessischen Schulkampf spielt, wo das Fach Geschichte zur Zeit aufgelöst wird in Gesellschaftslehre, bestehend aus Erdkunde, Gemeinschaftskunde und Geschichte. «*

Die ersten Ideen, die Katja Rupé und Hans-Peter Closs von der **Roten Rübe** zum Thema hatten, *»die waren alle sehr subjektiv. Und Subjektivität ist eigentlich auch die ehrlichste Form. Man kann in einer Sache, die man nicht aus der Distanz erfahren, sondern unmittelbar erlebt hat, und das erst vor kurzem, jetzt nicht eine Objektivität herstellen. Also gehen wir bei unserer Geschichte ganz stark von der Stimmung aus, von der Atmosphäre und den Emotionen. Es ist eine Geschichte von Mißtrauen: Eine Frau, Künstlerin, wird im Herbst 77, wie alle Leute, über Presse und Fernsehen mit den Ereignissen bombardiert, und da sie ein eher unpolitischer Mensch ist, trifft es sie eigentlich mehr ins Unterbewußtsein. Eines Abends läutet es an ihrer Tür, da steht ein Mann, der blutet am Kopf, sagt, er hatte einen Autounfall, und sie läßt ihn rein. Nach und nach wächst in ihr ein Mißtrauen. Genau in dem Moment aber, wo sie schließlich erkennt, daß ihr ganzes*

Mißtrauen unberechtigt war, läutet es wieder, da hat der Nachbar sie angezeigt, sie muß aufs Polizeirevier. Am Schluß haben wir eine Szene, wo alle Leute, die man im Film gesehen hat, sich auf dem Polizeirevier befinden und eigentlich nicht wissen, wie sie dahingekommen sind.«

Edgar Reitz hat einen Dialog seines Drehbuchautors Steinbach (»Stunde Null«) verfilmt, ein Gespräch an einem deutsch – französischen Grenzübergang zwischen einem »MP-Zöllner« und einem von ihm kontrollierten Reisenden. *»Mir war immer klar, daß die Anforderungen, die wir uns da gestellt haben, daß nämlich wir S - 6 Leute antworten sollen auf die Lage, ein Mißverhältnis beschreiben, das auch gar nicht durch filmische Qualität auffangbar ist, sondern einfach immer nur ein Mißverhältnis bleibt. Ein paar einigermaßen arrivierte Filmer spüren in sich selbst ... also das ist ein bißchen unproportional als Vorhaben, und das Ehrlichste oder Anständigste, was man machen kann, ist die Wiedergabe von Atmosphäre. Ich möchte mir vorbehalten, meinen fertigen Beitrag mit ein paar Freunden zu diskutieren, ehe ich ihn abliefere, ich sehe die Gefahr, daß er ins Kabarettistische abrutscht und das ist nicht beabsichtigt, die Geschichte ist eine realistische Beobachtung.«*

Wie wird sich das alles und zu welchem Film zusammenfügen?

Diese Frage ist entschieden der heikelste des ganzen Unternehmens. Und da dürfte das Längenproblem das harmloseste sein. Hier konnte ich den Gesprächen manch Herbstliches entnehmen, Ängste, Unsicherheiten, Bedenken, Vorsichtsmaßnahmen, - bei dieser allgemeinen Beschreibung will ich es mal lassen - und vereinzelt Provokationen mir gegenüber: daß eine Berichterstattung über »Deutschland im Herbst« noch während der Produktionsphase sich womöglich ungünstig auf das Projekt auswirken könnte. Was ich bestreite, gerade bei diesem Thema. Die einzige Rücksichtnahme, die mir angebracht scheint, ist der Verzicht, die Probleme der beteiligten Regisseure mit diesem Film genüßlich zu personalisieren und privatisieren. Denn: die Frage nach diesem Film ist die Frage: Was heißt es für einen Filmen heute in einem Land wie der BRD bei einer filmpolitischen Situation wie der der BRD, »ohne Zensur« einen Film zu machen?

Zwischen allen Stühlen ist schlechtes Aufhalten. Wenn man den Kinobesitzer nicht vergrätzen will (der vom »Terroristenfilm« redet und doch gebraucht wird); wenn man den Verleih nicht quälen will (der den Film verkaufen soll); wenn man den Zuschauer Otto Normalverbraucher nicht verlieren will (der den Film sehen und Eintritt bezahlen soll); wenn man lieber ein großes Kommerzkino hat als einen pieseligen Undergroundschuppen, der nichts einbringt); wenn man sein eigenes politisches Engagement nicht mit Füssen treten will; wenn man von linken Freunden nicht rechts und von rechten nicht links genannt werden will; wenn man ausländische Verleiher finden will (und die finden sich mit Faßbinder eher als mit Ziewer); wenn man sich selber - rein imagetechnisch gesprochen - lieber aufgewertet als abgewertet sieht (die Rote Rübe schmückt nicht so wie Herzog); wenn man sich durch den (völlig abwegigen) Vorwurf des »Sympathisantentums nicht die Bankbürgschaften verscherzen will und auch in Zukunft in Ruhe abends mit dem Zahnarzt, der einem die Abschreibungsgelder gibt, sein Bierchen trinken können will undsoweiter; wenn man - tja - wenn man eben in der BRD wieder einen Film machen können will, - dann gibt es vieles zu bedenken. Zu viel. Diese Situation einem einzelnen anzulasten, wäre unfair.

Also möchte ich mich solidarisch zu diesem komplizierten und engagierten Projekt » Deutschland im Herbst« verhalten, aber wann tue ich das? Wenn ich den Kinobesitzer nicht erschrecke, wenn ich den Verleiher nicht erschrecke, wenn ich - siehe oben?

Ich ziehe es vor, diesen Bericht zu einem solidarischen zu erklären. Unter Ausschaltung der Überlegung, daß KONKRET womöglich die berühmte Solidarität von der falschen Seite bedeutet. Weil der Kinobesitzer ... und so weiter und nicht so weiter.

Konkret 02/78, S. 38

Martin Buchholz

War Bertolt Brecht ein Euro?

Ein Geburtstagsartikel

Herr Keuner hörte, daß der 80. Geburtstag eines Dichters gefeiert werde. »Feiert er mit?« fragte Herr K. Man sagte ihm, daß der Dichter schon vor 22 Jahren gestorben sei und daß man seiner nun gedenken wolle. »Gedenkt ihr, euch damit zu nützen?« fragte Herr K. weiter. »Es geht doch hier nicht um uns, sondern um ihn«, bekam er zur Antwort. Herr K. schüttelte den Kopf: »Wenn es nicht um euch geht, solltet ihr den nutzlosen Dichter vergessen. Dann ist das Feiern unnütz.«

Nein, diese Keuner-Geschichte ist nicht von Brecht. Der ist, wie gesagt, schon 22 Jahre tot. - An seinem Grabstein werden am 10. Februar - dann nämlich wäre er 80 Jahre alt geworden, der mit 58 Jahren Gestorbene - gewiß viele Kränze und Blumen niedergelegt, wie es sich zu solchen Gelegenheiten gehört. Brecht hatte gemeint:

Ich benötige keinen Grabstein.

Aber Wenn ihr einen für mich benötigt,

Wünschte ich, es stünde darauf:

Er hat Vorschläge gemacht. Wir

Haben sie angenommen.

Durch eine solche Inschrift wären

Wir alle geehrt.

Machen wir uns nichts vor: Von dem, was er uns vordachte und vormachte, haben wir kaum nachgedacht und nachgemacht. Wir haben ihn den Deutschlehrern überlassen. Wir haben ihn auf einen Sockel gestellt, weil wir es mit Denkmälern leichter haben. Ein Denkmal stellt nicht die unbequeme Aufforderung: »Denk mal!« Und Denken - das hieß für Brecht immer: Denkanstoß zum Handeln. Stoßen wir ihn zunächst mal vom Sockel herunter, damit wir ihm überhaupt wieder zuhören können.

Herr Bertolt Brecht spricht: »Das Denken ist ein Verhalten des Menschen zu den Menschen.« Gehen wir bei ihm in die Denkschule, haben wir gleich von der ersten Stunde an Verhaltenslehre auf dem Plan dieses Klassen-Lehrers. Denken ist also nicht nur ein reines Vergnügen (dennoch das höchste von allen), aber eben auch kein bloßes Sich-Begnügen mit Kopfartistik zur Unterhaltung des pp. Publikums, mit dem die intellektuellen Trapez-Truppen gleichzeitig ihren Unterhalt verdienen. Allerdings: Was zur Zeit mit dem armen B. B. in den hiesigen Theater-Arenen angestellt wird, ist auch meist nichts anderes als Bildungs-Zirkus, luftige Kunstturnerei weit abgehoben vom Boden der gesellschaftlichen Tatsachen (nicht zu verwechseln mit dem Gelände der freiheitlich-demokratischen Grund- und Bodenordnung). Ab und zu wedelt sogar mal einer von oben her mit einer roten Fahne, weil's sich als aparter Farbtupfer in Brecht-Stücken ganz hübsch macht. Bei Klassikern ist man da nicht mehr so zimperlich.

Das war ja keineswegs immer so: Noch im Jahr 1 nach der Mauer führte »unsere« (Er-)Presse eine Kampagne mit dem Ziel, den »roten Zonen-Agitator« aus den Theatern zu verbannen. Wolfgang Neuss damals: »Erst mal Brrrr ... und dann echt!« Tatsächlich wurden die Stücke des Dichters überall vom Spielplan gestrichen. Doch inzwischen laufen die Brecht-Spektakel ohne Einwände über die Bühne. Auch Springer-Rezensenten haben sich dran gewöhnt: Zwar wird meist auf Effekt inszeniert, doch wohlweislich uneffektiv.

»Denkern ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht.« Denken, das nicht Folge von etwas ist, und aus dem nichts folgt, ist sinnlos. Das Sinnlose zum eigentlichen Sinn des Denkens zu machen, um sinnvolles Handeln zu verhindern -das ist die Aufgabe eines Tui. So nennt Brecht die Hirnhökerer, die Kopflanger der Herrschenden. Er hat den Begriff »Intellektuell« dafür auseinandermontiert und neu zusammengeschraubt. Heraus kommt der schraubenlockere »Tellekt-Uell-In «,kurz: TUI. Das ist einer, der sich durch den Ausverkauf seines Bregens den Magen füllt, der dafür Meinungen schmackhaft anbieten muß. Um das zu erreichen, muß er nicht gerecht, sondern marktgerecht denken. Es ist ein Marktschreiber, der sich den Gesetzen der freien Marktwirtschaft verschrieben hat und so zur Kopfstütze des Systems wird. Auch unter Linken gibt's etliche von der Sorte. Dazu gehören nach Brecht »der Verein der Lügner für Menschenrechte« ebenso wie jene, die »Sozialismus als Ware« feilbieten. Die verkaufen »ihre Ansichten über die Gemeingefährlichkeit des Warencharakters aller Dinge und schaffen dadurch eine neue Branche«.

Besonders aber sollte man in diesen Tagen auf die Brechtmittel-Vertreter achten, die nun auch » die Ware Brecht« (so Peter Hamm) führen und den Dichter deshalb Feiern, damit er sich in ihren B(a)uchläden gut verkauft. Sie feiern ihn als Ober-

Tui. der unvermeidliche Schwatzfritze Raddatz vor dem weder Heine noch Marx sicher sind -solange diese Mode-Artikel in seiner »Zeit«-Boutique noch gehen) hat längst schon bei Brecht »etwas Tuihaftes« ausgemacht. Das Geschäft der Weltveränderung, das Brecht schreibend betrieb und in dem er sich selbst ständig änderte, ist für die bürgerliche Kultur-Drogen-Szene natürlich Bui-baba! (Zu »Brechts Tui-Kritik« hat der Argument-Verlag übrigens einen spannenden Sonderband herausgebracht: Kaufhinweise dieser Art sind wichtig, weil sie den »Zeit«- und »FAZ«-Dealern die »geistige« Konjunktur vermiesen. Da wir gerade dabei sind: Beim Verlag »das europäische buch« ist ein von dem DDR-Germaninsten Werner Mittenzwei herausgegebener und kommentierter Band mit Beiträgen aus einer schon dreißig Jahre währenden Diskussion um und über Brecht in der DDR erschienen. Titel: » Wer war Brecht?« Das macht schon Spaß, nachzulesen, wer da was gesagt hat. Auch drüben ist die Gattung der Tuis längst nicht ausgestorben. Doch dieser Band läßt meist anderen das Wort, die einen interessanten Streit untereinander führen.)

Natürlich war auch Brecht, der Dichter und Denker, der aus dem Land der Richter und Henker fliehen mußte, ein Intellektueller. Nur daß er seinen Kopf nicht vermietete und wo er's in Jahren des Exils, gedrungen von der Not, tun mußte, berichtete er mit Scham davon:

Jeden Morgen, mein Brot zu verdienen

Gehe ich auf den Markt, wo Lügen gekauft werden.

Hoffnungsvoll

Reihe ich mich ein zwischen die Verkäufer.

So heißt es in dem Gedicht »Hollywood«. Doch in dieser Branche des Lügen-Discounts war er ein schlechter Koofmich. Er wurde und wird von anderen Menschen gebraucht, die Wahrheit als etwas benötigten 'und benötigen, das in gemeinschaftlicher Arbeit produziert werden muß, das durch Begreifen und Eingreifen ständig neu geschaffen und verändert wird. Zur Anleitung dieser Produktion ist Brecht geeignet - er lehrte die Kunst des Produzierens von Wahrheit, von gesellschaftlichen Gedanken- und Tatsachen. Dazu eben braucht die Arbeiterklasse keine Tuis, sondern ernsthafte, humorvolle, gute Intellektuelle. Dafür nämlich: »Für das Studium der Kräfte, die 'die Welt bewegen'. Hauptsächlich in den nichtrevolutionären Situationen kann eine revolutionäre Intelligenz die Revolution in Permanenz halten.« Wenn das keine Aufgabe ist!

Ein Lehrbuch hilft dabei: Brechts »Me-ti«. Das ist der Name eines chinesischen Philosophen, der etwa um 400 vor der Zeit lebte, nach der unsere Bethlehemisphäre rechnet. Me-ti lehnte es ab, sich in irgendein »Schicksal« zu ergeben oder dies bei anderen zu dulden. »Das Schicksal des Menschen ist der Mensch.« So sagt Me-ti es bei Brecht.

Dieses »Buch der Wendungen« (so der Untertitel) gilt es neu zu entdecken. Brecht hat hier das zusammengefaßt, was bei Gramsci die »Philosophie der Praxis« heißt. Für Brecht war Mi-en-leh (und das ist niemand anders als Lenin) »in der Philosophie praktisch, und in der Praxis philosophisch«. Brecht: »Während andere das Leben betrachteten auf seine Ausbeute für Meinungen hin, beschäftigte sich Mi-en-leh mit Meinungen um des Lebens willen. Nur wenn man annimmt, der Philosoph lebe um der Philosophie willen, war Mi-en-leh kein Philosoph; aber so etwas anzunehmen, schien ihm selber nicht philosophisch.«

Da haben wir tatsächlich seit Jahrzehnten einen deutschen marxistischen Theoretiker dieses Jahrhunderts im Bücherschrank stehen - und haben es noch nicht einmal gemerkt. Als Politiker, als Philosoph der Veränderungen ist Brecht bislang kaum bekannt. Es ist eben der Stückeschreiber, der Dichter, der Theater-Theoretiker, der Mann mit dem V-Effekt.

Die Wendungen, die uns Brecht anrät, sind von der Art, daß sie nicht nur die große Wende, die »Großen Umwälzung«, die Revolution meinen. Brecht erklärt Näherliegendes: Die Wendigkeit in der Not - die zugleich eine Notwendigkeit ist, wenn die Not gewendet werden soll. Wer also gegen die geistige und materielle Not der Vielen im System der Wenigen, der »Großen Unordnung«, angehen will, muß diese Unordnung sehr gut studieren. Sie herrscht als Anarchie der Herrschenden auch in den Köpfen der Beherrschten und schafft dort solange Gedankenverwirrung, bis diese schließlich das Denken aufseufzend ganz den Tuis überlassen.

Notwendig für den Kampf gegen die »Große Unordnung« ist die » Große Methode«, die Lehre der Wendungen, die Dialektik. Doch ist dies keine mechanische Angelegenheit, nicht einfach eine » Lehre der Vergänglichkeit«. Diejenigen, die sich nur auf dieses »Rad der Geschichte» verlassen, das angeblich unaufhaltsam vorwärtsrollt, tatsächlich aber nur sehr aufhaltsam vorankommt, werden nichts wenden: »Sie drohen den Herrschenden mit dieser Vergänglichkeit. Aber das heißt, die Große Methode schlecht anzuwenden. Sie verlangt, daß man davon spricht, wie gewisse Dinge zum Vergehen gebracht werden können.«

Dialektischer Determinismus - das ist für Brecht eine historische Vorbestimmtheit, die von Menschen als gesellschaftlichen Wesen durch ihre Arbeit und ihr Handeln vorbestimmt wurde (nur daß die von ihnen dadurch bestimmten Gesetze der

gesellschaftlichen Entwicklung blind wirkten, sich quasi hinter ihrem Rücken durchsetzten; bis zum »Kapital« des Karl Marx war diese Vorbestimmung - zum Beispiel die »Vergänglichkeit« des Kapitalismus - bestenfalls ein unfrommer Wunsch, doch wissenschaftlich nicht erklärbar). Daß dieser Determinismus allerdings kein sich unausweichlich nach Zeitplan erfüllendes Schicksal der Gesellschaft ist, sondern nur durch das bestimmte Eingreifen jener, die selber bewußt und selbstbewußt die Zukunft bestimmen, als ihr eigenes Schicksal erfüllt wird - das macht ihn spannend, widerspruchsvoll, dialektisch. Der Kapitalismus muß also zum Vergehen gebracht werden.

Dennoch muß bedacht werden: »Die Anhänger der Entwicklung haben oft eine zu geringe Meinung vom Bestehenden. Der Gedanke, daß es vergeht, macht es ihnen unwichtig. Sie sehen alle Zeitabschnitte als Phasen an und verkürzen in Gedanken deren Dauer.« Doch wenn das Vergehende von uns zur Vergangenheit gemacht worden ist, wie dann weiter? Brecht spricht als Me-ti: »Viele halten die Große Ordnung ... für eine aller vorhandenen Ordnung oder Unordnung ganz entgegengesetzte Ordnung, einen fertigen Plan, den es zu verwirklichen gilt. Nun ist sicher, was wir haben, Unordnung, und was wir planen, Ordnung, aber das Neue ergibt sich aus dem Alten und ist seine nächste Stufe. Wir versuchen weniger, etwas ganz Anderes, zu dem es keinen Zugang gibt, durchzusetzen, als den nächsten Schritt zu tun, d. h. den Schluß aus dem Vorhandenen zu ziehen. Das Neue entsteht, indem das Alte umgewälzt, fortgeführt, entwickelt wird.«

Wird es da nicht notwendig, auch von der historisch höheren Entwicklungsstufe, wie sie jetzt als realer Sozialismus existiert, unsere jetzige Gesellschaftsformation gründlicher anzuschauen, um zu lernen, welche Entwicklungen, die schon jetzt unter kapitalistischen Bedingungen in der Organisation der Gesellschaft angelegt sind, es wert sind, im Sozialismus positiv aufgehoben und höher entwickelt zu werden? Wird es da nicht ebenfalls notwendig, die Fehler beim Aufbau des Sozialismus nicht zu beschönigen und zu verschweigen, sondern sie klar zu benennen, um aus ihnen für die Zukunft zu lernen?

Das scheinen Selbstverständlichkeiten. Es versteht sich aber leider gar nicht von selbst - sieht man sich die Tabu-Praxis bei heutigen und hiesigen Kommunisten an.

Wer Widerspruch als furchtbar empfindet und nicht fruchtbar macht, wird wieder und wieder nur Sprüche machen. Auch Widersprüche im Lager der Kapitalisten sind so nicht zu nutzen. Es gilt dann sogar als schädlich, sich den Kopf der Kapitalisten zu zerbrechen. Wie aber soll man dann erfahren, welche Pläne sie haben und wie man diesen Absichten begegnen kann. Wie soll man Widersprüche einplanen in seine Taktik. Brecht lehrt: »Zu der Praxis Mi-en-lehs gehörte es, in einheitlich erscheinenden Erscheinungen den Widerspruch aufzuspüren. Sah er eine Gruppe von Leuten, welche gegenüber anderen Gruppen eine Einheit bildeten, so erwartete er, daß sie unter sich in bestimmten Dingen doch sehr geschieden, geradezu einander feindlich waren, indem die Interessen der einen von ihnen die Interessen der andern schädigten ...« Und weiter: »Viele sahen in Mi-en-leh einen schlauen Betrüger, der sich mit Feinden anfreundete, um sie endlich zu besiegen, aber das war ganz falsch, ob man nun, je nach dem Standpunkt, den man einnahm, einen solchen Betrug verurteilte oder begrüßte. Es gab wirklich Fragen, in denen ein Teil der Unterdrücker in seinem Kampf gegen andere Teile die Interessen der Arbeiter verfocht, nicht weil es Interessen der Arbeiter, sondern weil es ihre eigenen waren. Mit diesem Teil konnten die Arbeiter ehrlich verbündet sein, solang sie diese Stellung einnahmen.«

Das ist marxistisch-leninistisch- brechtistische Verhaltenslehre für den Klassenkampf. Natürlich kann ich hier nicht den ganzen »Me-ti« zitieren, zumal ich dann auch gleich mit den Keuner-Geschichten,

dem Tui-Roman, dem Arbeitsjournal weitermachen könnte - um zu beweisen, daß unser deutscher Gramsci eben Bertolt Brecht heißt, als Fortführer und Fortentwickler von Marx, Engels und Lenin.

Mit heutigen Ohren hingelauscht, klingt manches verdächtig eurokommunistisch:

»Um von Volksherrschaft zu reden, muß man dem Wort Überzeugung einen neuen Sinn verleihen. Es muß bedeuten: Das Überzeugen von Menschen. Volkesherrschaft bedeutet Herrschaft der Argumente. «

Wie gesagt, es gilt, Bertolt Brecht neu zu »entdecken«, seine Vorschläge zu überlegen und, wo sie nützlich sind, anzuwenden. Brecht wußte, daß es einige Zeit dauern würde bis man auf ihn hören würde: »Ich schreibe meine Vorschläge in einer haltbaren Sprache/Weil ich fürchte, es dauert lange, bis sie ausgeführt sind.«

Dies also war meine Brecht-Feier. Ich stellte allerhand Sätze zusammen, wie man Verbündete sucht im Kampf - auch darin einem Rat des Meisters folgend. Ehren wir ihn, indem wir nicht über ihn reden, sondern mit ihm über uns. Sonst würden wir ihn zum nutzlosen Dichter machen. Und das können wir uns gar nicht leisten.

Schließlich ist das der mit dem V-Effekt. (V wie Veränderung).

Konkret 02/78, S. 41

Udo Lindenberg

Aufmotzmäßig

konkret-interview

KONKRET: Fangen wir das Interview mal an wie Günter Müggenburg: Wie geht es Ihnen, Udo Lindenberg?

Lindenberg: Es geht mir ..: es geht mir so. Mal so, mal so.

KONKRET: Und wie geht es weiter?

Lindenberg: Immer weiter tätig im Dienste der deutschen Nachkriegskultur. Bis zum 28. Februar Tournee, 38 Orte, vielleicht auch ein paar mehr. Und danach vielleicht ein paar Konzerte in der DDR. Die VEB Schallplatte, »Amiga«, bringt noch Anfang dieses Jahres eine Scheibe raus, eine Lindi – LP. Wie ich hörte, in einer Auflage von 50.000. Wir haben in der DDR sehr viele Fans, wir sind dort vielleicht sogar noch populärer als hier. Die haben da ja auch eine sehr viel längere deutschrockmäßige Vergangenheit. Was wir vor drei, vier Jahren hier entdeckt haben, als wir gesehen hatten: das geht ja doch - das betreiben die in der DDR ja schon seit zehn, fünfzehn Jahren.

KONKRET: Die haben einen Breitensport in Sachen Deutsch-Rock.

Lindenberg: Ja, genau.

KONKRET: Kennst Du Deine Fans von »drüben«? Unterscheiden sie sich von denen hier?

Lindenberg: Nee, ich glaube, nicht so sehr. Aber die sind nicht so vollgepackt mit diesen Plastic-Disco-Sounds. Ich könnte mir also vorstellen, daß den Leuten da drüben meine Songs noch mehr bedeuten als den Leuten hier. Ich bin ja auch so eine Art Symbol geworden für ein irgendwie freieres, kritischeres Leben, für mehr Kommunikation, für gelegentlich das Maul auf machen. Ich freue mich auf diese Tournee. Ich war schon ein paar Mal drüben, und ich hab 'ne Menge Freunde da kennengelernt. Wir hatten immer gute Gespräche und waren uns eigentlich auch fast immer einig.

KONKRET: Einige von denen sind inzwischen aber hier. Wolf Biermann zum Beispiel. Hast Du noch Kontakt zu ihm?

Lindenberg: Na, zum letzten Mal haben wir uns nach dem Joan-Baez-Konzert getroffen. Und wir wollen uns auch zusammentun. Ich hab ihm gesagt: Wolf, wir müssen uns allmählich mal formieren. Jetzt, wo die rechte Pest um sich greift, wo so viele Ochsenköpfe am laufenden Band schlimme Regelungen auf den Markt werfen, müssen wir versuchen, eine gemeinsame Basis zu finden, auf der wir eine Alternative aufziehen können. Denn wenn das nicht passiert, können wir uns immer nur an die Klagemauer stellen und irgendwelche elitären Gruppen onaniertechnisch befriedigen. Mit Musikern ist das allerdings schwierig. Mit Biermann oder mit Lok Kreuzberg oder mit einigen anderen aus dieser Abteilung mag das möglich sein. Aber das darf auch nicht gleich so einen Polit-Rock-Agit-Rock-Stempel kriegen, weil die »Normalmenschen« da sofort abgeturnt sind. Man muß eine ganz neue Form der Präsentation solcher Überlegungen finden, weil der Großteil der Bevölkerung an Politik vollkommen uninteressiert ist.

KONKRET: Das stimmt nicht ganz. Die politischen Fernsehmagazine haben zum Beispiel in den letzten Wochen Rekord-Einschaltquoten erhalten. Report Baden-Baden neulich so viel wie eine Peter-Alexander-Show. Die Möglichkeiten einer politischen Mobilisierung scheinen also in dieser Zeit der Lähmung und Angst bei den Linken gar nicht so schlecht zu sein.

Lindenberg: Ich habe nach meinen persönlichen Erfahrungen diesen Eindruck nicht. Wenn ich junge Leute sehe, dann sind die eingeschüchtert, die wissen nicht: wie geht es weiter? Die haben so viele Probleme um die Ohren, daß sie sich sagen: Hauptsache, wir kommen über die Runden, und laß mal 'n bißchen nice and easy entertainment haben.

KONKRET: Du sollst ja auch keine politischen Leitartikel singen. Aber viele Deiner Lieder mit ihren genauen Alltagsbeobachtungen oder auch Phantasien sind sehr politisch, auch wenn Du in letzter Zeit ein bißchen von diesem

Realitätsbezug verloren hattest.

Lindenberg: Finde ich aber nicht. Es ging mir ja auch erst mal darum, eine Alternative zu diesem massiven Schlagerschwachsinn, der von den Medien gefeatured wird, zu schaffen. Und dabei habe ich natürlich auch ein paar Tricks angewandt, habe auch Köderstücke dabei gehabt, einfache Unterhaltungssongs. Ich glaube auch, daß ich, bescheiden angemerkt, mit meiner Arbeit eine ganze Reihe anderer Musiker positiv beeinflußt habe. Es gibt heute doch schon ganz schön viele Leute, die versuchen, auch mit Texten von der Straße was zu machen. Und einige von denen sind auch schon relativ erfolgreich. Das ist gar nicht unwichtig, denn die Pop – Kultur ist schließlich eine ganz stramme Informationsschiene. Darüber kann man eben ein Publikum anregen, über bestimmte Sachen mal etwas kräftiger nachzudenken: über die eigene Situation, wo auch immer, in der Schule, am Arbeitsplatz; überhaupt gesamtgesellschaftlich etwas genauer zu beobachten.

KONKRET: Dabei ist dann wohl auch wichtig, daß Dein Publikum immer jünger wird. Zu Deinen Konzerten kommen immer mehr Kinder.

Lindenberg: Ja, Kinder mögen diese Storys. Da können sie mitdenken oder selber kreativ sein. Da kann auch gekichert werden. Mich 'rufen sogar manchmal sechsjährige an: Udo, ich find das toll, den Song mit dem Cowboy und so. Das ist für die so eine Art modernes Märchen. Klar, ich weiß, daß ich da auch eine Verantwortung habe. Die Storys, die ich von mir gebe, müssen natürlich stimmen, die dürfen nicht irgendwelche Irrfahrten einleiten. Und die Eltern müssen da auch mitmachen. Neulich hat mir zum Beispiel eine Mutter gesagt: Ich konnte mit diesen Liedern meine Kinder aufklären. Die wollten wissen: was sind Petting-Aktionen, errektiv und so weiter, alle diese Geschichten aus Songs wie »Meine erste Liebe«. Die können über solche Lieder dann ganz locker über so was reden und sich auch irgendwie näher kommen. Oder auch ein Song wie »Sie ist vierzig«: Das bringt das Kind dazu, mal etwas klarsichtiger die Situation ihrer Eltern zu erkennen.

KONKRET: Auf Deiner nächsten Platte, die im Frühjahr erscheinen wird, versuchst Du Deine eigene Entwicklung zu erkennen.

Lindenberg: Bei dieser neuen Scheibe wird darüber informiert, daß vor zwanzig Jahren, als das Rock-n-Roll-Ding losging, es nicht nur um Musik ging, sondern auch um eine neue Lebenshaltung. Das war eine Art Jugendrebellion, da wurden Gangs gegründet, und die Jugend hatte zum ersten Mal ein eigenes Denken. Die sind damals zum ersten Mal aus diesem Unterdrückertum rausgekommen. Dann hat sich ja auch eine enorme Jugend-Kultur entwickelt, die auch sehr stark in die politische Abteilung reinging. Über Leute wie Bob Dylan, Woodstock und so, wo man sehr optimistisch war, Jimmy Hendrix, Zappa. Und dann wurden ganz andere Lebensformen ausprobiert, wurde an den politischen und gesellschaftlichen Grundwerten rumgerappelt. Das finde ich ganz gesund, und das ist genau das, was heute nicht mehr passiert.

KONKRET: Darum der Rückblick?

Lindenberg: Ja, genau. Denn viele Kinder wissen das ja überhaupt nicht mehr. Wenn heute ein Shaun Cassidy singt »That's rock 'n roll«, hat das mit der ursprünglichen Idee des Rock'n Roll gar nichts mehr zu tun. Das sind heute totale aufgeblasene Halb-Marionetten, die den Kindern irgendwelche Erotik oder Status-Symbole liefern. Alles schön im Rahmen unserer Katastrophen-Gesellschaft.

KONKRET: Und wie geht es dem Musiker Lindenberg in dieser Katastrophen – Gesellschaft?

Lindenberg: Meine Platten verkaufen sich nach wie vor sehr gut. Aber auch bei mir wird gesägt. Was glaubst Du, wieviele Leute in den Medien mich gerne runtermachen würden! Und das auch versuchen. Mit der »Sister King Kong«-Scheibe bin ich zum Beispiel ziemlich aufgelaufen. Das war in den Sendern ne ziemliche Pleite. Und das hat Nachwirkungen. Vor kurzem traf ich einen Sendermensch, der sagte: Bei uns ist das so, da könnte doch mal wieder ein Brief von einem Bischof kommen, und wir mögen doch keine Komplikationen. Lindenberg hat jetzt irgendwo so den Stempel drauf: Randaletum und aufmotzmäßig. Und das ist uns alles zu riskant.

KONKRET: Wie sehen denn nun Deine politischen Konsequenzen aus all dem aus?

Lindenberg: Es wird wohl demnächst noch mehr kleine Parteien geben, Grüne Listen, Umweltschutz-Parteien. Aber es ist auch nicht genug, wenn sich die Leute nur dann wehren, wenn's ihnen direkt an den Kragen geht. Was wir brauchen, wäre eine neue, richtig stramme, andere Partei.

KONKRET: Deine alte Idee von der Panik – Partei?

Lindenberg: Das kann man ja auch anders nennen. Ich will ja da auch nur so eine Art Promotion-Minister sein, weil ich glaube, daß ich das ganz gut drauf habe. Ansonsten ist meine eigene politische Praxis doch ziemlich dünn. Aber gerade heute ist es so wichtig, endlich was zu machen. Sonst kommt der große Schwarz-Nagel und reißt uns eile weg.

Konkret 02/78, S. 42

Udo Lindenberg

»Gefährlicher als die Bay City Rollstuhls«

Über Punk – Rock

Punk-Rock könnte die Leute wieder etwas aktiver machen. In den letzten Jahren habe ich kaum junge Musiker, kaum frische Talente getroffen. Das mag daran gelegen haben, daß die Rock-Musik einen vollkommen technischen Standard erreicht hatte: Gruppen wie »Yes«, Musiker wie Billy Cobham. Die Frischlinge haben dann einfach Angst gekriegt und haben gedacht: Das kriegen wir sowieso nie hin, also lassen wir das lieber. Die Musik driftete ab in ein Spezial – Weltmeistertum und die populäre Grundlage fehlte. Nun könnte ich mir vorstellen, daß viele junge Leute über Punk wieder zum Musikmachen finden, weil's da mit drei Harmonien schon wieder geht. Später werden die sowieso entdecken, daß es noch ein paar mehr Harmonien gibt.

Wenn damals in Leeds und Birmingham die jugendlichen Arbeitslosen, die durchgefrusteten Kids zur Gitarre griffen und ihren Frust und ihre Aggression, auch angesichts des Queens – Jubilee rausschrien (ich war damals gerade zu der Zeit in England, als sie da in ihrer goldenen Prunkprotz- und Großkotz-Kutsche rumfuhr), wenn sie dann sagten: so nicht - das finde ich ganz in Ordnung. Was ich allerdings an dieser sogenannten New Wave sehr bedenklich finde, ist die sofort eintretende totale Vermarktung. Und wenn ich sehe, daß es heute selbst in Hamburg Punk-Bands gibt, deren Mitglieder tagsüber brav zur Schule gehen und da immer schön die Schnauze halten, weil sie irgendwann mal studieren wollen, und einen ordentlichen Job haben; wenn ich die Versuchs-Punkts sehe, die sich dann zum Feierabend ihre Sicherheitsnadeln in die Wangen reinschieben und sich anmalen und einen auf wild machen, obwohl sie doch sehr gezähmte Duckmäuser sind, dann finde ich das schlimm, und das irritiert mich.

Das macht den Punk eigentlich noch gefährlicher als die Bay City Rollstuhls zum Beispiel, weil die nämlich ganz klar als Plastik!Idioten einzuordnen sind. Original-Punker dagegen sind von einem Underground- und Unterprivilegierten-Flair umgeben. Aber wenn die dann, wie jetzt wahrscheinlich schon einige von denen in London, an den goldenen Schreibtischen sitzen und den Rolls Royce für die Bahamas bestellen, dann ist das echt gefährlich. Deswegen muß man die Punk – Bewegungen noch sorgfältiger beobachten als die Teeny-Bopper-Plastik – Szenerie.

Vor allem doch auch, weil es neben den proletarischen Punkern auch faschistische Elemente in der New Wave gibt. Wenn die da mit Hakenkreuzen kommen, wird mir regelrecht übel. Das ist ein solches Idiotentum, das da um sich greift! Aber die Kids kriegen ja an den Schulen auch keine klaren Informationen über diese Geschichte. Zum Beispiel die Untersuchung: Was wissen die Schüler über Hitler? »Der hat doch die Autobahn gebaut, und damals wurden auch keine Fahrräder geklaut. Und all die Gebäude die er errichtet hat. War irgendwie doch ganz toll.« Es ist schon sehr ätzend, wie wenig klare Informationen da von Seiten der Informationsbehörden rüberkommen.

Konkret 02/78, S. 44

Friedrich Knilli

□ Herr Dr. Hoden□

Rezension: Über die □ Urszene□ , eine Selbstanalyse von Ernest Borneman

Seine Mutter hatte ihn zwar an der Spree geboren, aber seine frühesten Kindheitserinnerungen knüpfen an warmes Wasser in Pommern. »Ich hatte einen Teich entdeckt, auf dem Enten schwammen, und ging ihnen nach. Das Wasser war warm und angenehm, ich wäre glücklich ertrunken, wenn ein anderes Kind nicht schreiend zu den Erwachsenen gelaufen wäre, um mich zu verpetzen. So wurde ich herausgefischt...« Mit dieser Schilderung eines Kindheitssommers in Pommern beginnt Ernest Borneman sein neues dickes Buch und laßt es auslaufen mit dem ersten nächtlichen Samenabgang.

Zwischen diesen beiden Kapiteln erzählt Borneman viel aus seinem Leben, schildert seine erste Erinnerung an den Vater, wie dieser sternhagelbesoffen und mit Krach nach Hause kam und Mutter und Sohn aus dem Schlaf aufschreckte (»Kindchen, das ist doch Dein Vater!«). Unvergeßlich blieben ihm auch die zwei nackten Pärchen, denen er zuschaute, als sie im Sand ihre Spiele trieben. Nur der Verkehr der Männer miteinander flößte ihm Ekel ein. Ja und - fast möchte man sagen - selbstverständlich erinnert er sich auch an den frühesten Eindruck der »Männlichkeit«: »Ich sehe an mir herunter und entdecke die erste Erektion, an die ich mich erinnern kann.« Die Eltern lachen.«

Politik, Sex und Psychologie

Borneman gesteht pädophile Neigungen, aber das Fehlen physischer homosexueller Beziehungen und kann sich selbstverständlich auch an seine erste Liebe erinnern. Er lag da noch im Kinderwagen: »In der klaustrophobischen Perspektive jenes bürgerlichen Kleinkindgefängnisses, des Kinderwagens, taucht in Großaufnahme das Gesicht der Urfrau auf, der Liebenden und Geliebten. Sie beugt sich über mich, hebt mich aus meinem Käfig, befreit mich, küßt mich, hält mich in ihren Armen und Gebt mich. Meine Mutter, nicht mehr die Liebende, die Tröstende, die Gebende, sondern die Eifersüchtige, die Feindliche, die Einschränkende und Verhindernde, sagt zu der Geliebten: 'Das darfst Du nicht. Wenn Du ihn fallen läßt, ist er tot'«.

Ja, und Borneman verdrängt auch nicht eine Sprachstörung und eine damit verbundene Vorliebe für das Deutsch des 16. und 17. Jahrhunderts: »Büchner und Brecht gehören bis zum heutigen Tag zu den wenigen deutschsprachigen Autoren der nachbarocken Zeit, die ich ohne physischen Ekel lesen kann. Was ich dagegen bei der Lektüre Thomas Manns empfinde, wage ich kaum niederzuschreiben.« Dazu gehören schließlich kindliche Schreibversuche als Teil eines selbsterfundenen Ahnenkultes und eine »manische, schon ans Zwangsneurotische angrenzende Abhängigkeit von der Musik, an der ich mein ganzes Leben gelitten habe.«

Das sind nicht die einzigen Situationen, an die sich Borneman in diesem Buch erinnert. Die 400 Seiten sind voll von Begegnungen mit wichtigen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien. Trotz so vieler amüsanter und wichtiger Erinnerungen ist dieses Buch kein Memoirenband in der üblichen Art. Es ist die Selbstanalyse eines nun bald schon 63jährigen Mannes, der sich als Schriftsteller, Fernsehmacher, Emigrant und Psychoanalytiker durchs Leben schlug und hier zeigen will, daß bestimmte frühe Szenen in seinem Leben weit über den Augenblick hinaus entscheidend wirksam waren, nicht nur im privaten, sondern auch in öffentlichen Bereichen, und damit eben die Bedeutung von Urszenen bekamen. So deutet Borneman beispielsweise die Teichszene als Versuch, zur Mutter zurückzukehren, zum Fruchtwasser, zum vorgeburtlichen Frieden und zum Wasserleben unserer phylogenetischen Vorfahren. Diese und eine wohl vorausgegangene Urszene ist ihm »der Schlüssel zu den ichbildenden Elementen meines späteren Lebens, zu den ichspezifischen Gedanken des Erwachsenen und zu den charakterbedingten Entscheidungen des reifen Lebens... Manche werden mit solchen Erfahrungen fertig, die meisten in der bürgerlichen Gesellschaft nicht.«

Auch der erste Samenabgang ist für Borneman eine Haupt- und Staatsaktion, und zwar durch die zufällige Anwesenheit des Doktor Hodann, vorgestellt mit dem Satz »Der weiß alles«. Borneman: »Diesen Satz *Der weiß alles* habe ich nie vergessen. Da ich ihn wörtlich nahm, erzeugte er vom ersten Augenblick an einen unheimlichen Respekt vor diesem Universalgenie. Hodann, den mein Vater übrigens mit rührender Fehlleistung sein ganzes Leben lang als Herr Doktor Hoden anzureden pflegte, war Stadtarzt der Stadt Berlin, ärztlicher Leiter des Gesundheitsamts in Berlin-Reinickendorf, Leiter der Sexualberatung am Institut für Sexualwissenschaft in Berlin und Vorsitzender des Verbandes sozialistischer Ärzte Deutschlands. Da er es gewesen ist, der mich zum politischen Denken erzogen hat, ist mein Konzept der Politik stets eng mit dem der Sexualwissenschaft und der Psychologie verbunden geblieben.«

Aber politisch folgenreicher als sein Verhältnis zu Dr. Hodann, sieht Borneman seine Eltern-Beziehungen, seine erste Erinnerung an den heimkehrenden Vater und das Erlebnis des elterlichen Koitus (Der Vater lag auf dem Rücken, und die Mutter saß auf ihm) als das Verhältnis eines Sohnes zu einer starken Mutter und einem schwachen Vater. »Während meine

Beziehung zur Mutter auf Identifizierung und Nachahmung beruhte, liegt die zu meinem Vater bis zum heutigen Tage also hauptsächlich im Gegensatz und in der Abgrenzung.« Und dieses Vater-Mutter-Sohn-Verhältnis wurde, so Borneman, auch bestimmend für dessen Verhältnis zu gesellschaftlichen Gruppen und politischen Bewegungen. Borneman über seinen Vater: »Ganz gewiß hätte sich meine politische Bildung anders vollzogen, wenn ich nicht meine ganze Kindheit hindurch das Nonplusultra der politischen Wirkungslosigkeit in der Modellfigur meines Vaters vor Augen gehabt hätte. Er war, er ist 'Demokrat'. Das heißt: er ist gar nichts.« Andererseits versteht Borneman seine Hinwendung zur Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, SPD und KPD) und insbesondere zur KPD der Weimarer Republik als seinen unbewußten Versuch, »die Funktion der leiblichen Mutter, einer ideellen Mutter zu übertragen, also die Mutterbindung zu brechen, ehe sie ödipale Formen annehmen konnte«. Aber die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Verehrungen der KPD bedeuteten für Borneman den »Verlust der Mutter, ihrer Integrität und ihrer Ehre«.

Die lähmende Untätigkeit der deutschen Arbeiter im Jahre der Machtergreifung Hitlers hat in meiner Erinnerung eine bleibendere Wunde als alle Urszenen hinterlassen. Daß die drei Hauptgruppen der deutschen Arbeiterbewegung einander beschimpfen, statt den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, ist unvergeßlich und bleibt unverzeihlich. Hätte die SPD nicht den Beistand der KPD abgelehnt, so wäre Hitler nie zur Macht gekommen. Hätten die Sozialdemokraten in den Kommunisten Genossen und nicht 'Radikale' gesehen, so wäre die Weimarer Republik nicht zerfallen. Hätte die KPD die Sozialdemokraten nicht als 'Sozialfaschisten' betrachtet, so wäre es weder zum Krieg noch zum KZ-Staat gekommen. Hätten die Gewerkschaften einen Generalstreik verkündet und durchgeführt, statt sich wie gehorsame Arbeitnehmer dem 'Unvermeidlichen' zu fügen, so hätten wir die Demokratie im letzten Augenblick noch gerettet.«

Borneman geht mit dieser Vater-Mutter – Szene über die Jahre der Emigration und der Heimkehr bis in die Terrorszene der Gegenwart, in der er wieder für die 'Mutter' und gegen den 'Vater' Partei ergreift: »Wenn die Liberalen vom Schlage meines Vaters, die 'gegen jede Diktatur' kämpfen wollten, 'selbst wenn sie unsere eigene Meinung diktiert' in der NS-Zeit so kläglich versagten und bestenfalls in die 'innere Emigration' gingen, wie helfe ich dann einer kämpferischen Demokratie auf die Beine? Indem ich die demokratischen Kräfte der Linken verprelle, mit Radikalenerlassen ins Abseits treibe und mit 'Gewalt – Paragraphen' daran hindere, für die Demokratie zu kämpfen? Oder indem ich mich mit den kämpferischen Kräften der Linken verbünde, selbst wenn sie sich heute noch nicht zur Demokratie bekennen?«

Autodidakt, Amateur und Liebhaber

Was Borneman mit dieser Selbstanalyse also versucht, ist nicht mehr und nicht weniger, als aufzuzeigen, daß ein privates Ich auch heute noch an öffentlichen Angelegenheiten anteil hat, auch ohne Amt und großen Einfluß, allein schon auf der Basis des seelischen Dabeiseins. Aber selbst dieses Minimum an privater Sinngabe an das Öffentliche vermag Borneman nicht nachzuweisen. Was er zur Urszene ernennt, sind Erinnerungen, deren Echtheit vom Leser nicht überprüft werden kann. Wir müssen Bornemans Erzählungen Glauben schenken. Nicht den zeitgeschichtlichen Daten, die er mit übertriebener Genauigkeit zitiert. Seitenweise werden Briefe wiedergegeben und Korrekturen vorgeführt. Aber die den entscheidenden Übergängen von Lebenslauf zum Zeitgeschehen, dort wo Biographie zu einem Stück Geschichte werden könnte, finden sich nur Sätze wie »Ich denke...« , »Ich glaube...« Keine Belege. Keine Nachweise. Diese Mischung aus punktueller Akribie und freischwebenden Behauptungen und Assoziationen verrät den Autodidakten, den Amateur und Liebhaber, der man heute wohl sein muß, um Selbstverwirklichung in dieser bürgerlichen Gesellschaft für möglich zu halten. So steckt in dieser Selbstanalyse etwas Monströses, das Bornemans Buch zwischen romanhafter Selbstdarstellung und selbstkritischem Essay ansiedelt, freilich auch zwischen Memoiren bürgerlicher Helden und Heiligenlegenden. Denn wie der Heilige in der Nachfolge Christi, so lebt Borneman in der Nachfolge von Urszenen mit Vater und Mutter.

Konkret 02/78, S. 46

Peter-Paul Zahl

Doping

Ein Gespräch über aufgeblasene Spitzensportler und andere Fälle von Doping

Im Sportteil der Zeitung, sagt Paul M, könnte kein Journalist sich jene Fehler erlauben, wie sie in anderen Ressorts üblich sind.

Inwiefern? Frage ich.

Nimm nur den Fußball, sagt Paul M. Hier gibt es bei jedem Länderspiel an die dreißig Millionen Bundestrainer, Stellvertreter Schöns. Jeder hat Augen im Kopf. Fast alle kennen die Regeln. Im Fernsehen mußte eine Frau ihren Posten als Sportmoderatorin räumen, weil sie Schalke -Schalke! - die falsche Ziffer zugeordnet hatte. Das Publikum ist verwöhnt und kritisch, zumeist kenntnisreich und informiert. Sportjournalisten müssen genau sein. Dagegen die Schreiber in Sachen Politik, Kultur und Staatsschutz - einfach grauenhaft, wie liederlich, uninformiert, großmäulig, kenntnislos und unkritisch diese Burschen arbeiten. Nehmen wir diesen Doping-Fall ...

Welchen Doping-Fall? Frage ich.

Kein Sport ohne Doping, sagt Paul M. Du erinnerst dich an die Schwimmerinnen aus der DDR in Montreal?

Die mit den Schultern wie Möbelpacker und tiefen Stimmen, nicht wahr?

Ja, die, sagt Paul M. Sie sollten schwimmen, nicht singen, verlautbarte ihr Trainer. Recht hatte er. Denk an unser Ruder-As, das wegen Übermedikamentierung kurz vor dem Ziel zusammenbrach. An die Ringer. Die Stemmer, die, weil sie ihre Medikamente, mit denen auch Kälber gemästet werden, vor der Olympiade absetzten, ihre Höchstleistungen nicht mehr erbringen konnten. Denk an die Experimente mit Luft.

Mit Luft?

Mit Luft, sagt Paul M. Schwimmern wurden Plastikschläuche in die Hintern eingeführt. Sie wurden mit etwas Luft aufgeblasen, damit, zur besseren Wasserverdrängung, ihr Steven mehr aus den Fluten ragte. Der Mensch ist - noch - kein Donald Duck.

Kein Dagobert Duck, korrigiere ich.

Der schon gar nicht, sagt Paul M. Der kommt bald ins Museum. Und dieser Doping-Fall, Paul M. weist mit dem Finger auf einen Artikel in der Zeitung, gehört ganz klar in den Sport-, nicht in den Staatsschutzteil des Blattes.

Zeig! Sage ich und lese:

»Kronzeuge« Schäfer zusammengebrochen

Der »Kronzeuge« im Frankfurter Prozeß gegen zwei mutmaßliche Anführer einer Untergruppe der terroristischen »Bewegung z. Juni«, der 24jährige Harry Sch. aus Bonn ist am Dienstag kurz vor Beginn seiner Vernehmung bewußtlos zusammengebrochen und in ein Krankenhaus in Frankfurt eingeliefert worden.

Nachdem die hessische Staatschutzkammer den Antrag der Verteidigung ablgelehnt hatte Sch. als Zeugen nicht zu hören, weil er angeblich Versprechungen der Ermittlungsbeamten für belastende Aussagen erhalten habe, wurde der Zeuge in den Saal gerufen. Nach Angaben von Prozeßbeobachtern starrte der sehr blasse junge Mann vor sich hin und reagierte auch nicht auf die Frage des Vorsitzenden Richters Adalbert Sch., ob er »vor irgendwem« Angst habe.

In der angeordneten Pause saß Sch. regungslos vor dem Gerichtssaal auf einer Bank. Als ein an der Verhandlung teilnehmender Artz ihm beim Aufstehen behilflich sein wollte, brach Sch. zusammen.

(FR. 5.5.77)

Belastungszeuge bleibt »Sprachlos«

Auch am dritten Verhandlungstag in dem Prozeß gegen die mutmaßlichen Anarchisten Wernfried D. und Robert J. sind die Versuche der Hessischen Staatsschutzkammer beim Landgericht Frankfurt fehlgeschlagen, den 24jährigen Hauptbelastungszeugen Harry Sch. aus Bonn zum Reden zu bewegen. Als der Vorsitzende Richter Adalbert Sch. mit der Befragung beginnen wollte starrte der Zeuge das Gericht nur sprachlos an. Er bewegte die Lippen, brachte aber kein Wort heraus.

(FR 20.5.77)

Hier handelt es sich doch um eine Meldung aus der Justiz, nicht aus dem Sport, sage ich.

Irrtum, sagt Paul M. Ein klarer Fall von Doping. Also Sport. Ich finde das irgendwie faszinierend, sagt Paul M. sinnend. Zunächst bauen die Staatstrainer mithilfe von Medikamenten einen Star auf, ein As, einen Super-Kronzeugen. Er macht im stillen Kämmerlein, sei's im Polizeipräsidium, sei es vor einem Staatsanwalt, blendende, großartige belastende Aussagen. Belastend bis zum geht-nicht-mehr, schon gar nicht in Kilopond meßbar. Aber die Leistung eines großen Sportlers muß in aller Öffentlichkeit vor sich gehen, in einer Halle, einem Stadion, einem Saal. Sonst könnte ja jeder Hüpfer sagen, zuhause wäre er drei Meter achtzig gesprungen. Leistungsvergleich, fährt Paul M. begeistert fort, Mann gegen Mann, Aussage gegen Aussage, Kronzeuge gegen Terroranwalt. Fangfragen, Sport, Spiel, Spannung ...!

Du, sage ich, hier geht es um Gerichtsverhandlung, nicht um die Olympiade.

In Zeiten der Krise, sagt Paul M., ist beides nahezu gleich: circenses, Spiele, Ablenkung. Da schau, hier der blasse junge Mann, ein Matador, mindestens gut für einen Zuschlag von fünf Jahren, er tritt in den Saal. Zuschauer hören auf, mit Bonbontüten zu knistern. Aber im entscheidenden Augenblick, der Vorsitzende gibt ein Zeichen und - nichts! Der Star wird blasser, er reagiert nicht auf Fragen, er bewegt nur lautlos die Lippen. Seine großartige Leistung im Belasten: Schwindel? Adrenalinstöße verbinden sich mit einer unbekannten Chemikalie, dem Doping-Mittel, der Streß wird zu groß, der Mann bricht zusammen, bringt kein Wort heraus, Pfiffe auf den billigen Plätzen, der Saal wird mit einfacher Gewalt geräumt. Das Ende einer großen Karriere ...

Du meinst also, frage ich, auch Gerichtszeugen müßten sich vor ihren Auftritten einer Doping-Kontrolle unterziehen lassen?

Genau! Sagt Paul M.

Aber dabei kommen doch nur gewisse Mittelchen heraus, sage ich. Denk an die Versuche mit Luft!

Auch diese entgehen den strengen Doping-Prüfungsverfahren nicht, sagt Paul M. Ich habe selber schon einige bis zum geht-nicht-mehr aufgeblasene Zeugen erlebt, und dann, pfffft, war die Luft raus. Selbst bei Stars, bei den Assen der Kronzeugen, denk an Hoff, Müller, Ruhland! Welch Material! Welch Hoffnungen! Welch kometenhafte Karrieren als Dauerbelaster! Aber dann, als es um die Wurst ging, im Saal, unter den Augen der Öffentlichkeit: gedopt - enttarnt.

Enttarnt? Frage ich. Eben nicht. Die sind doch immer noch in ihren Metiers tätig. Denk an Sommerfeld, denk an Bodeux - nichts stand in den Zeitungen von Enttarnung und dem Ende von Karrieren!

Das sage ich doch, meint Paul M. Kein Mitarbeiter im Sportteil der Zeitungen könnte sich derartige Schnitzer und Fehler, Unterlassungen und Falschmeldungen erlauben wie die Damen und Herren im Staatsschutzteil. Ich glaube nicht, daß diese sich noch sehr lange halten können. Wir sind eine Nation von verhinderten Bundestrainern. Das müssen die Helmuts sich mal hinter die Ohren schreiben.

Welche Helmuts? Frage ich.

Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Helmut Schön, sagt Paul M.

Konkret 02/78, S. 48

Lud□ ig Fels

Junge Oldies

Plattenkolumne

Wer die *»Small Faces«* nicht kennt, braucht das nicht zu lesen!

Früher, vor knapp zehn Jahren, waren sie mir eine der liebsten Gruppen, die kleinen Zwerge mit den schmalen Gesichtern, Mittelscheitel durchs Kurzgeschorene, Cockneybrüder mit Popmanschetten. Aber die Zeiten, wo wir auf den Kleinstadtstraßen ihre rauhen, herzlichen Balladen hinausplärrten, weil sie sich nicht summen ließen, sind noch nicht vorbei. Die □ Small Faces□ haben sich, bis auf einen, wiedergefunden und zusammengeschlossen und eine Scheibe rundgemacht, die sich geschliffen hat: □ Playmates□ !

□ High and happy□ kann man werden, wenn Steve Marriott singt, der eine Stimme wie ein helles Nebelhorn mit Rostlöchern hat, und es erschallen läßt zu schwarzer Blasmusi. □ Neuer too late□ - oh ja, bei dem Lied möcht ich meine Frau aus dem Fabrikbüro holen und mit ihr auf nüchtern Magen Sekt schlürfen und einmal wie ein Fremder vom Schreiben sprechen, an keine Arbeit denken müssen, auch nicht an diese, die immerhin Spaß macht, während der Januar zum Fenster reinzieht, auf einmal gar nicht mehr so grau wie vorhin.

□ Tonight□ : Hawaigitarre, Mandoline, und Vicky Browns souliges Miauwauwen steichelt die Seele. Ein Song für den Augenblick, in dem man fortgeht und nicht weiß, wohin. Ich bin schon einmal umgekehrt, um mir das Lied nochmal anzuhören.

□ Saylarvee□ ist ein Klavierblues, ein Boogie-Woogie □ Trip aus einem Leierkasten voller Staub.

□ Find it□ fühlt sich an wie ein Fiebermesser, der Temperatur und Temperament anschwellen läßt; so schwarz und rockend, so leichtgeschürzt ist diese Nummer, daß es mir in die Beine steigt, als hätt ich die Fußtrommel eines Schlagzeuges unterm Schreibtisch. Und flink, was ich sonst nicht kann, tipp ich den Rhythmus mit, während auf meinem Kopf, nur durch die Zimmerdecke geschützt, Handwerke rumtrappeln, leider kein bißchen melodisch, was aber verständlich ist. Wir kommen uns ins Gehege. Ich dreh auf, bis es fast wieder leise ist, möcht mit ein paar farbigen GIs an einer Theke lümmeln und dauernd den Titel wiederholen. O-oh!

□ Lookin' for a Love□ ist mir ein bissen zu hektisch, reißt vielleicht nach Mitternacht auf, wenn das Bier müd macht und die Stunden, die für den Schlaf bleiben, schon an einer Hand abzählbar sind.

□ This Songs just for you!□ Nimms wörtlich! Wenn Du eine Frau bist! Und denk daran, daß richtige Männer auch traurige Gefühle haben. □ Another Beer one more Cigarette□ helfen da gar nix für uns verkannte Schweine!

□ Drive-in Romance□ handelt vom Fünf-Minuten □ Rendezvous auf Autorücksitzen, die auf einsam gelegenen Parkplätzen ausgetragen werden. Es tötet die Gefühle. Es gibt keine Liebe durchs Telephon. Ich will nicht pathetisch werden. Ich hab sogar das vermißt.

□ Smilin' in tune□ kann man sich sparen oder schenken, wenn man nicht grad auf Countrymusic englischer Prägung scharf ist.

Ein □ lazy Sunday Afternoon□ im □ Itchycoo Park□ , das ist die Platte, nichts für □ Tin Soldiers□ all□ Faces□ -Kenner haben mich jetzt verstanden, und ihr, die ihr trotz meiner Warnung weitergelesen habt, wißt, daß ihr einen Nachholbedarf zu stillen habt!

Atlantic 50375 heißt die Amme.

Konkret 02/78, S. 48

konkret Markt

Bo Diddley: »The London Sessions« 2001, 3,90 Mark und »Blues Sessions«, 2001, 27,90 Mark

Der Buch- und Plattenbesprecher als Werbegehilfe von Verlagen und Plattenfirmen. Eine knifflige Angelegenheit. Aber: Ich weiß etwas, was Du nicht weißt, und das ist eine LP von Bo Diddley für 3,90 Mark das Stück. Bei 2001 liegen so um die 2000 Platten der Londoner Session von Bo Diddley (der mit der viereckigen Gitarre) rum. Interessant ist besonders die zweite Seite und hier die zweite Nummer. Das Stück kommt gut nach dem von 2001 zusammengestellten Album »The Blues Sessions«. Good old Blues (vier LPs) mit Muddy Waters, Howling Wolf, Bo Diddley und anderen. Die Sessions wurden in London und Chicago aufgenommen. In der Londoner Muddy Waters Session schlagen, zupfen und klimpern Billy Wyman, Charly Watts, Rory Gallagher, Steve Winwood und Mitch Mitchel. No narre-dropping aber ein Hinweis, wo die gelernt haben, die heute als bedeutende Repräsentanten des weißen Blues gelten.

»Faschismus«, Renzo Vespignani; herausgegeben von der neuen Gesellschaft für Bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg; Elefanten Press, 19,80 Mark

Dies war, ursprünglich, das Begleitbuch zu einer Ausstellung des italienischen Realisten Vespignani. Es ist, nachträglich, eine der didaktisch eindrucksvollsten Analysen des Faschismus. Auf 160 Textseiten wird beschrieben illustriert und dokumentiert, was den Hitler-Filmer Fest vor Scham in den Boden sinken lassen müßte: Etwa die Zunahme des Reingewinns bei Krupp von 1933 bis 1938 von 6,6 auf 21 Millionen Mark, die Profitsteigerung von Industrie und Handel in derselben Zeit von 6,6 auf 15 Milliarden, die Vervierfachung der Staatsschulden zwischen 1932 und 1939, das Steigen der Arbeitsunfälle von 929 592 (1933) auf 2 253 749 (1939) das Sinken der Lohnrate von 64 Prozent (1933) auf 57 Prozent (1938) und der Reallöhne von der Indexzahl 105,1 (1933) auf 99,3 (1938). Wie sagte doch Fest: »Hitler war nicht im Bunde mit der Großindustrie.« Lügen haben kurze Beine, Hitler-Filmer haben keine.

»...erkämpft das Menschenrecht« Lieder von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Es singt Lerryn; eine LP von Sozialdemokrat Magazin

An dieser Platte ist manches sensationell: Die SPD (deren Mitgliederzeitung als Herausgeber auftritt) erweist sich widererwarten als Sympathisantin der portugiesischen Revolutions-Offiziere der Volksfront (in Chile) und des Kommunisten Bertolt Brecht. Sie scheut sich auch nicht, Liedertexte zu verbreiten, die durch Billigung von Gewalt gegen den Paragraphen 88 a verstoßen. Und sie läßt schließlich nach Grandola vila morena, nach Venceremos, Joe Hall und dem Solidaritätslied, sogar singen: Wach auf, du junge Garde des Proletariats. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg, die im Vierfarb-Nachdruck von NS-Emblemen nur »zeitdokumentarische Absicht« entdecken konnte, würde eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen sicher mit dem Hinweis abschmettern, es sei offenkundig nicht so gemeint. Womit sie sicher recht hätte. Insbesondere seien in dem Text »Unser Blut sei nicht mehr der Raben und der mächtgen Geier Fraß/erst wenn wir sie vertrieben haben, scheint die Sonn ohn Unterlaß« keineswegs Mitglieder des Bundesverbands der Deutschen Industrie gemeint.

»Der Hauptdarsteller«, ein Film von Reinhard Hauff

In dem Monat, in dem der »Krieg der Sterne« bei uns losgeht, wird man es schwer haben, in den Kino-Anzeigen herauszufinden, wo »Der Hauptdarsteller« gezeigt wird. Man sollte es aber versuchen. Reinhard Hauff erzählt die Geschichte eines Jungen, eines Laiendarstellers, der sich in einem Film selbst spielt und anschließend nicht mehr zu sich selbst zurückfindet. Was ihm auch wirklich nicht zu verdenken ist, denn sein Vater, Schrotthändler auf einem Dorf bei München (Mario Adorf), geht nicht gerade zärtlich mit ihm um. Der Hauptdarsteller fordert nun vom Regisseur (Vadim Glowna) Vaterersatz. Reinhard Hauff, der hier eigene Erfahrungen mit dem jungen Laiendarsteller aus seinem vorletzten Film »Paule Pauländer« schildert: »Der Film zeigt die Widersprüche, die aufkommen, wenn sich ein Regisseur vornimmt, in einem für ihn fremden sozialen Milieu zu arbeiten; er zeigt die Schwierigkeit seiner Parteinahme für einen sozial Schwächeren, wenn er sie nicht nur in seiner Arbeit, sondern auch in seinem Privatleben praktizieren und verantworten muß.« Und diese Schwierigkeiten haben gleichermaßen Sozialarbeiter, Anwälte, Journalisten, Lehrer und so weiter ... Für alle ein wichtiger Film und »besonders wertvoll«.

Walter Matthias Diggelmann und Klara Obermüller:»DDR-Tagebuch einer Erkundungsfahrt« Benziger-Verlag, 120 Seiten, 16,80 Mark

Es gibt einen neuen Reiseführer über die DDR, bei dem man merkt, daß so ein Kennzeichen D – Klischee wie das vom unbekannten Land gar keines ist. Vor einem Jahr sind die beiden Autoren vier Wochen durch die DDR gefahren. Sie hatten den Vorteil, nicht Deutsche (sondern Schweizer) zu sein und trotzdem die Sprache dieses fremden Landes zu verstehen. Weil sie dennoch so vieles nicht verstanden, fragten sie. Und weil sie es vorurteilslos konnten, wie es wohl kein Deutscher kann, kamen so interessante Antworten heraus. Im November 1976 waren sie »drüben«, in diesem »traurigen Monat November«, in dem Biermann rausgeschmissen wurde. Doch davon kein Wort, keine Frage. Aber vielleicht Antworten: Unter dem 13. November notieren die Schweizer den »Lebenslauf eines Intellektuellen in der DDR«, Erfahrungen nach einem Besuch bei Christa Wolf. In der nächsten Tagebuch-Eintragung, unter dem 17. November, beschreiben sie ihre ideologischen »Intershop«Bauchschmerzen. Wie sie ihren eigenen politischen Standort sehen:»Ich bin nicht als Sozialist geboren, sondern als außereheliches Kind.«

»Obelix GmbH &Co KG« von Uderzo/Goscinny, Delta-Verlag, 48 Seiten. 4,80 Mark

Der neue Asterix ist da.

Konkret 02/78, S. 50

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Wer hat Angst vorm neuen Jahr? Frühling, Herbst, Winter? Richtig, und er ist damit schon ins Exil gegangen, zu »Newsweek«:

»Man hopes vaguely but feares precisely« - Paul Valerys adage springs to mind as 1977 limply draws to a close.

Auf gut deutsch: Der Mensch hofft unbestimmt und fürchtet KONKRET. Mit Recht. Und mehrfach, denn sein Titel lautet:

Four Feares

By **Feo Fommer**.

Andere, die wissen, daß man sich nicht in aller Öffentlichkeit da und dort kratzt, werden erst ungeniert, wenn sie unter sich sind. Da schreibt dann zum Beispiel der »Stern«-Reporter **Heinrich Jaenecke** einem Kollegen:

Ich finde, Ihre Gretchenfrage ist gar keine solche, denn sie geht an des Pudels Kern vorbei.

Als hätte Mephisto zu Frau Martha gesagt: Dem Heinrich graust wohl vor gar nichts mehr.

Zu den größten Umwelt – Risiken der Atomenergie gehören bekanntlich die Leitartikler, die sich ihrer annehmen. Wie **Robert Held** in der »Frankfurter Allgemeinen«:

So wurde, während die Deutschen sich binnenpolitisch mehr oder weniger verdruckst bemühen, einen Religionskrieg über Nuklearweisheiten zu vermeiden, ihre internationale Position auf diesem Gebiet deutlicher, ja im Vergleich zum inneren Nebel geradezu monumental hervorragend gehalten. Sie könnte aber von innen her untergraben werden.

Durch binnere Verdrucksung. Und durch die Heiligen des Religionskrieges (»Gehet hin in alle Welt und verseuchet sie«), deren Stifter der Held in seinem Titel nennt:

Nebel um Nukleares.

Ein Grieche also, Aristides Nukleares. Monumental! Hervorragend!

Meinungsfreiheit ist, wenn, wer's probiert, eine auf die Presse kriegt. Aus der Hausmitteilung eines Chefredakteurs:

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

da »Capital« immer noch besser werden soll als es schon ist, erlaube ich mir, im folgenden Ihnen die Vermeidung oder höchst sparsame Verwendung einiger Wörter vorzuschlagen, die immer noch unsere Texte verunzieren:

3. unerwünscht - weil geschmacklos: Boß/Bosse ...

Mit dem schönsten Dank

*Ihr **Johannes Gross***

Erwünscht, weil geschmackvoll, bleibt weiterhin die verschwenderische Verwendung der Wörter: Arbeitnehmer, Sozialpartner, Drückeberger. Sowie auch Unternehmerpersönlichkeit, da ihr Kapital immer noch mehr werden soll als es schon ist.

Der Bundespräsident hat zwei Herausgebern der »Frankfurter Allgemeinen«, darunter auch dem **Joachim Fest** das Bundesverdienstkreuz umhängen lassen, für ihre

Verdienste um Staat und Volk.

Um Volk, Reich und Führer?

Wenn dann wieder mal beschrieben werden muß, wie alles kam, und die Fests ihre Filme drehen, wird dieses Zitat aus der »Welt« nicht fehlen dürfen:

Die Initiative »Rettet die Rundfunkfreiheit« nimmt immer merkwürdigere Formen an. Mit einer Podiumsdiskussion wollten die selbsternannten Retter neuen Anlaß zu öffentlicher Auseinandersetzung ... geben. Alle prominenten Namen blieben

jedoch dem Spektakulum fern ... Denn mit den Professoren aus Bremen und Hamburg, deren Namen zu unbedeutend sind, um Erwähnung zu finden

sozusagen: erwähnensunwertes Leben

und einem Journalisten, der seine Affinität zur DKP nicht einmal zu kaschieren suchte ...

was doch jeder anständige »Welt«-Redakteur mit seiner Affinität tut, selbst wenn er sicherheitshalber seinen bedeutenden Namen zu dem Kürzel »**KHP**« verstümmelt.

Vier Strafverteidiger verloren einen Prozeß vor dem Hamburger Oberlandesgericht, weil sie von »politischen Mandanten« gesprochen und damit ein

eines deutschen Anwalts nicht würdiges Verhalten

gezeigt haben. Erfolgreicher war die 120-Millimeter – Panzerkanone des »Leopard 2«, die sich bei einem Test in den USA »eindeutig als das beste westliche Modell« erwies. Laut »Welt«-Schlagzeile:

Die deutsche Kanone schoß am besten

Sie zeigte einfach das einer deutschen Kanone würdige Verhalten.

Irgendwann kommt jeder dran, sogar die Petra Kipphoff. Insbesondere dann, wenn sie in der »Zeit« für ihren Schützling, den Verpackungskünstler Christo, tätig wird und verlangt: »Verpackt den Reichstag!« Frau Kipphoff packt erstmal aus:

Ein Symbol ist ein Sinnbild, ein Wahrzeichen.

Aha, interessant.

Wenn man nicht mehr damit umgeht, sondern es nur noch ängstlich vor Zugluft schützt, wird es zur Reliquie, zum Andenken. Und was schließlich bleibt ist ein Relikt, das Überbleibsel eines Sinnbilds, die Asche der Realität. Ist das ein sinnvoller Umgang mit Geschichte?

Istesnichtgnäfrauwodenkensiehin! Vor 45 Jahren wußte man das schon, da hat ein Verbrennungskünstler den Reichstag in Realität zu Asche gemacht, und niemand dachte daran, ihn ängstlich vor Zugluft zu schützen. Auch ich bin da ganz frei von falscher Ehrfurcht, und käme ein Verkackungskünstler, der das Wahrzeichen sinnvoll zuschisse - von mir aus gern. Aber vielleicht gehe ich da zu weit, denn

noch nie hat sich, von Willy Brandt bis Kurt Biedenkopf, in der Geschichte der Bundesrepublik eine so große Anzahl von Politikern auf das Nachdenken über ein Kunstwerk eingelassen.

Und die Kunst hatte, nach Frau Kipphoff, nur darum noch keine Chance, weil die Politiker durch die »deutsche Gegenwart« abgelehnt waren:

Am 5. September wurde Hanns Martin Schleyer entführt

schreibt Frau Kipphoff, wörtlich. Am 21. Oktober wurde Schleyers Leiche im Kofferraum eines Autos tot aufgefunden. Das lenkte ab. Die Leiche war eben nicht von Christo verpackt und somit auch kein Kunstwerk.